



16. und 17. Heft | 21. August 1913

## EDUARD BERNSTEIN · AUGUST BEBEL

**V**ON allen führenden Kämpfern der deutschen Sozialdemokratie ist kein zweiter so eng mit ihr verbunden gewesen wie August Bebel, den nun in seinem 74. Lebensjahr ein plötzlicher Tod aus unseren Reihen gerissen hat. Kein zweiter konnte mit so großem Recht wie er als die Verkörperung der Partei bezeichnet werden. keiner war in höherem Grad als er der Dolmetscher ihres Denkens und Empfindens. Die politischen Empfindungen, die in der Masse nach Äußerung rangen, wurden von seinem Herzen, die geistigen Strömungen, die in den Reihen der Partei sich durchzusetzen suchten, von seinem stets regen Hirn merkwürdig schnell erfaßt und wie aus einem Brennspiegel, der viele Strahlen aufnimmt und sie zusammengefaßt als zündenden Strahl zurückwirft, ihr in Gestalt von Kampfparolen und Hinweisen auf neue Möglichkeiten und Ziele zurückgegeben, die der jubelnden Aufnahme durch die Masse der Partei sicher waren. In diesem Sinn darf man von ihm sagen: Er war viele Jahrzehnte hindurch die Seele der Partei.

Mit der Partei und in der Partei ist er zu der Größe emporgewachsen, die ihm den Titel einer der ersten Persönlichkeiten des neuzeitigen Deutschlands eingetragen hat, ihm in der vordersten Reihe der hervorragendsten Vertreter der internationalen Sozialdemokratie den Platz anweist. Nicht daß er alles, was er war, der Partei verdankt hätte. Wohl hat er in dem Buch über sein Leben bescheidenerweise darauf hingewiesen, daß man der Persönlichkeit nicht zuschreiben soll, was die Umstände aus ihr gemacht haben. Hundert andere, schreibt er dort, die weit ausgezeichnetere Eigenschaften haben als der eine, der obenauf gekommen ist, bleiben im Verborgenen, leben und gehen zugrunde, weil ungünstige Umstände ihr Emporkommen, das heißt die richtige Anwendung und Ausnutzung ihrer persönlichen Eigenschaften verhinderten; die »glücklichen Umstände« gäben erst dem einzelnen den richtigen Platz im Leben. Aber das unzweifelhaft Wahre dieser Bemerkung kennzeichnet nur die eine Seite des Verhältnisses, es gibt keine Antwort auf die Frage, warum von den vielen, die in gleiche Umstände gesetzt sind, der eine viel und der andere weniger oder Unbedeutendes leisten. Den rastlosen Lerntrieb, die Energie des Wollens, den Sinn für das Maß,

die Fähigkeit schnell zu erfassen und die Gabe seine Gedanken in klare Form zu bringen, die bei aller gelegentlichen Schärfe gewinnende Art des Auftretens hat Bebel von Haus her mit in die Partei gebracht, und durch sie und die Solidität seiner Lebensführung konnte er zu einem Heerführer emporwachsen und als Führer ihr mehr werden und mehr geben als dies mit wenigen Ausnahmen allen seinen Kampfgenossen vergönnt war.

Mit der Partei ist August Bebel in einem eigenartigen Gegenseitigkeitsverhältnis aufgestiegen. Als er 1860-1861 in Leipzig in die Arbeiterbewegung hineingezogen wurde, repräsentierte er noch den Durchschnittstypus der damaligen Lohnarbeiterschaft Deutschlands: er war Handwerksgehilfe, und sein Denken durchaus kleinbürgerlich. Während aber sein weiterer beruflicher Lebenslauf dieser Situation entspricht, er Handwerksmeister wird und als solcher sich jahrelang schlecht und recht ernährt, um es schließlich zum kleinen Fabrikanten zu bringen, machte er geistig und in der politischen und sozialpolitischen Betätigung die soziale Entwicklung der deutschen Arbeiter vom Handwerksgehilfen und wie dieser fühlenden Fabrikarbeiter zum modernen Lohnarbeiter mit durch, der sich als Angehöriger der großen Proletarierklasse fühlt, ob er in der Fabrik oder in der Handwerkerwerkstatt arbeitet. Aus dem Liberalen wird er zum Demokraten, aus dem Demokraten zum Sozialisten, dem Lassalle das ökonomische Ziel weist, nimmt dann zeitweilig Dühringsche Ideen an und verarbeitet sie zu einem eklektischen Reformsozialismus, um erst, nachdem Engels *Antidühring* erschienen war, sich gründlich in die Marx-Engelssche Theorie des modernen Sozialismus hineinzuarbeiten: alles Entwicklungsphasen, wie sie auch die Sozialdemokratie Deutschlands in ziemlich der gleichen Zeit durchgemacht hat. Aber zu Anfang im geistigen Nachtrab der Bewegung, erreicht er bald die Höhe ihrer theoretischen Erkenntnis, um dann auch in der Erfassung ihrer Aufgaben unter theoretischen Gesichtspunkten ihr Führer zu werden.

Vorher aber schon hatte er im praktischen Kampf seine Befähigung zum politischen Führer erwiesen. Als Vertreter der äußersten, der Schöpfung des Jahres 1866 feindseligen Opposition war er 1867 in den Norddeutschen Reichstag entsandt worden und nahm zunächst mit dem an Jahren ältern und kenntnisreichern Wilhelm Liebknecht eine rein protestierende Haltung ein. Aber bald sagte ihm sein kluger politischer Blick, daß für den Vertreter einer Partei der Arbeiterklasse eine Politik der bloßen Negation in diesem Fall ein Unding sei, und trotz seiner kräftigen, scharfen Gegnerschaft gegen J. B. von Schweitzer entschied er sich dafür gleich diesem im Reichstag Anträge zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter zu stellen. Es war dies der bedeutungsvolle Schritt, durch den es möglich wurde die Fraktion der deutschen Arbeiter, zu deren Führern Bebel gehörte, zu einer wirklichen Arbeiterpartei zu entwickeln.

Wie aber in dem einen Punkt so auch in allen übrigen Fragen der Agitation und Politik, die an Bebel herantraten. Er wurde nicht nur bald im Parlament wie in den Versammlungen zu einem schlagfertigen Redner, er betätigte auch mit wachsender Sicherheit das viel wichtigere Talent des schlagfertigen Taktikers. Für beides kam ihm sein starker Sinn für das Tatsächliche und das Eindringende in den Kern der Dinge zustatten. Er hielt sich nie lange bei Äußerlichkeiten auf sondern ging direkt auf die Substanz

der zu erörternden Fragen ein. Ehe er noch die Gabe erwarb durch die Wucht seiner Rede die Hörer hinzureißen, war er auf diese Weise schon ein Redner, der immer fesselte.

Ein Künstler der Rede ist August Bebel überhaupt nie gewesen. Zum Rhetor im großen Stil fehlten ihm die dichterische Ader und der Sinn für die historischen Vergleiche. Aber er erreichte eine sehr hohe Stufe der Beredsamkeit und ersetzte durch Temperament, Wärme und Kraft des Ausdrucks, was ihm an rhetorischem Schwung abging. Man kann auch sagen: Er war für einen Künstler der Rede zu sehr Mann der vernünftigen Belehrung. Stets suchte er vor allem zu argumentieren, durch den Beweis der Vernünftigkeit seiner Sache zu überzeugen. Daher war er in der Form selten dem Extremen zugeneigt und galt lange Zeit als gemäßigt, wo er faktisch dem radikalen Flügel der Partei zugehörte. Allerdings kam es auch vor, daß sein lebhaftes Temperament ihn rabiater erscheinen ließ als er wirklich war. Er war radikal in seiner grundsätzlichen Stellungnahme. Wo es auf das Bekennen ankam, kannte er kein Nachgeben. Wo aber Maßnahmen für den praktischen Kampf zu treffen waren, handelte er stets im Bewußtsein der Verantwortung des politischen Führers nach vernunftgemäßer Abmessung der Kräfteverhältnisse. So konnte er jeweilig Angehörige des einen oder andern Flügels der Partei enttäuschen, ohne deshalb aufzuhören in den entscheidenden Abstimmungen die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen hinter sich zu haben.

Die Leidenschaftlichkeit in der Vertretung des von ihm für richtig und notwendig Erkannten hat Bebel wiederholt den Vorwurf der Neigung zum Diktatorium eingetragen. Aber wo er, von seinem Temperament hingerissen, diktatorisch auftrat, tat er es unbewußt, ohne jeden persönlichen Ehrgeiz. Es kam ihm immer nur auf die Sache an. Seinem Denken und Empfinden nach war er durch und durch Demokrat. Der demokratische Charakter der Sozialdemokratie war sein Stolz.

Daher hat er es wohl schmerzlich empfunden, daß er der Partei in den letzten Jahren nicht mehr das hatte sein können, was er ihr früher gewesen war, aber doch oft zugleich seine Genugtuung darüber ausgesprochen, daß die Fortentwicklung der Partei auch ohne seine Mitwirkung ihren Gang ruhig weiter ging. Es entsprach seiner ganzen Welt- und Geschichtsauffassung und bedeutete für ihn einen Trost, daß in einer so großen Bewegung niemand unersetzlich sei. Wenn indes diese machtvolle Bewegung von keiner einzelnen Persönlichkeit, und sei sie noch so bedeutend, in ihrer Weiterentwicklung bestimmt wird, diese Entwicklung vielmehr die Resultante eines Zusammenwirkens von Massen ist, das jede Einzelperson überragt, so war August Bebel doch eine viel zu hervorragende Persönlichkeit, ein viel zu erfahrener Ratgeber und durch seine innige Verwachsenheit mit der Partei uns allen ein viel zu hochgeschätzter Vertrauensmann, als daß sein Hingang nicht eine gewaltige Lücke bedeutete, die noch lange von uns gefühlt werden wird. Lange wird er denen, die mit ihm zusammengewirkt haben, fehlen, der Mensch uns unvergeßlich bleiben. Was er für die Partei geleistet hat, das läßt sich nicht in wenigen Worten beschreiben, davon erzählt jede Seite der Geschichte der Sozialdemokratie.

XX

## ALBERT THOMAS · DIE KRISE IN DER INNERN POLITIK FRANKREICHS



A, es ist nicht zu leugnen: Frankreich geht augenblicklich wieder durch eine reaktionäre Krise hindurch. Seit der Vorlegung des Gesetzentwurfs über die Wiedereinführung der 3jährigen Dienstzeit hat sich das Ministerium Barthou nur durch die Unterstützung der Parteien der Rechten halten können. Joseph Thierry, ein republikanischer Progressist, sitzt mit im Ministerium; niemals innerhalb der letzten 15 Jahre wäre so etwas möglich gewesen. Und noch mehr: Die Klerikalen, die Nachfolger der Royalisten und Bonapartisten, haben in allen politischen Situationen diesem selben Ministerium Barthou ihr Vertrauen ausgedrückt. Der nationalistische Schriftsteller Maurice Barrès, der erst kürzlich einer Feier der Patriotenliga beiwohnte, erklärte, es sei ihm gleichgültig, ob Barthou es ablehne als Nationalist bezeichnet zu werden, da der Ministerpräsident in der Sache jedenfalls als solcher handle.

Vor 15 Jahren, nach der Dreyfusaffäre unter dem Ministerium Waldeck-Rousseau, dem Ministerium der republikanischen Verteidigung, glaubte man, Frankreich werde nun endlich in seinen politischen und sozialen Institutionen die republikanischen Grundsätze voll zur Geltung bringen können, die so oft vom Volk proklamiert worden waren. Die endgültige Befreiung von der Herrschaft des Klerikalismus schien zuerst durch die kraftvolle Verteidigung des öffentlichen Unterrichts gegen die Kongregationen, dann durch das Gesetz zur Trennung von Staat und Kirche bezeichnet. Daran schlossen sich die sozialen Bestrebungen Millerands, die das Werk von 1884 wieder aufnahmen und vervollständigten, die neue Arbeiterunfallgesetzgebung, die Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, die Ankündigung der Arbeiterpensionsgesetze. Und endlich auf militärischem Gebiet die Aufhebung des Gesetzes von 1889, das den Arbeitern 3 Jahre, den Söhnen des Bürgertums dagegen nur 1 Jahr Militärdienst auferlegte, und an dessen Statt die Einführung des Gleichheitsgesetzes von 1905, das die Demokratie den zünftigen Militärs und den Anhängern des Berufsheeres abrang. Damals feierten die Liberalen und die Sozialisten der ganzen Welt die französische Politik, und wir selbst glaubten, das ununterbrochene Wirken der Demokratie könne zu einer allmählichen sichern Verwirklichung der sozialistischen Ideen führen. Was hat sich seit dieser Zeit ereignet? Wie konnte eine Bewegung, die so unbesiegbar schien, innerhalb 15 Jahren lahmgelegt werden? Wie ist es möglich, daß Frankreich heute wieder in Gefahr schwebt unter das Joch der Parteien der Rechten zurückzufallen? Wie konnte der Lärm der Royalisten die Jugend gewinnen und in der Öffentlichkeit Interesse für ihre Propaganda wecken? Wie war es endlich möglich, daß man zum Ministerpräsidenten ein einstiges Mitglied jenes Ministeriums Méline wählte, das vor 15 Jahren die reaktionäre Politik symbolisierte?

Jeder, der die Philosophie unserer französischen Geschichte zu entwickeln und ihre Windungen zu zeichnen versuchte, hat stets hervorgehoben, daß sie gleichsam gegen die Natur immer in plötzlichen Sätzen und Sprüngen vorwärtseilt. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, fast könnte man sagen: seitdem überhaupt eine französische Nation existiert, werden ihre Fort-

schritte durch Revolutionen (oder Krisen) bezeichnet: die Revolution von 1789, die Revolution von 1830, die Revolution von 1848, die Revolution von 1870; stets ist das politische Leben in Frankreich durch einen Sturz des Herrschaftssystems oder der Regierung weitergegangen. Aber selbst seitdem das Regierungssystem etwas stabiler geworden ist (tatsächlich hat ja keine Regierungsform bisher so lange gewährt wie die dritte Republik), vollzieht sich der Fortschritt immer noch in Krisen mit deutlich bemerkbaren Umschlägen. Der Rhythmus dieser Umschläge ist sehr einfach: Nach einem heftigen Ansturm scheinen die demokratischen Massen wieder zu ermüden, es ergreift sie Unsicherheit über ihr eigenes Ziel, ihre Energie ist erschöpft. Dann erfassen sofort die Konservativen aller Richtungen, alle, die die Forderungen des Volkes fürchten, alle, die sich nach den früheren Regierungsformen zurücksehnen: die Großbourgeoisie, die Kirche, die Nachkommen der Adelsfamilien, die günstige Stunde und versuchen ihren endgültigen Sieg bis in die Formen der Politik hinein deutlich zu machen. Sie suchen in den politischen Institutionen ihren Einfluß zu sichern, den sie, wie sie wohl fühlen, dank der wachsenden Gleichgültigkeit der Massen wiedergewonnen haben. Aber gerade dieser Versuch ruft nun eine neue Krise wach: Die Demokratie verteidigt sich, und der Fortschritt beginnt von neuem. Das vollzog sich nach der Wiederherstellung der Republik im Jahr 1870 zur Zeit der Krise von 1876. In dem Aufschwung, der darauf folgte, setzte sich die republikanische Politik sogar der Konstitution von 1875 mit ihren monarchischen Tendenzen zum Trotz durch. Das vollzog sich noch einmal zur Zeit des Boulangismus, und in dem Siegeserger von 1893 fing damals der Sozialismus an zur Seite der alten republikanischen Parteien zu kämpfen. Das vollzog sich endlich wiederum zur Zeit der Dreyfusaffäre, als nach den Bemühungen der Kirche ihre Herrschaft in der Armee aufrechtzuerhalten und sie im Volk weiter auszubreiten es der republikanischen Partei klar wurde, daß sie neue Anstrengungen werden machen müssen, wenn sie innerhalb der einzelnen sozialen Klassen ein wirklich republikanisches Leben wecken wolle.

Dieser eigentümliche Verlauf der französischen Geschichte ist wohl erklärbar. Zum Teil ist er sicherlich durch das Temperament unseres Volkes gegeben. Schon vor vielen Jahren fiel den Fremden bei uns diese flüchtig aufflammende Begeisterung auf, die gleich dem Strohfeuer rasch erlosch. Bereits zur Zeit der großen Revolution hatte Burke auf diesen Zug hingewiesen. Hauptsächlich aber ist es dennoch die wirtschaftliche Zusammensetzung Frankreichs, die diese seit 1871 periodisch einsetzenden Krisen erklärt. In der Mitte zwischen den wirklich herrschenden Klassen: der Kirche (die noch in vielen unserer ländlichen Gegenden ihre absolute Macht gewahrt hat und in dem lärmenden Leben der Städte durch den Unterricht und die soziale Hilfstätigkeit sich immer von neuem Autorität erobert) und der Großbourgeoisie der Industrie und des Handels, die ihre soziale Vorherrschaft durch die demokratische Politik mehr und mehr wanken fühlt, und den proletarisierten Massen: der Arbeiterschaft einiger großer Industriebezirke (Nord, Pas-de-Calais, Meurthe et Moselle, Centre), steht die, fast die ganze französische Bevölkerung bildende Mittelklasse. Kleine Rentiers, ganze Beamte, kleine Kaufleute, selbständige Handwerker, kleine ländliche Besitzer, alle genießen (selbst wenn sie nach bestimmter Richtung hin im eigentlichen Sinn des Worts Lohnarbeiter sind) eine gewisse materielle Unabhängigkeit, die ihnen

auch politische und moralische Unabhängigkeit zu verbürgen scheint. Und alle suchen diese halb freie Stellung sowohl gegen die Forderungen der organisierten Arbeiterklasse als auch gegen die Herrschaft der Kirche und der Großbourgeoisie aufrechtzuerhalten. Das sind die Schichten, die das Gros des Volkes bilden und an die sich alle großen Tageszeitungen wenden: *Petit Journal* und *Petit Parisien* auf dem Land, *Journal* und *Matin* in den Städten, die abwechselnd die demokratische Regierung unterstützen, weil sie eben die Regierung ist und gegen die Forderungen der Arbeiter kämpfen, weil sie sie zu beunruhigen beginnen. Das sind die Schichten, die die öffentliche Meinung bilden und die sich bald mit der Arbeiterschaft gegen die Ansprüche der privilegierten Klassen wenden, die nicht mehr allein herrschen sondern befehlen wollen, und bald mit den Privilegierten gegen das Proletariat, wenn dessen Forderungen und Wünsche ihren erworbenen Besitz bedrohen oder auch nur ihre Lebensgewohnheiten stören.

Es handelt sich nun darum zu begreifen, warum diese Schichten, die die demokratische Partei etwa von 1902 an für sich erobert hatte, die republikanisch, von der Combesschen Politik begeistert und entschlossen schienen die demokratische Politik bis zu ihren letzten Konsequenzen zu verfolgen, sich von diesem Ziel wieder abwandten und sich dazu bestimmen ließen auf das Kommando der selben Leute hin, die sie 1898 bekämpften, die 3jährige Dienstzeit und die entsprechende sonstige Politik zu billigen.

Zunächst fürchteten sie die erdrückende Macht des Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung. Der Kongreß von Bourges /1904/ zeigte diese neue Macht der Arbeitergewerkschaften. Gegenüber selbst der geeinigten sozialistischen Partei mit ihrer kleinen Zahl von Beitragsleistenden schien die *Confédération Générale du Travail* einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Ihre kühnen, anarchistische Einflüsse atmenden Thesen entwickelten von Tag zu Tag größere Zugkraft. Die Bewegung für die direkte Aktion, für den Generalstreik zur Eroberung des Achtstundentags, der für den 1. Mai 1906 angekündigt war, erregte nicht nur die Großbourgeoisie sondern ebenso die Mittelklassen. Und zum Überfluß hatte die von der Kammer beschlossene Sonntagsruhe auch noch störend in die Gewohnheiten des ganzen Kleinhandels eingegriffen. Die Radikalen, die direktesten Vertreter des Mittelstands, fingen an unruhig zu werden. Das Ministerium Clemenceau stellte es sich zur politischen Aufgabe gegen das Vorgehen der *Confédération Générale du Travail* anzukämpfen, die Streiks zu unterdrücken, die Anwendung der sozialen Gesetzgebung einzuschränken, dennoch aber den Anschein eines demokratischen Ministeriums zu wahren, das imstande wäre bestimmte wichtige Reformen wie den Rückkauf der Westeisenbahnen und die bereits von der Kammer angenommene Einkommensteuer durchzuführen.

Selbst diese Politik jedoch konnte dem unbestimmten Spannungs- und Ruhebedürfnis der Mittelklassen nicht genügen. Das Programm des Clemenceauschen tatkräftigen Radikalismus beunruhigte sie sogar noch in dieser Abschwächung. Sie ließen sich von dem geschickten Feldzug mitreißen, den die Besitzenden gegen die *Staatsinquisition* inszenierten, die durch die Einkommensteuer hervorgerufen sein sollte. Die radikale Partei, die am Ruder war, wahrte ebenso wie Clemenceau eine Kampfstellung, die der Großbour-

geoisie nicht paßte, am wenigsten damals, da sie seit 1906 ihre Unternehmungen erweiterte und eine geschickte Organisation von Vereinigungen und Trusts aufbaute, die ihr bis dahin gefehlt hatte. Sie brauchte Ruhe; Briand erbot sich sie ihr zu schaffen. Das war das Losungswort für seine Politik. Er fand, wie er selber sagte, es sei genug dieses Kampfs, der sich seit 1898 zwischen den siegreichen Republikanern und allen Gemäßigten oder Reaktionsären abspielte. So war es Briand, der vorschlug an Stelle des politischen Kampfes, der sich in jedem Wahlkreis entfachte, die Proportionalvertretung, das heißt eine gerechte Vertretung der Minderheiten, zu setzen. Noch heute, nach dem Scheitern dieses Versuchs, müssen wir sagen: Hätte die republikanische Partei, hätten die Radikalen besonders damals entschlossen diese Reform angenommen, so hätte der Wunsch nach Beruhigung und Ordnung, dem man tatsächlich etwas Rechnung tragen mußte, nicht zu der Stärkung der reaktionären Bewegung führen können, wie sie in der Folge begann. Aber diese Politik wäre nur durchführbar gewesen, wenn Briand zugleich den Eindruck hätte wecken können, daß die Arbeiterschaft sich beruhigt habe. Das machte der Eisenbahnerstreik unmöglich. Er zog ihm den Haß der Linken zu, den er nicht paralisieren konnte, und so scheiterte sein Versuch. Für kurze Zeit versuchte nun Monis auf die Politik Combes', für kurze Zeit Caillaux, der allerdings durch ernste Sorgen in der auswärtigen Politik von seiner Aufgabe abgelenkt wurde, auf die Politik Clemenceaus zurückzukommen. Aber die Bewegung war unwiderstehlich. Die Unmöglichkeit für die republikanische Partei sich aus den Schwierigkeiten der Wahlreform herauszuwinden beweist, bis zu welchem Grad dieses Bedürfnis nach Beschwichtigung und Frieden die Mittelklassen erfüllte.

Daß sich Poincaré bei der Übernahme des Ministeriums entschlossen als Anhänger des Proportionalwahlrechts erklärte und dadurch jenem tiefen Bedürfnis entgegenkam, das gab ihm die Macht in die Hand. Nach der Erregung, die die Affäre von Agadir hervorrief, nach dem Widerstand der Nationalisten gegen den deutsch-französischen Vertrag vom 4. November 1911 erschien er nun zugleich in der innern Politik als Mann von Maß und Selbstdisziplin und in der äußern als Erneuerer des französischen Prestiges. Die Anfänge seiner Balkanpolitik trugen noch dazu bei ihm eine Popularität zu verschaffen, wie sie seit langem kein Ministerpräsident besessen hatte. Das führte zu seinem Aufstieg zur Präsidentschaft der Republik. Aber von dieser Zeit an blieb der Wiederausbruch des Nationalismus, der sich seit Agadir vollzogen hatte, mit dem Streben nach Beruhigung oder nach Erhaltung des bestehenden sozialen Zustands, wie es das Volk schon seit mehreren Jahren bewegte, unlöslich verbunden. Um Poincaré scharten sich zu gleicher Zeit die gemäßigten Republikaner, die diese Beruhigung wünschten, die extremen Nationalisten, die die Möglichkeit einer Revanche für die Dreyfusaffäre ins Auge faßten, die Industriellen, die Kaufleute und die Masse derer, die den politischen Schlachten zwar gleichgültig gegenüberstehen, aber für das französische Prestige wohl empfänglich sind. Die Parteien der Rechten und die Kirche schickten sich an das neue Septennat zur Wiedereroberung ihrer verlorenen Autorität auszunutzen. Schon lief das Gerücht einer Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Rom, eines neuen Konkordats, neuer Zugeständnisse zur Wiederherstellung des katholischen und französischen Einflusses im Orient um. Schließlich kam bei den Heeresforderungen

diese innere Krise zum Ausbruch. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein darüber zu diskutieren, inwiefern die deutschen Rüstungen Frankreich bedrohten oder es beunruhigen mußten und ebensowenig darüber, ob es notwendig war unsere militärische Landesverteidigung zu verstärken. Sehr wahrscheinlich war diese Verstärkung notwendig. Aber der Weg, den man wählte, dokumentierte eben den Sieg der reaktionären Politik. Während die linksstehenden Republikaner treu dem Geist des Gesetzes von 1905 der sichern Überzeugung waren, daß durch eine bessere Verwendung der Effektivbestände zur Verstärkung der Deckung, durch Vervollkommnung der Kriegsausrüstung, durch die Ausbildung besonderer Waffengattungen, durch Maßnahmen zur Erleichterung und Beschleunigung der Mobilisierung und Zusammenziehung der Truppen, im Notfall auch durch neue Festungsanlagen an besonders stark bedrohten Grenzpunkten der Gefahr eines plötzlichen Angriffs in genügendem Maß begegnet werden könne, schlugen der Generalstab und (vielleicht mehr noch als dieser) die Männer der Rechten, die hinter den Kulissen unsere Politik beeinflussen, die Rückkehr zur 3jährigen Dienstzeit für die ganze Nation vor. So wurde das Gleichheitsgesetz von 1905 durchbrochen und die demokratische Reform, der sich die hohen Militärs 8 Jahre lang nicht fügen wollten, vernichtet: Die französische Jugend soll wieder während dreier Jahre in die Kasernen gesteckt werden, ohne daß doch dieses unerhörte Opfer wirklich eine entsprechende Verstärkung der nationalen Verteidigung sichern könnte. Aber es siegte die Genugtuung über den Marsch nach rückwärts zum Berufsheer an Stelle der von allen ersehnten Entwicklung der Armee zum wirklichen Volksheer. Die Sozialisten widersetzten sich hartnäckig der Wiedereinführung der 3jährigen Dienstzeit. Sie kämpften nicht allein gegen die Rüstungsverstärkung, die der vom Sozialismus geforderten Völkerverständigung widerspricht, sie kämpften namentlich gegen den offenkundigen Versuch einer innerpolitischen Reaktion. Ihr Widerstand war vergeblich. Das Gesetz ist angenommen, und die Verbesserungen, die es noch gelang hineinzubringen, wiegen das furchtbare Opfer nicht auf, das dem Volk auferlegt wird.

Indes, ein Gutes hat dieser Widerstand doch gehabt. Er hat eine Anzahl Radikaler veranlaßt sich wieder auf sich selbst zu besinnen. Sie standen vor der Wahl; ein Teil von ihnen, die Furchtsamen und Konservativen, haben ihrem Namen und Programm zum Trotz das Gesetz *sans phrase* angenommen und das Ministerium Barthou unterstützt. Die übrigen, etwa 130, die bis zuletzt den Grundsätzen des Gesetzes von 1905 treu blieben, vereinigten sich mit den Sozialisten, um jedem Rückschritt Widerstand zu leisten und das Prinzip des für alle gleichen und auf eine möglichst geringe Kasernierung beschränkten Aktivdienstes aufrechtzuerhalten. So ist nun tatsächlich von neuem eine Art Block zustande gekommen, ähnlich dem, der einstmals das Ministerium Waldeck-Rousseau und das Ministerium Combes stützte. Er besteht nur aus einer Minderheit, aber einer festgefühten und tatkräftigen Minderheit, die gegenwärtig die Grundsätze der republikanischen Partei wahren und durch Zusammenschluß neuer Kräfte und Wiedererweckung des Volks neue Reformen durchsetzen könnte. Bereits jetzt darf man sagen, daß in der Frage der finanziellen Deckung diese Minderheit die Regierung zum Nachgeben gezwungen hat. Barthou, von Caillaux, dem nunmehrigen Führer der radikalen Opposition, gedrängt, konnte sich nicht mehr



verstecken. Auf die Gefahr hin sich mit seinen Freunden von der Rechten zu überwerfen mußte er erklären, daß die Kosten der neuen Rüstungen von den hohen Einkommen und dem Besitz getragen werden müßten, daß die arbeitenden Massen, die der Militärdienst viel schwerer drücke als die privilegierten Klassen, nicht auch noch durch neue schwere Steuern belastet werden könnten.

Aber welche Zusagen auch die Regierung gemacht, und welche Erfolge die republikanische Minderheit errungen haben mögen, es bleibt deshalb doch nicht weniger sicher, daß wir augenblicklich eine furchtbare Krise durchmachen. Wenn auch die Wechselfälle unserer politischen Geschichte in der Vergangenheit uns dieser Krise mit Ruhe gegenübertraten und die Hoffnung nicht ganz aufgeben lassen, daß die Demokratie wieder auferstehen werde, so müssen wir doch zum mindesten wachsam bleiben. Das Finanzdefizit stellt sämtliche Parteien vor ein furchtbares Problem. Es kann die Veranlassung zu der erhofften Erneuerung werden. Es kann die Demokratie zur Verwirklichung einer Finanzreform führen, die in den breiten Volksmassen einen dauernden Widerhall finden dürfte. Aber es kann ebensowohl die Niederlage der republikanischen Partei einleiten, ja es wäre nicht unmöglich, daß sich zugleich wieder eine Krise für das Regierungssystem eröffnete. Für unsere Partei ist eine Stunde hoher Pflichten und starker Verantwortungen gekommen.

XX

## KARL LEUTHNER · DIE ANGSTNEUROSE ALS STAATSPOLITIK



ER Deutsche ist sehr geneigt die Dinge und Menschen des östlichen und südöstlichen Europa ebenso zu unterschätzen wie er die des Westens überschätzt. Jede Redeübung eines englischen Admirals oder französischen Advokaten, der gerade seine Kanzlei gegen einen Ministerstuhl ausgetauscht hat, stimmt ihn zu lauschender Andacht, wiewohl seit Jahrzehnten dergleichen nirgends sonst als im Zeitungspapier Spuren hinterlassen hat. Das Studium des Ostens überläßt er dagegen am liebsten den Witzblättern und begnügt sich zu wissen, daß der Zar kein liberaler Fortschrittswort ist, und die Schlawiner, zu denen er ebensoviele Nichtslawen rechnet, gewissen kleinen Mitlebenden mehr Duldsamkeit erweisen als im Westen üblich. Dennoch sind seit einem Jahrzehnt die Geschehnisse Europas fast ausschließlich durch die Vorgänge im nähern und fernern Osten bestimmt, und die Herren Majorescu, Paschtsch und Veniselos, die soeben einer europäischen Halbinsel die Staatsgrenzen gegeben haben, dürften beträchtlichere Spuren ihres Daseins zurücklassen als die Clemenceau und Deschanel, deren seelisches Unterfutter die deutschen Psychojournalisten über und unter dem Strich vor dem Leser ebenso unermüdlich ausbreiten wie ihre Kollegen vom Modefach den Leserinnen die Dessous der führenden Pariser Kokotten. Dabei hat der Deutsche gar nicht das Recht auf jene Harmlosigkeit, die der Gallier gern entfernteren Dingen gegenüber bewahrt. Er hat nicht den Atlantischen Ozean im Rücken und das Mittelländische Meer zu Füßen sondern ist mit dem größten Teil seiner Landesgrenzen eingebettet in die Welt des Ostens, mit ihr schicksalsverbun-

den durch den andern mitteleuropäischen Staat, der zu drei Vierteln selbst vom Gewoge der osteuropäischen Völker erfüllt ist.

Und doch wieder, es ist eine seltsame Welt und erschließt sich dem Mitteleuropäer, wenn auch Wahl oder Pflicht ihn zum Studium gedrängt haben, nur schwer und unvollständig. Wer hat über die Nachwirkungen des japanischen Krieges auf Rußland, über den Verlauf der ungarischen Verfassungskämpfe und jetzt wieder bei Betrachtung des Balkankriegs nicht vielfältig und grundsätzlich geirrt? Der Verfasser dieser Zeilen könnte für sich in Anspruch nehmen, daß sein Urteil über die Wiener Politik, zuerst so hart bestritten, jetzt vom Ablauf der Geschehnisse immer vollkommen bestätigt wird. Allein er müßte dann auch gestehen, wie arg und lächerlich er den Balkanbund und seine bulgarischen Führer zuerst überschätzt hat, wie die Macht des nationalen Gefühls, die im zweiten Balkankrieg vulkanisch hervorbricht, über sein naives Meinen von einer geeinten Balkanmacht triumphiert hat. Doch ist es den anderen Beurteilern und Betrachtern, den politischen und den militärischen, genau ebenso ergangen, und der kluge und verständige Immanuel zum Beispiel setzt an der Kriegsführung der Bulgaren in Thrazien genau die Mängel aus, die, eben als seine Studie erschien, den Zusammenbruch auf dem Owtschepolje mitverschuldet haben, er nennt den serbischen Sieg bei Monastir die bedeutendste Waffentat des Türkenkriegs und hebt mit Staunen die griechischen Leistungen hervor: in seinem Gesamturteil leiht er dennoch dem Volk und Heer der Bulgaren den ersten Rang. Man kommt eben bei der Betrachtung völlig neuer Dinge zuerst von dem Eindruck nicht los, den die Schauseite macht.

Wenn jedoch auch der Balkanbund in seiner alten Form verschwunden ist und wohl nicht wiederkehren wird, so bleibt das entscheidende Verhältnis, auf das ich hier immer hingewiesen habe, in voller Geltung: Die kleinen Staaten des Balkans haben eine militärische Kraft entwickelt, die weit über das Maß ihrer Volksgröße hinauszugehen scheint, die nötigt sie in der europäischen Gesamtrechnung mitzuzählen. Wir werden über die Leistungen der allgemeinen Wehrpflicht, über die Widerstandskraft, die sie selbst kleinen Völkern leiht, über das Existenzrecht dieser kleinen Völker gründlich umlernen müssen, politisch und kriegstheoretisch; denn der in Frankreich und Deutschland betriebene Kultus einer aus den ersten Jahrgängen gebildeten Angriffsarmee scheint mir in den 10 Kriegsmonaten des Balkans einen tödlichen Stoß empfangen zu haben. Indes kann man auch zu schnell lernen wollen. Und das dürfte, wenn man überhaupt eine Spur von Überlegung in der Wiener Politik vermuten soll, ihr Verhängnis sein. Sie hat die Furcht zur Beraterin und kämpft gegen etwas, das doch erst ein Gebilde der angstbewegten Phantasie ist, als wäre es schon Gegenwart und Wirklichkeit. Auf die italienische Krankheit ist am Ballplatz die serbische gefolgt, und sie scheint mit dem Säuferwahnsinn entscheidende Erscheinungsformen gemein zu haben, denn unsere Staatslenker sehen jetzt immer und überall nur noch Serben. Dennoch wäre es ein Irrtum die Ängstesprünge der Aehrenthalschen und Berchtoldschen Diplomatie zu dem Verhalten des kleinen serbischen Königreichs selbst in Beziehung zu setzen. Wenn Wien in seinem endlosen Kampf gegen die Serben zuerst versucht hat es wirtschaftlich zu ersticken, dann nach Ausbruch der Balkankriege die albanische

Autonomie nur erfand, um ihnen den Weg nach der Adria zu verlegen. dann in Sofia den Brand zum Bruderkrieg schürte, weil es hoffte, die Helden von Benarhissar würden dem österreichischen Heer die Aufgabe Serbien zu zerstören hilfreich abnehmen, wenn es jetzt wieder den Bukarester Frieden stören und einen bulgarischen Querdamm auf die Handelsstraße von Belgrad nach Saloniki legen will: so richtet sich all das nicht so sehr gegen den kleinen Nachbarn mit seinen 3½ und jetzt 4½ Millionen Einwohnern, es richtet sich vielmehr gegen die 5 Millionen Serbokroaten, die den Südwesten der Monarchie geschlossen bewohnen. Niemand wird mir eine Unterschätzung der Bewegungskräfte des Nationalen nachsagen; ich verschließe mich nicht der Einsicht, daß seit 60 Jahren und länger alle großen Veränderungen des staatlichen Lebens, namentlich alle Umwälzungen der Machtverhältnisse in Europa aus ihnen hervorgegangen sind. Allein sehen die leitenden Politiker Österreich-Ungarns in Serbien ein zweites Piemont, so darf man doch wohl einwenden, daß diesmal die Größenverhältnisse andere sind, und daß Österreich in den fünfziger Jahren nicht bloß dem Einheitsverlangen eines der ersten Völker der Geschichte gegenüberstand, sondern auch, daß die Lombardei und Venedig durch Geschichte, Gewohnheit, Dauer, wirtschaftliche Zusammenhänge nicht so eng an das Gefüge des Donaustaats geknüpft waren wie es Kroatien und Dalmatien sind. Auch das sind doch wohl geschichtsbildende Kräfte. Allein das Wiener Kabinett scheint ihnen nicht im mindesten mehr zu vertrauen.

Das serbische Irresein unserer Politiker und Militärs, das in seinen Exaltationen den Sandschak besetzt und aus freier Hand Belgrad bombardiert, in seinen Depressionen Serbien mit panslawistischer oder je nachdem mit italienischer Hilfe ein großes Adriareich gründen sieht, hat seinen Quell und Ursprung in dem Argwohn gegen die eigenen Staats- und Reichszugehörigen, in der Wahnvorstellung einer aus Kroatien, Bosnien und Dalmatien zusammenflammenden Irredenta. Nun wäre es gewiß gewagt zu leugnen, daß die Sehnsucht nach Einigung, nach einem staatlich geschlossenen Kulturganzen in der Seele der Serben ebenso wie in der Seele jedes zum politischen Selbstbewußtsein erwachten Volkes lebt. Allein Sehnsüchte, Hoffnungen, ja selbst Worte und Kundgebungen machen noch keine wirksame Abfallsbewegung aus, sie sind noch nicht einmal der Ausdruck dessen, daß der Gedanke bereits als ein ausschließend herrschender die wirklichen Massen ergriffen hat. Auch drängt hier das Mißverhältnis der Macht die Erwartungen, die an Sonnentagen der Nation laut werden, immer wieder zurück. Doch die Wiener und Budapester Staatsmänner tun, was sonst törichte Menschenkinder pflegen, wenn sie einen hohlen Zahn haben: sie stochern immer wieder darin herum. Sie selbst, ihre Angst, ihr böses Gewissen sind es, die unausgesetzt dem Abfallsgedanken neue Nahrung zuführen. Wieviel alte *Grenzertroue* hat der skandalöse Hochverratsprozeß, hat das Curazsche Regiment in Kroatien zerstört; allein geradezu verheerend muß unter den Serbokroaten Kroatiens, Bosniens und Dalmatiens die Politik wirken, die das Wiener Kabinett gegen das stammverwandte Königreich beobachtet. Die Gewaltträger der Monarchie scheinen von dem Patriotismus, den sie überall predigen lassen, selbst am wenigsten zu halten und hegen nicht einmal mehr die Hoffnung den Völkern, denen sie freilich nicht das stolze Gefühl der nationalen Staatlichkeit zu vermitteln vermögen, ir

anderen moralischen und materiellen Werten der Staatsgemeinschaft einen gewissen Ersatz bieten zu können. Sonst müßte es doch gerade jetzt ihre ernsteste Sorge sein in Kroatien und Bosnien halbwegs vernünftige Zustände einzurichten. Allein davon versprechen sie sich offenbar nichts mehr, und so hat der eine Gedanke ganz von ihnen Besitz ergriffen: das Idol zu zerschlagen, das nach ihrer Ansicht in Liebe und Bewunderung die Seelen der österreichisch-ungarischen Serben an sich zieht, den serbischen selbständigen Staat. Am besten wäre es ihn wirklich zu zerstören, und sehr ernste patriotische Politiker glauben Vernünftiges zu sprechen, wenn sie wiederholen, was in allen Offizierskneipen die stete Rede ist: daß man diese oder jene Gelegenheit sträflich versäumt habe das serbische Königreich vom Erdboden wegzutilgen. Die regierenden Diplomaten kennen möglicherweise doch die Haken, an denen dieser schöne Plan hängt, und begnügen sich daher Serbien ringsum Feinde zu erwecken und den serbischen Namen verunglimpfen zu lassen. Die Wiener Staatsmänner und der nachhinkende Patriotentrost haben jede türkische und bulgarische Niederlage wie eine selbst empfangene empfunden, doch nicht, weil die Türkei und Bulgarien überwunden wurden, sondern weil Serbien der Sieger war, und seine Siege wie ein Fanal des Stolzes und des Ruhms in den Herzen der Südslawen der Monarchie aufleuchteten. Und das eine ist mindestens als sicher anzunehmen, daß die Namen Paschitsch und Putnik in Bosnien und Kroatien populärer sind als die Namen Berchtold und Konrad von Hötzendorf. Daher die rasende, ohnmächtige Wut, die aus jeder Äußerung und Gebärde des Wiener Kabinetts hervorbricht, daher die absichtliche Unterschätzung der militärischen Fähigkeiten der Serben vor dem Krieg, daher die Versuche die serbischen Erfolge gegenüber den bulgarischen während des Krieges herabzudrücken, daher die kläglich-lächerliche Maskerade eine bulgarische Siegeswoche in Wien zu veranstalten, zur selben Zeit, als Bulgariens Kraft an der Bregalnitz zusammenbrach. Wie verschieden werden die serbischen und die bulgarischen Greuel behandelt, welcher Lärm um eines albanischen Geistlichen willen, und welches veriegene Schweigen nach den Untaten von Seres! Und nun nehme man noch, daß sich dies alles in die Sprache der Wiener und Budapester Journalisten ergießt, die leider nicht Zucht noch Wohlanstand kennt. Und die Serben der Monarchie, die täglich angesichts dieser Tatsachen stehen und wissen, eigentlich gelte dieser schimpfende Groll mittelbar ihnen.

Das entscheidende Ereignis in diesem Zusammenhang ist die Hinschwenkung der Wiener Politik zu Bulgarien. Die blinde Angst, die ihr Auge starr nach Belgrad richtet, sah nicht rechts, sah nicht links, sah nur, daß in Bulgarien der Nebenbuhler Serbiens machtvoll emporgestiegen war; man brauchte seine Hand nur zu lenken, und er führte den vernichtenden Schlag, den selbst zu führen die Besorgnis vor Rußland hindert. Heute zweifelt ja niemand daran, daß unter den Beweggründen, die den überheblichen und unfähigen Danew in den Krieg um die Beute trieb, die Wiener Einflüsse und Einflüsterungen mitentscheidend waren. Aber wenn sich die bulgarische Leidenschaft über die Gefahren der Lage und die verhältnismäßige Leistungsfähigkeit der Armee täuschte, wie war die selbe Täuschung dem fernstehenden Wiener Kabinetts möglich, wie konnte es die Türkei, wie Rumänien aus dem Auge lassen? Und will man den leitenden Männern der Monarchie die Kavaliers-

moral zutrauen ein Spiel zu versuchen, bei dem der Einsatz die Existenz eines fremden Volkes war, während der Gewinn zum Teil Österreich-Ungarn zufallen sollte, so ergab sich doch auf der andern Seite ein Verlust, mit Gewißheit schlimmer als jeder zu erwartende Vorteil: die unheilbare Verfeinerung mit Rumänien. Mag man Berchtold und seine Leute noch so tief einschätzen: daß sie die strategische Bedeutung Rumäniens im Fall eines Zusammenstoßes mit Rußland nicht abzuwägen vermochten, ist doch wohl nicht denkbar. Allein für eine geistesranke Politik gibt es, wie sonst auch für den Irrsinnigen, kein Erwägen und Überlegen. Im Gegenteil, man hat den Eindruck, als wäre auch Rumänien in das Wahngeflecht der Abfallsfurcht miteingeschlossen. Hört man doch auch sonst besonnene Urteiler sagen: Nur Bulgarien hat keine Volksgenossen im Bereich der Monarchie, deshalb ist es der einzige Bundesgenosse in der Zukunft, Rumänien wird sich früher oder später der 3 Millionen Stammesbrüder erinnern, die in Siebenbürgen unter der nicht gerade gemütlichen Magyarenherrschaft stehen. Und in der Tat, nur dann, wenn die Leiter des Wiener Kabinetts ebenso schlußfolgern, konnten sie bei dem Versuch der Bulgaren die Obmacht auf dem Balkan zu erringen Beistand leisten, wissend, daß sie hiermit Rumänien zum äußersten Widerstand herausfordern, nur dann ist es auch begreiflich, daß Berchtold jetzt die rumänische Nationaleitelkeit, die in dem Bukarester Frieden einen großen Triumph erblickt, durch das Schmähen und Befehden des Vertrags tödlich verletzt. Aber in Wahrheit ist dies alles der Gipfel der Tollhäußerei. Die magyarischen Rumänen sind noch nicht auf dem Entwicklungspunkt, wo eine große nationale Befreiungsbewegung einsetzen könnte, und die Politiker des Königreichs Rumänien waren zu sehr durch jahrzehntealte Gewohnheiten gebunden, um sich auch nur in die Rolle des rumänischen Piemont hineinzudenken, mochten auch eine Ideologenbewegung und einzelne Blätter ein solches Ziel ins Auge fassen. Und sagt man, das rumänische Bündnis sei ohnedies dem Ende geweiht gewesen, da seine Voraussetzung, die Furcht vor der Ausbreitung Rußlands auf den Balkan, vor seinem Hinübergreifen nach Bulgarien mit der dauernden Feststellung der bulgarischen Staatsindividualität geschwunden ist: so ist auch hier zu erwidern, daß solche Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse nur ganz allmählich in der Richtung der Staatspolitik zur Ausprägung kommen. Eine Politik des Erhaltens und der Vorsicht, wie sie einem nicht nationalen Staat von Österreich-Ungarns Art allein geziemt, hätte den Zeitpunkt der Trennung lange hinausgeschoben, statt die feindselige Entzweiung geradeswegs zu erzwingen. Sie würde vor allem trachten so lange wie möglich in Freundschaft diejenigen Staaten an sich zu knüpfen, die Volksgenossen im Donauraum haben, schon um die Entfaltungsmöglichkeiten zu mängen. Das mag ja alles nur bis zu einer gewissen Zeit gelingen, allein der Selbstmord ist kein Heilmittel gegen schleichende Krankheiten.

Wir haben sonach als die bedeutendste und für Europa zunächst fühlbarste Wirkung der Balkanereignisse die Umstimmung der Wiener Politik. Sie begann während der Annexionskrise und scheint nun vollendet zu sein. Wir haben einen Großstaat in der Mitte Europas, dessen Staatsmänner sich mit dem Wahnglauben einer 5 oder gar 8 Millionen Staatsangehörige bedrohenden Abfallsbewegung erfüllen, die eine noch gar nicht vorhandene Gefahr bei sich und den breiten Schichten der Bevölkerung zum unentrinnbaren

Schicksal umdeuten und handeln, als ob das wäre, was zu erwecken gerade ihr Handeln am geeignetsten ist. Wir haben endlich eine Staatspolitik, die, aus Torheit der Verzagnis sich ergebend und die Furcht durch Poltern übertreibend, sich die völlige Moralentbundenheit der Verzweilungszustände zubilligt und schon durch das Empörende ihres hinterlistig-treulosen Vorgehens dem eigenen Staat die Feinde mehrt. Wir haben endlich auf dem Balkan große militärische Kräfte, die eben zum Teil unter dem Eindruck der Wiener Politik ihre Spitze gegen Österreich-Ungarn zu richten beginnen. Wir haben die Sicherheit der ausschweifendsten Rüstungen, die nur das selbe magyarische Regime bewilligen wird, dessen rohe Plumpheit die Rumänen und die Kroaten gleichmäßig aufsässig macht. Und so kann man als Summe wohl ziehen, daß dieser mitteleuropäische Großstaat in das Schwankende, Wogende und Unberechenbare des Staatslebens auf dem Balkan mithineingestürzt und damit zu einem, ja zu dem wichtigsten Element der Unruhe in Europa geworden ist.

XX

## MAX SCHIPPEL · EIN SCHUTZZÖLLNERISCHER SEITENSPRUNG UNSERES ZENTRALORGANS



OLANGE rein *prinzipielle* handelspolitische Erörterungen in Frage stehen, versichert gewöhnlich unsere Parteipresse: die Sozialdemokratie, in Deutschland und noch viel mehr natürlich in anderen Ländern, sei keineswegs grundsätzlich freihändlerisch. Sie wähle von Fall zu Fall ihre Stellungnahme und habe dies im Parlament und in der Literatur oft genug bekundet. Sie verwerfe, so gut wie andere Wirtschaftskreise, schädliche und entwickelungshemmende Schutzzölle, wobei sie sich selbstverständlich stets weiter vorbehalte den Maßstab ihres Urteils, im Unterschied zu anderen Zollgegnern, dem besondern Arbeiterklasseninteresse ausschließlich oder doch ganz vorwiegend zu entnehmen. Sie lehne dagegen nicht minder entschieden jede Neigung oder gar Schwärmerei für die uneingeschränkte internationale Konkurrenzfreiheit, für das manchesterliche *laissez aller* im internationalen Handelsverkehr, das heißt eben: für den Freihandel ab, wie dies von vornherein nicht anders zu erwarten sei nach unserer ganzen theoretischen und praktisch-politischen Stellung zum Manchestersystem und zum freien, vermeintlich jederzeit harmonischen Spiel der kapitalistischen Kräfte.

So oder ähnlich konnte man es in unseren sozialdemokratischen Zeitungen immer von neuem lesen, und ich wäre der letzte, der dagegen etwas einzuwenden vermöchte. Nur scheint den betreffenden Parteigenossen diese allgemein zugestandene Grundauffassung immer noch recht wenig in Fleisch und Blut übergegangen zu sein. Denn wenn die abgegebenen Bekräftigungen und Verwahrungen in der Tat mehr als ganz unverbindliche konventionelle Kanzel- und Kirchensprüchlein sein sollen, so müßte sich doch, bei dieser oder bei jener der tausendfältigen Gelegenheiten dazu, wirklich auch einmal ein deutliches, kräftiges Abrücken von den oftgescholtenen bürgerlichen *Freihandelshausierburschen* bemerklich machen (denn auch dieser, meines Erachtens allzu geringschätzige Marxsche Ausdruck erfreut sich einer ausnehmenden Beliebtheit in unserer deutschen und noch mehr in der ausländi-

schen Parteipresse). Es müßte, sollte man meinen, irgendwo und irgendwann im Einzelfall einmal Ernst werden mit der Abkehr vom prinzipiellen Freihandel. Indes, nur ganz ausnahmsweise ist mitunter ein überaus schüchterner Anlauf nach dieser Richtung zu verzeichnen. Von der stachligen Frage der ausländischen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, für die Ware Arbeitskraft, heute abgesehen, stößt man allenfalls einmal auf eine kräftigere Befürwortung staatlichen Eingreifens gegenüber der Prämien einfuhr, gleichviel ob der künstliche Zuschuß für den Auslandswettbewerb von Kartellen und Trusts oder aus Staatssteuern, unmittelbar oder mittelbar, her stammt. Es sei, lesen wir alsdann hier und da in der Parteiliteratur, durchaus nicht immer zu verwerfen, wenn man einer fremden Schleuderkonkurrenz, deren Billigkeit nur auf widernatürlichen, unschicklichen Kartell- oder Staatssubventionen beruhe, mit Zöllen oder selbst mit vollständigen Einfuhrverboten entgegentrete. Und es wäre wohl lohnend diese eigenartigen protektionistischen Anwendungen bei gegebenem Anlaß übersichtlich zusammenfassend zur Darstellung zu bringen. Heute jedoch sei eine Freihandelseliminierung anderer Art behandelt, weil sie sogar den Beifall unseres deutschen Parteizentralorgans weckte und dann in verschiedenen Parteiblättern wörtlich die selbe Anerkennung errang. Freilich sei gleich hinzugefügt, daß dieses überraschende protektionistische Debut des *Vorwärts* bei allen vortrefflichen Absichten kaum besonders glücklich zu nennen war. Indes, früh übt sich, was bis 1917 oder 1918 noch ein Meister werden mag...



**R**EKANNTLICH sehen sich die Vereinigten Staaten von Amerika vor die längst unausweichliche, selbst von den Altrepublikanern und den *progressiven* (Rooseveltschen) Schutzzöllnern anerkannte Aufgabe gestellt einen sehr wildgewachsenen, mit der Zeit vollkommen verunstalteten, mit Auswüchsen förmlich übersäten Zolltarif ungefähr auf mitteleuropäisches Zollmaß herabzubringen, unter Ausmerzung sonstiger schlimmer Mißbildungen und innerer Widersprüche. Die Gegeninteressenten und die unvermeidlichen Ängsterlinge haben nunmehr eine ganze Menge ausgeklügelter Hemmungsmaßnahmen gegen ein vermeintlich zu starkes und plötzliches Öffnen der Einfuhrschleusen in Vorschlag gebracht: Zollverwaltungsscherereien, gesundheitliche Anforderungen und Prüfungen, Differenzierungen nach den Herkunftsländern und ihrer Zollpolitik, Schiffsflaggendifferenzierungen, Vorschriften über Ursprungszeugnisse und Begleitscheine und noch so vieles mehr. Manche Anträge waren gleich von Anfang an todegeborene Kinder; andere sind nach den Einsprüchen der meistbeteiligten europäischen Regierungen zurückgezogen oder abgeschwächt worden. Aber einer davon war so schön, daß er es unserm Zentralorgan angetan hat. Er lautete, als Senatsantrag:

»Es sollen keine durch Zuchthausarbeit oder die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren hergestellten Waren, Güter, Fabrikate, Artikel oder Kaufmannsgüter (außer direkten Erzeugnissen des Ackerbaus, der Forstwirtschaft oder der Fischerei) in irgendeinem Hafen der Vereinigten Staaten zugelassen werden, und die Einfuhr solcher ist hiermit verboten. Irgendeine zur Einfuhr in die Vereinigten Staaten kommende Sendung von Waren, Gütern, Fabrikaten oder Kaufmannsgütern (außer direkten Erzeugnissen des Ackerbaus, der Forstwirtschaft oder der Fischerei), die in irgendeinem fremden Land hergestellt worden sind, in dem die Zuchthausarbeit oder die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren nicht

verboten ist, soll von einer beschworenen Aussage des betreffenden Versenders oder dessen gesetzlichen Vertreters begleitet sein, daß die in der Faktura erwähnte Ware nicht ganz oder zum Teil durch Zuchthausarbeit oder die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren hergestellt ist.

Das macht sich, wie zugestanden sei, auf den ersten Blick, vom Arbeiterklasseninteresse aus gesehen, ganz gut, obwohl es gegen den Freihandel auf das ärgste verstößt. Denn das alles wäre wahrhaftig keine Freieinfuhr mehr; es schneidet unter gewissen Voraussetzungen die Zufuhrware sogar vollkommen ab, während der Zoll die Einfuhr, durch Belastung, nur erschwert. Es ist eine weitgehende Zurückweisung des *reinen* Konsumentenstandpunkts, von dem aus das Billigste stets zugleich als das in jeder Beziehung Beste erscheint. Denn selbstverständlich soll durch die neue Bestimmung ein preisdrückender Wettbewerb vom Markt ausgeschlossen, eine Preishöherstellung, eine verhältnismäßige Verteuerung, wie sie der Nichtverwendung der Kinderarbeit bei der Produktion entspricht, dem warenverkaufenden Produzenten verbürgt sein: auf Kosten des Warenkäufers, des Verbrauchers, eben des Konsumenten, der nach freihändlerischer Anschauung jederzeit das unumstößliche Recht haben soll und muß seinen Bedarf auf dem billigsten Markt, durch die billigste Zufuhr zu decken.

Aber wo die Arbeiter sich erst einmal, in Erkenntnis ihrer besondern Klassenlage, vom liberalen Händlerleitartikel emanzipierten, da haben sie solche Durchbrechungen des starren Freihandelsprinzips, solche Einschläge von *sozialem* Schutz und Schutzzoll im vielverschlungenen Gewebe der internationalen Handelspolitik stets gebilligt, unter Umständen sogar selbständig gefordert und gegen widerstrebende Parteien im Parlament und bei Wahlen durchgedrückt. In der australischen Zollpolitik macht sich dieser Sondereinschlag von Arbeiterschutzinteressen, übereinstimmend mit dem ausschlaggebenden Einfluß der Arbeiterparteien, naturgemäß bisher am stärksten geltend. Aber allmählich entwickeln auch andere Länder ziemlich vielgestaltige Ansätze und Keime auf diesem Gebiet des gesetzgeberischen Eingreifens in den, sonst frei sich selbst überlassenen internationalen Verkehr: je nach der marktmäßig fühlbaren Verschiedenheit des lebendigen Produktionsfaktors, der Lebenshaltungs- und Ausbeutungsstufe der Arbeiterklasse, zwischen den im Warenabsatz konkurrierenden Ländern, und je nach der politischen Macht und geistigen Regsamkeit derjenigen Arbeiterbewegung, die sich durch die konkurrierende ausländische Mehrausbeutung gefährdet glaubt. Je mehr mit der Vervollkommnung der Verkehrsmittel und dem expansiven Fortschreiten des Welthandels Länder mit den abweichendsten Arbeitsverfassungen und Arbeiterzuständen konkurrierend auf dem gleichen Warenmarkt zusammenstoßen werden, desto mehr wird die *australische* Umbildung des Schutzzolls wahrscheinlich in allen sozial höchststehenden Staaten Wurzeln schlagen, gefördert in erster Linie durch die handelspolitischen Schutzforderungen der Arbeiterklasse selber. Aus diesem Gedankengang heraus konnte schon Liebknecht im sächsischen Landtag ganz treffend erwidern, als man 1880 von bürgerlicher Seite heimische Sozialreform und unbeschränkte Konkurrenz des Auslands für unvereinbar erklärte:

»Es ist vorhin davon geredet worden, daß wir in Deutschland die Arbeitszeit unter keinen Umständen beschränken dürften, weil wir sonst die Konkurrenz mit Belgien nicht aushalten könnten. Meine Herren, das ist ein ganz verkehrter Standpunkt.



In Belgien herrschen andere Gesetze; die Kinderarbeit ist dort nicht verboten, die Arbeitszeit nicht beschränkt. Es herrscht dort leider die Manchestertheorie absolut auf wirtschaftlichem Gebiet. Aber daraus, meine Herren, folgt denn doch nicht, daß wir Deutsche in diese belgischen Praktiken verfallen, unsere Kinder ebenfalls opfern müssen. Im Gegenteil, falls wir unter solchen Umständen nicht konkurrieren könnten, würde daraus zu folgern sein, daß wir Schutzmaßnahmen gegenüber Belgien zu ergreifen haben, und ich kann hier bloß kurz wiederholen, was ich bei einer andern Gelegenheit schon öffentlich ausgesprochen habe: daß ich in einem solchen Fall einen Schutzzoll für durchaus berechtigt halten würde, weil dieser den Zweck hätte unsere Frauen und Kinder und unsere Arbeiterbevölkerung überhaupt gegen eine geradezu gemeingefährliche Konkurrenz zu schützen, gegen eine Konkurrenz, die uns auf Grund inhumaner, gesundheits-schädlicher, verderblicher Institutionen gemacht wird.«

Ich finde deshalb auch gar nichts *grundsätzlich* Bedenkliches dabei, wenn angesichts des oben abgedruckten amerikanischen Prohibitiv- und Schutzantrags am 16. Juli der *Vorwärts* schreibt:

»Sollte diese Bestimmung wirklich Gesetz werden und so gewissenhaft durchgeführt werden, daß sich die europäischen Importländer zur gesetzlichen Beseitigung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gezwungen sähen, so wäre ein solcher Beschluß nur zu begrüßen. In Deutschland zum Beispiel ist nur die Arbeit von Kindern unter 13 Jahren gesetzlich verboten. Auch die Zurückweisung der Arbeit von Gefangenen, unter deren Schutzzollkonkurrenz auch die Arbeiter in Deutschland leiden, würde zu einem sozialpolitischen Fortschritt führen. Die bürgerliche Presse jammert zwar, daß diese neuen Beschlüsse der Zollkommission nur Schikane seien, weil es für den Exporteur nicht möglich sei festzustellen, ob bei seinen Waren in irgendeinem Stadium der Bearbeitung die bezeichneten Gruppen mitgearbeitet hätten. Durch gesetzliche Regelung für alle Industrien könnte der Vorschrift aber leicht entsprochen werden. Mögen die Motive auch rein wirtschaftlicher Natur sein, um die Einfuhr zu erschweren, die Wirkungen einer solchen Maßregel verlören dadurch nichts an sozialpolitischem Wert.«



**NDRERSEITS**, wenn der *Vorwärts* den amerikanischen Schritt ohne alle freihändlerischen Scheuklappen zu werten sucht und ihn durch seine »Begrüßung« in so außergewöhnlichem Maß ehrt, so hat er bei dieser Gelegenheit seinen Anfall von handelspolitischer Vorurteilslosigkeit doch zunächst wohl, in bedenklicher Verkennung des nähern Sachverhalts, an einen ziemlich Unwürdigen verschwendet.

Einmal: Glaubt der *Vorwärts* wirklich, daß man im Ernstfall mit so naiven Einfällen und Formeln den »Importländern« ihre Sozialpolitik vorschreiben könnte? Dann wäre für die Sozialpolitik allerdings der Stein des Weisen endlich gefunden. Amerika droht keine durch Kinderarbeit ganz oder teilweise erzeugte Ware hereinzulassen, und »die europäischen Importländer« sähen sich »zur gesetzlichen Beseitigung der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gezwungen«. Das könnten und sollten wir offenbar alsdann von europäischer Seite gleichfalls nachahmen. Also Deutschland droht sich ähnlich gegen die Staaten abzusperren, die es noch zu keiner gesetzlichen Unfall- und Invalidenversicherung, zu keinem Verbot der Frauennachtarbeit, zu keiner ausgebreiteten Sonntagsruhe, zu keiner wirksamen Gewerbeaufsicht gebracht haben: und sofort schießen in Europa und übersee die Arbeiterversicherungen und die Schutzgesetze nur so aus dem Boden? Vor allem natürlich in den Vereinigten Staaten selber, in denen fast überall sogar die einfachste Haftpflichtregelung noch fehlt, geschweige denn, daß eine umfassende Unfallversicherung in den zuständigen Einzelstaaten sich durch-

gesetzt hätte? England droht keine Industrieerzeugnisse einzulassen, die auf einer Kohlenproduktion ohne gleichwertige staatliche Mindestlöhne, wie die Englands, beruhen: und sofort rücken die Bergleute Deutschlands, Luxemburgs, Frankreichs, Belgiens auf das Lohnniveau der englischen Grubenreviere empor? Geht es aber hier nicht so oder ähnlich, so wird es mit den Vereinigten Staaten wohl auch kaum stimmen. Viel eher würde die, ganz willkürlich vom Zaun gebrochene amerikanische Vorschrift europäische Gegenvorschriften provozieren: Abwehrmaßnahmen beispielsweise wegen der Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiterversicherung und der ganzen sonstigen amerikanischen Sozialpolitik überhaupt, und wir könnten so, unter sozialreformerischen Vorwänden aller Art, in noch viel gehässigere, weil viel unberechenbarere handelspolitische Kriegszustände als heute hineintreiben. An die vorgeschobene Tendenz allein darf man sich eben nicht, wie unser, der protektionistischen Auslandshandelspolitik gegenüber blind vertrauensseliges Zentralorgan, halten.

Doch es kommt noch viel besser. Kein sozialpolitisch Kundiger diesseits wie jenseits des Ozeans bezweifelt nämlich, daß gerade die Vereinigten Staaten das allerletzte Kulturland sind, das wegen des gesetzlichen Kinderschutzes vor anderer Leute Türen zu lärmern berechtigt wäre. Ist hier bei uns in Europa noch vieles beklagenswert, so ist in den Vereinigten Staaten so gut wie alles vollkommen trostlos und meist ein himmelschreiender Jammer. Der Zensus von 1900, dessen hierhergehörige Ergebnisse leider erst 1907 veröffentlicht wurden, stellte nicht weniger als 1 750 178 Kinder im Alter von 10 bis 15 Jahren als erwerbstätig fest, davon 142 105 (8,2 % aller gleichaltrigen Kinder) im Alter von 10 bis 11 Jahren, 158 778 (10 %) zwischen 11 und 12 Jahren, 221 313 (13,5 %) zwischen 12 und 13 Jahren. Seither hat in mehreren Einzelstaaten eine unermüdliche Agitation zu Reformen, mitunter von ganz respektabler Art, geführt. Aber in anderen Einzelstaaten, vor allem des rasch industrialisierten Südens, hat das Übel sich eher verschlimmert, so daß gerade jetzt wieder die amerikanischen Arbeiterblätter von den erschütterndsten Anklagen widerhallen. Ein Bild im Haywood'schen *Industrial Worker* vom 17. Juli versucht eine Konservenfabrik zu schildern: die ausgemergelten Kinder im zartesten Alter, vom Schlaf überwältigt und vom brutalen Antreiber mit Kübeln kalten Wassers zu neuer Anstrengung aufgeschreckt. Durch andere westliche Blätter (beispielsweise den britisch-kolumbischen *Federationist* vom 18. Juli und den Seattler *Timber Worker* vom 19. Juli) läuft gleichmäßig eine Titelseitenzeichnung: »2 Millionen Kinder« werden oben in den Schlund einer riesigen Preßmühle geschüttet und unten fließen, halb Blut halb Gold, die Dividenden ab. Die erläuternde Unterschrift ist: »Das Kapital braucht Dividenden. In den Vereinigten Staaten, die sich ihrer Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit rühmen, werden 2 Millionen Kinder von dem stählernen Räderwerk der industriellen Maschine erfaßt. Zarte Hände und Körper werden um des bloßen Profits willen verstümmelt und zermalmt.« Der *Vorwärts* selber sprach noch am 13. April von den »grauenhaften Zuständen der Frauen- und Kinderarbeit« in Amerika. Die *Soziale Praxis* schrieb am 10. Juli sehr richtig, das Schutzalter in den Einzelstaaten schwanke zwar zwischen 10 und 15 Jahren, liege jedoch für die Mehrzahl der Industrien eher näher an 10 Jahren; »von einem allgemeinen Ausschluß der industriellen Kinderarbeit unter 14

Jahren ist in den Bundesstaatengesetzen nicht entfernt die Rede«. Der Widerstand gegen die einfachsten Kinderschongesetze ist in den schlimmsten Ausbeuterstaaten ein derart hartnäckiger, daß unsere amerikanischen Parteigenossen in ihrer ratlosen Verzweiflung — Absperrung der reformfreundlicheren Staaten gegen die schuldigen eigenen Reichsangehörigen verlangten. Der *Vorwärts* ist doch sonst so international programmfest, will es wenigstens sein. Wenn er sich einmal das letzte, 1912 in Indianapolis beschlossene amerikanische Parteiprogramm hervorholt, so wird er als einen Punkt der Reichsplatform vorfinden (bekanntlich sind die Einzelstaaten innerhalb ihrer Sondergesetzgebung an sich unzugänglich, aber man kann sie durch den *Zwischenstaatsverkehr*, der der *Nationalpolitik* untersteht, treffen) »Verbot des Zwischenstaatstransports von Erzeugnissen der Kinderarbeit, der Gefängnisarbeit und der Fabriken und Bergwerke ohne Gewerbeaufsicht«.

Zu was für tollen Folgerungen gelangten wir also hiernach vollends? Ein Reich weigert sich selber seine Inlandskinder zu schützen, etwa durch Vereinheitlichung des Kinderschutzes, wie sie von vielen Seiten bereits (neuerdings erst wieder von den Progressiven und Senator Beveridge) angeregt wurde. Der selbe Bundesstaat weigert sich irgendwelche, noch so naheliegenden Zwangsmaßnahmen gegen seine eigenen, kinderausbeutenden Gliederstaaten, etwa nach dem Vorschlag des amerikanischen sozialdemokratischen Programms, einzuführen und anzuwenden. Aber er droht dem Ausland mit handelspolitischen Kriegsmaßnahmen, wenn das Ausland die gleichen Arbeiterschutzforderungen nicht erfüllt, die man selber fortgesetzt von der Türe weist und mit Füßen tritt. Und der *Vorwärts*, der sonst den Freihandel hütet, gibt voller Freuden seinen Segen zu solchen handelspolitischen Herausforderungen: das wäre endlich einmal ein Protektionismus, den man »nur begrüßen« könne. Das ist, alles in allem, denn doch so ziemlich die verkehrteste Welt, die sich überhaupt ersinnen läßt.

Doch zur Beruhigung der Parteigenossen sei gleich noch das eine hinzugefügt. Die strittige Bestimmung kann bereits als gefallen oder doch als bis zur Unkenntlichkeit abgeschwächt gelten, so daß der ganze Vorgang nur noch eine symptomatische Bedeutung behält: nicht zum mindesten freilich für die Unvorsichtigkeit und Gedankenlosigkeit, mit der man leider in unserer Partei sich noch immer an ernste und folgenschwere handelspolitische Probleme heranwagen darf.

XXX  
**PAUL KAMPFFMEYER · DIE ARBEITSLOSENVER-  
 SICHERUNG UND DER JENAER PARTEITAG**



YON jeher ist es die Stärke der deutschen Sozialdemokratie gewesen die drängenden sozialen Massenbedürfnisse richtig zu erfassen und für deren zweckvolle und schnelle Befriedigung zu sorgen. In den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sind zuerst wirkliche gewerkschaftliche Kampforganisationen geschaffen worden, und hier entstanden die ersten Ansätze einer großzügigen Krankenversicherung in der Form der freien Hilfskassen. Der Gedanke der Arbeitslosenversicherung ist dann in den Gewerkschaftskreisen schon emsig propa-

giert worden, als die Gemeinden noch höchst mangelhafte Vorstellungen von ihren sozialen Aufgaben auf dem Gebiet der Arbeitslosenfürsorge hatten. Als sich die Gemeinden endlich zur Errichtung von Unterstützungseinrichtungen für Arbeitslose entschieden, da bauten sie im wesentlichen diese Institutionen auf den gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen auf. Die Gemeinden in Lüttich, Gent usw. verstanden sich zu öffentlichen Zuschüssen zu gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungskassen.

Augenblicklich schiebt sich, wie in keinem Jahr vorher, die Frage der Arbeitslosenversicherung in den Vordergrund der sozialpolitischen Erörterungen. Die Lage des deutschen Baugewerbes ist jetzt schon bedrohlich, und im kommenden Herbst und Winter wird sie direkt verzweifelt sein. Durch eine Erhebung des *Münchener Gewerkschaftsvereins* in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli wurde festgestellt, daß allein die Organisation der Bauarbeiter 3000 arbeitslose Mitglieder zählte. Im ganzen waren von den Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins 6000 arbeitslos. Von den Verbänden mit Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen werden etwas über 1100 mit Zuwendungen bedacht, und gegen 1300 sind bereits ausgesteuert. Anfang Juli 1913 stellte die Ortskrankenkasse für München fest, daß der Mitgliederstand im Baugewerbe nur 15 065 betrug, gegen 25 226 im Juli 1911. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe sank die Mitgliederzahl von 7417 im Jahr 1912 auf 6344 im Jahr 1913. Hoch war im Juli 1913 der prozentuale Krankenstand der Münchener Ortskrankenkasse. Er betrug im Baugewerbe im Juli 1911 2,39, im Juli 1912 3,46, im Juli 1913 3,59; in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe betrug er im Juli 1911 2,29, im Juli 1912 3,46 und im Juli 1913 3,53. Wieder trat die schon längst festgestellte Tatsache in die Erscheinung, daß die Krankenkassen in Krisenjahren förmlich zu Arbeitslosenversicherungsinstituten werden.

Diese hier gekennzeichneten Tatsachen sind deshalb besonders bedeutungsvoll, weil sie selbst das sozial rückständige Ministerium Hertling aus seiner bisherigen Lethargie aufrüttelten und zu bestimmten Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit aufpeitschten. Ja noch mehr, sie veranlaßten den Prinzregenten Ludwig zu einer Kundgebung für die Arbeitslosenversicherung. Dieser richtete nämlich am 27. Juli ein Handschreiben an den Minister des Innern, Freiherrn von Soden, in dem es hieß:

»Mit lebhaftem Bedauern habe Ich Ihrem Bericht entnommen, daß die Mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Befriedigung ersehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die vielerörterte Frage der *Arbeitslosenversicherung*, in den Kreis der Erwägungen gezogen wurden. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsch nach tunlichster Abhilfe beauftrage Ich Sie der Arbeitslosenfürsorge auch ferner volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßnahmen im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und Mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.«

Die »vielerörterte Frage der Arbeitslosenversicherung« soll also die bayrische Landesregierung wieder in »Erwägung« ziehen. Das ist zwar noch kein ganzes, wohl aber schon ein halbes Versprechen die Schritte, die bereits Bayern im Interesse der Arbeitslosenversicherung tat, zu einem gewissen praktischen Ziel zu führen. Am 17. November 1908 hatte nämlich die bayrische Regierung eine Konferenz in der Arbeitslosenversicherungsfrage

nach München berufen, zu der der liberale Abgeordnete Hübsch, die Zentrumsabgeordneten Oswald und Pestalozza, der Sozialdemokrat Simon und der Bauernbündler Weilenböck erschienen, ferner Vertreter der größten Städte Bayerns, der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern und der Gewerkschaften. In der Diskussion erklärten sich wohl die Vertreter der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft gegen jede Unterstützung der Arbeitslosen, aber schließlich wurden doch mit großer Stimmenmehrheit die Anträge des Abgeordneten Oswald angenommen, die sich im Prinzip für das Genter Unterstützungssystem und für Staatszuschüsse an die Gemeinden erklärten. Der 1. Teil des Oswaldschen Antrags wollte die Gemeinden veranlassen an alle Körperschaften, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zuweisen, einen Zuschuß zu leisten. Dieser Teil des Antrags wurde mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Der 2. Teil des Antrags forderte von den Gemeinden eine Unterstützung an die Unorganisierten in der gleichen Höhe, und es sollten die Gemeinden zu einer Arbeitslosenversicherung zu diesem Zweck veranlaßt werden. Und endlich verlangte ein Antrag Oswald einen Staatszuschuß für die sich in der Arbeitslosenfürsorge betätigenden Städte. Der Staat sollte diesen Städten 50 % der für die Arbeitslosenunterstützung aufgewandten Summen zurückerstatten. Der Staatszuschuß wurde mit allen gegen 4 Stimmen beschlossen.

Gestützt auf die Abstimmung dieser und einer spätern Konferenz vom 30. März 1909 empfahl das bayrische Staatsministerium den Stadtmagistraten von München, Hof, Fürth, Nürnberg, Erlangen, Würzburg, Augsburg und den Bürgermeisterämtern von Kaiserslautern und Ludwigshafen die Annahme eines Satzungsentwurfs für gemeindliche Arbeitslosenfürsorgeanstalten. Der 3. Abschnitt des Entwurfs befaßte sich mit der Einführung der Zuschußkasse zur Förderung der Arbeitslosenversicherung durch Gewährung von Zuschüssen. Nach dem § 33 des Statuts können auch »Arbeitnehmervereine, welche die Arbeitslosenversicherung betreiben und mindestens 50 wohnhafte oder beschäftigte Mitglieder am Ort und eine eigene Verwaltungsstelle besitzen, . . . zur Teilnahme an der Zuschußkasse zugelassen werden«.

In dem amtlichen Schreiben zur Empfehlung der freiwilligen kommunalen Arbeitslosenversicherung vom 17. Juni 1909 hat dann der bayrische Minister des Innern, von Brettreich, in einigen Punkten recht zutreffend die besonderen Vorzüge der von den Arbeiterorganisationen selbst geschaffenen Arbeitslosenversicherungen hervorgehoben. In dem ministeriellen Schreiben heißt es nämlich:

»Die Arbeitervereine sind fast durchweg beruflich gegliedert. Es kommen deshalb bei ihnen (von den nie zu beseitigenden individuellen Verschiedenheiten abgesehen) nur gleiche Gefahren zur Versicherung. Vor allem ist aber hier die Arbeitslosenversicherung mit der Mitgliedschaft meist derart verknüpft, daß jedes Mitglied des Vereins zugleich der Versicherung angehören muß. Auf diese Weise werden der Arbeitslosenversicherung kraft der Anziehung, die die Organisationen in sonstiger Hinsicht üben, auch solche Berufsgenossen zugeführt, die nach ihren persönlichen Verhältnissen einer Arbeitslosenversicherung vielleicht weniger bedürfen und daher an sich vielleicht weniger hierzu geneigt wären. Dadurch wird die Durchschnittsgefahr erheblich gemindert und die Durchführung der Versicherung wesentlich erleichtert. Hieraus erklärt sich auch, daß diese Form der Versicherung vor jeder andern Erfolg aufzuweisen hat. Für sich allein können jedoch die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen dem Bedürfnis gleichfalls nicht genügen, da sie nur den organisierten Arbeitern zugute kommen und zur Teilnahme an denselben

der Anschluß an die sonstigen Bestrebungen der betreffenden Organisationen notwendig ist.«  
 Daher schlägt der Minister von Brettreich im Interesse der Unorganisierten eine »allgemeine Versicherungskasse« vor, »die für alle nicht organisierten Arbeitnehmer und die Angehörigen jener Organisationen bestimmt ist, welche die Arbeitslosenversicherung nicht betreiben«. Für die Angehörigen derjenigen Organisationen, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, soll ausschließlich die Versicherungseinrichtung ihrer Organisation Platz greifen und die Versicherungskasse ersetzen. Der bayrische Minister anerkennt also vollkommen das Prinzip der sich selbst verwaltenden Arbeitslosenversicherungskasse der Gewerkschaften. Zur Förderung der Versicherungseinrichtungen legt sich dann das ministerielle Schreiben für die Einrichtung der bereits erwähnten Zuschußkasse ein, die ausschließlich aus Mitteln der Gemeinde und sonstigen Zuwendungen gespeist wird. Diese Zuschüsse werden den Mitgliedern von Arbeitnehmerorganisationen zugeführt, jedoch muß dabei »jede unmittelbare oder mittelbare Unterstützung der Organisationen in der Verfolgung ihrer sonstigen Zwecke vermieden werden«. Namentlich sollen die »gemeindlichen Zuschüsse nicht ganz oder teilweise an Stelle der bisherigen Leistungen der Organisation treten und dadurch letztere entlasten«.

Der Gesichtspunkt der »Entlastung« ist bei den gewerkschaftlichen Erörterungen über den gemeinschaftlichen Zuschuß zu den Organisationskassen wohl ganz in den Hintergrund getreten, weil der Zuschuß fast überall als eine willkommene Ergänzung der häufig nicht völlig befriedigenden Arbeitslosenunterstützungen der Organisationen betrachtet wird. Deshalb dürfte sich gegen diese Ausführungen des ministeriellen Schreibens wohl kaum ein grundsätzlicher Widerspruch der Gewerkschaften richten. Im übrigen kommen in dem ministeriellen Schreiben die durchschlagenden Gründe für das Prinzip einer gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung zum Ausdruck, die oft mit Nachdruck von deutschen Gewerkschaftsführern hervorgehoben sind. Immerhin (und das ist das Beachtenswerteste an diesem Schreiben) ist es sozialpolitisch nicht ohne Bedeutung, daß diese Gründe von einem Minister des zweitgrößten deutschen Bundesstaats wiederholt wurden. Man sieht: Die offiziellen bayrischen Konferenzen für Arbeitslosenversicherung vom 17. November 1908 und 30. März 1909 hatten immerhin einige wertvolle Resultate: die Anerkennung des Prinzips der gewerkschaftlichen, sich selbstverwaltenden Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen, die Empfehlung kommunaler Zuschüsse zu diesen Einrichtungen und die Zustimmung zum Grundsatz der staatlichen Subventionierung der Gemeinden, die sich auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung betätigten.

Aber noch ein anderes weniger erfreuliches sozialpolitisches Resultat förderten diese Konferenzen und diese ministeriellen Schreiben zutage: die Ohnmacht des Prinzips einer nur freiwilligen kommunalen Arbeitslosenversicherung. Da bot sich unseren Augen ein recht unerfreuliches Schauspiel. Die Gemeinden suchten ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen auf den Staat, und der Staat wieder die seinigen auf die Gemeinden abzuwälzen. So erklärte am 27. Oktober 1907 ein Vertreter der Zentrumsparlei in dem Münchener Gemeindegremium, ein selbständiges Vorgehen Münchens sei schon aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen. In Regens-

burg lehnte das Gemeindegremium im Dezember 1910 die Arbeitslosenversicherung ab. In Nürnberg ebenfalls. Und nur Kaiserslautern führte das Problem der Arbeitslosenversicherung der praktischen Lösung entgegen. Im bayrischen Landtag erklärten die Sprecher der schwarzen Mehrheitspartei, die Gemeinden müßten die Arbeitslosenversicherung einführen, und in den Gemeinden äußerten sich die Führer der gleichen Partei, es fehlten den Gemeinden die Grundlagen für eine Arbeitslosenversicherung, und Staat und Reich hätten hier ihre Kräfte einzusetzen.

Nun wohl, man nehme diesen an Ausreden nie verlegenen Landtags- und Kommunalpolitikern jeden Vorwand für ihre böswillige Verschleppungstaktik in der Arbeitslosenversicherungsfrage und schicke das Reich zu einer gesetzgeberischen Arbeitslosenaktion auf dem Gebiet der Versicherung vor. Man verpflichte das Reich und die Gemeinden gesetzlich zu bestimmten Leistungen für eine allgemeine Arbeitslosenversicherung.

Der Gedanke eines reichsgesetzlichen Vorgehens in der Arbeitslosenversicherungsfrage ist nicht neu. So erachtete der Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahr 1902 es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes grobes Verschulden hervorgerufen ist«. Der Kongreß erklärte sich weiter grundsätzlich für eine Arbeitslosenversicherung auf der Basis der freien Selbstverwaltung. Dieses Recht der freien Selbstverwaltung ist in dem Satz des bayrischen ministeriellen Schreibens klipp und klar ausgesprochen, daß für die Angehörigen der Organisationen mit Arbeitslosenversicherung ausschließlich die Versicherungseinrichtungen dieser Organisationen Platz greifen sollen. Die Stuttgarter Resolution will dann die Gemeinde zur Tragung der Lasten der Arbeitslosenversicherung heranziehen. Bisher sind die Städte Straßburg (Elsaß), Schiltigheim, Bischheim, Mülhausen (Elsaß), Freiburg (Baden), Erlangen, Schöneberg bei Berlin, Kaiserslautern und andere dem Beispiel Gents gefolgt und haben gemeindliche Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen der gewerkschaftlichen Verbände geleistet. In Mülhausen betrug zum Beispiel der Zuschuß 70 % der Gewerkschaftsunterstützung für ledige Arbeitslose und 80 % für Arbeitslose mit Familienunterstützung, aber höchstens 1 Mark pro Tag. Das System der Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen durch gemeindliche Beihilfen hat sich bewährt, und das erkannte auch offen eine Denkschrift des deutschen arbeitsstatistischen Amtes im Jahr 1906 an. Auf dieser bewährten Grundlage muß man also weiter bauen. Natürlich ist im Interesse einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung der Bruch mit dem Prinzip der Freiwilligkeit geboten. Durch die Reichsgesetzgebung ist den Gemeinden die Einrichtung von Arbeitslosenversicherungskassen direkt vorzuschreiben. Selbstverständlich muß das Reich, das den Gemeinden eine derartige Einrichtung gesetzlich aufzwingt, für die Entlastung der Gemeinden Sorge tragen. Der Grundsatz der staatlichen Subventionierung der Gemeinden, die sich auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung betätigen, fand bereits die Zustimmung der offiziellen bayrischen Arbeitslosenversicherungskonferenz vom 17. November 1908 durch die Annahme des Antrags Oswald. Das Reich und die Einzelstaaten sind gesetzlich zur Rückerstattung eines großen Teils der Beiträge zu verpflichten, die von den Gemeinden zur Unterstützung

der Arbeitslosen aufgewandt werden. Das Reich hat ferner zu den Reichsmitteln einen bestimmten, fest umgrenzten Beitrag der Unternehmerschaft zur Arbeitslosenversicherung zu schlagen. Es ist, glaube ich, ein gesetzgeberisch gut durchführbarer Gedanke, den der Stuttgarter Gewerkschaftskongreß 1902 aussprach, und der in der gesetzlichen Heranziehung des Unternehmertums zu den Lasten der Arbeitslosenversicherung gipfelte. Das Reichsversicherungsamt sollte auf dem Weg des Umlageverfahrens die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festsetzen und dann einziehen. Die Beteiligung des Unternehmertums an den Lasten der Arbeitslosenversicherung kann in gewissem, begrenztem Umfang regelnd und ordnend auf den Gang der Produktion einwirken und willkürliche Überspannungen der Leistungen der Arbeitskräfte und dann darauffolgende willkürliche Überspannungen dieser Kräfte einschränken. Die drohende Gefahr wachsender Belastung kann hier erzieherisch auf das Unternehmertum einwirken. Das gleiche gilt selbstverständlich auch von den anderen Trägern der Lasten der Arbeitslosenversicherung: vom Reich, von den Einzelstaaten und von den Gemeinden. Alle sind wirtschaftliche Großmächte mit eigenen Betrieben und großen drängenden wirtschaftlichen Aufgaben. Sie beeinflussen alle in hohem Grad den Arbeitsmarkt und können hier regulierend auf Angebot und Nachfrage einwirken. Sie sind imstande durch die Organisierung umfassender öffentlicher Arbeitsnachweise schwere Hemmungen und Reibungen auf dem Arbeitsmarkt auszuschalten und dadurch der Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Und mit Recht bemerkt daher das Schreiben des bayrischen Ministers von Brettreich vom 17. Juni 1909 an die Stadtmagistrate von München, Nürnberg, Fürth usw.:

»Wichtiger noch als die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit ist es dieser selbst vorzubeugen. Es sei deshalb auch bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, wie notwendig es ist durch eine entsprechende Vorbereitung und Verteilung der gemeindlichen Arbeiten rechtzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen und durch einen entsprechenden Ausbau des gemeindlichen Arbeitsnachweises auch die volle Ausnutzung der jeweils gegebenen privaten Arbeitsgelegenheit zu ermöglichen. Namentlich ist auf eine möglichste Zentralisierung des Arbeitsnachweises hinzuwirken und zu diesem Zweck, soweit nötig, auf die Angliederung paritätischer Facharbeitsnachweise Bedacht zu nehmen, damit das gemeindliche Arbeitsamt den Arbeitsmarkt auch wirklich zu überblicken und den Anforderungen der Beteiligten wie der öffentlichen Wohlfahrt zu entsprechen vermag.«

Die Arbeitslosenversicherungsfrage ist heute schon längst aus dem Stadium bloßer akademischer Erörterungen herausgetreten. Und daß diese Frage aus der erdfernen kalten Höhe der Theorie in das heiße, bewegte Leben der Tagespraxis übergetreten ist, das ist das Verdienst weitsichtiger Sozialdemokraten, die in den freien Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten die Einführung und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung unermüdlich betrieben haben. Heute handelt es sich nicht nur um eine planmäßige Fortsetzung sondern um eine gewisse Krönung dieser Arbeit. Heute hat die Sozialdemokratie ihren ganzen Einfluß innerhalb und außerhalb des Reichstags für die Reichsarbeitslosenversicherung aufzubieten, zu der ja bereits durch die Praxis wichtige organisatorische Grundlagen gewonnen sind. Das Zeichen zu einer allgemeinen großen Aktion für diese Arbeitslosenversicherung sollte nun der Parteitag in Jena geben. In der Partei und in den Gewerkschaften gibt es der sachkundigen Männer genug, die vor dem Partei-



tag das Projekt einer Reichsarbeitslosenversicherung großzügig entwickeln können. Und die Massen harren dringend eines entscheidenden Schritts.

Die Verhältnisse für ein erfolgreiches Auswirken der in der Sozialdemokratie lebenden aufbauenden sozialen Kräfte liegen nicht ungünstig. Daher muß jetzt der Augenblick zu einer größern Aktion der Sozialdemokratie für eine Arbeitslosenversicherung gewählt werden. Die Reformtat der Sozialdemokratie stößt nämlich augenblicklich vielfach auf einen ernstesten Reformwillen in bürgerlichen Kreisen. Angesichts der beängstigenden Krisenerscheinungen unserer Tage hat sich die Überzeugung von der Notwendigkeit tiefgreifender sozialpolitischer Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit auch den bürgerlichen Kreisen aufgedrängt, die in den für sie fetten Jahren industrieller Hochkonjunktur kein Auge für bestimmte organische Schäden unserer kapitalistischen Volkswirtschaft hatten. Vor allem aber begreifen die mit der Stadtverwaltung eng verknüpften bürgerlichen Elemente, daß man mit bloßen Augenblicksmaßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit nicht mehr fortwursteln kann sondern sich zu deren planmäßiger Bekämpfung durch eine Arbeitslosenversicherung entschließen muß. So hat ein Vertreter der Zentrumspartei im Münchener Armenpflugschaftsrat, der Rechtsrat Grieser, offen zugestehen müssen, daß die Armenpflege nicht mehr dem ungeheuren, durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführten Ansturm der Unterstützungsgesuche standhalten könne, und daß eine durchgreifende Abhilfe der Notzustände nur von der Einführung einer Arbeitslosenversicherung zu erwarten sei.

Ich betone also nochmals: Der Moment für eine große Aktion zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung ist gekommen. Und das Vertrauen des Volkes zu unserer Partei, das sich vor allem in der Entsendung von 110 Sozialdemokraten in den Reichstag so klar aussprach, verpflichtet uns zu einer gesteigerten sozialen Reformtätigkeit. Schon im Blockreichstag bemühte sich die Sozialdemokratie rastlos die sozialen Wirkungen unserer deutschen Arbeiterversicherung zu erweitern und zu vertiefen. Aber der Köpfe und Hände waren in diesem Reichstag zu wenig, um der Arbeiterversicherung eine den tatsächlichen sozialen Forderungen der Arbeiterschaft entsprechende Gestalt zu geben. Nun ist die Sozialdemokratie in erfreulicher Stärke in den Reichstag gerückt und hat mehr Kräfte für eine zielklare soziale Betätigung eingestellt. Mögen sie sich jetzt kraftvoll für die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung auswirken!

XX

## **ARTHUR SCHULZ · DER NEUE AGRARPROGRAMM- ANLAUF UND DIE LEHREN DER SÜDWESTDEUT- SCHEN LANDWIRTSCHAFT**



AST 20 Jahre nach den fruchtlosen Agrarprogrammdebatten des Frankfurter und des Breslauer Parteitags schickt sich die deutsche Sozialdemokratie an den Versuch sich ein agrarpolitisches Aktionsprogramm zu schaffen zu wiederholen. Wie man hört, wird unser Parteivorstand dem diesjährigen Parteitag in Jena den Antrag unterbreiten eine Sachverständigenkommission zum Studium der

landwirtschaftlichen Verhältnisse und zur Beratung eines Agrarprogramms einzusetzen. Die Ursache dieses Beschlusses des Parteivorstands liegt wohl in dem auf die Dauer unhaltbaren Zustand, daß die sozialdemokratischen Fraktionen einerseits des preußischen Abgeordnetenhauses und andererseits der süd-, west- und mitteldeutschen Landtage zu den wichtigsten Agrarfragen eine grundsätzlich verschiedene Stellung einnehmen, da die eine von *agrarmarxistischen*, die anderen im wesentlichen von agrarreformistischen Anschauungen ausgehen. Man könnte sich der neuerlichen Inangriffnahme des Agrarprogrammproblems, zu der ja gerade die *Sozialistischen Monatshefte* viel beigetragen zu haben sich rühmen dürfen, von Herzen freuen, wenn die Mehrheit unserer Partei zu einer sachgemäßen Erörterung der agrarischen Fragen genügend vorbereitet wäre. Leider scheint das noch nicht der Fall zu sein. Weite Parteikreise haben vom Wesen der agrikolen Produktion, von den bäuerlichen Zuständen in Deutschland, von dem Entwicklungsgang und den Entwicklungszielen der deutschen Landwirtschaft nur nebelhafte Vorstellungen. Und was schlimmer ist: In zahlreichen Köpfen haben sich, dank den veralteten Doktrinen des Genossen K. Kautsky und seiner Anhänger, hartnäckig festgehaltene Irrtümer und Vorurteile eingenistet. Vor allem unterschätzt man noch immer die Leistungsfähigkeit der bäuerlichen Landwirtschaft und macht sich, dem *marxistischen* Entwicklungsschema zuliebe, von ihrer gegenwärtigen Lage und ihren Zukunftsaussichten ein viel zu pessimistisches Bild. So wird, um einige Beispiele aus neuester Zeit anzuführen, in einer kürzlich vom *Vorwärts*-verlag veröffentlichten Broschüre, die die Stellung der Frau in der württembergischen Landwirtschaft und Industrie behandelt, die Lage der Kleinbauern Württembergs mit den grellen Farben der Elendsmalerei geschildert, als ob wir noch in den Zeiten der großen Schwabenauswanderungen nach Rußland, Nordamerika und Südbrasilien lebten. Und ein Aufsatz über die bäuerlichen Verhältnisse Thüringens und Sachsens, den Genosse Bromme in der Juninummer des Organs des deutschen Landarbeitervereins veröffentlichte, schließt mit folgenden Sätzen, die wie die Faust aufs Auge passen:

»Der Kapitalismus hat auf seinem Siegeszug auch die Landwirtschaft mitgerissen. Immer mehr verschwindet der Mittel- und Kleinbauer. Besitzende und Besitzlose, das ist die Signatur auch in der heutigen Landwirtschaft.«<sup>1)</sup>

Solange solche dem Genossen K. Kautsky nachgesprochene und nachgeschriebene Lehren noch geglaubt werden, ist auf eine zeitgemäße Lösung der Agrarprogrammfrage, auf eine fruchtbringende Teilnahme der Sozialdemokratie an der Landwirtschaftsgesetzgebung im Reich und in Preußen, auf die dauernde Gewinnung einer größern Anhängerschaft innerhalb der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung nicht zu hoffen. Für die Erreichung der genannten erstrebenswerten Ziele glaube ich daher zurzeit nicht besser arbeiten zu können als dadurch, daß ich diese in jeder Hinsicht irreführende Agrardoktrin durch wahrheitsgetreue Schilderung der agrarsozialen Zustände und der Produktionserfolge bäuerlicher Gebiete zu erschüttern suche. Während der vorletzten Wanderausstellung der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*

<sup>1)</sup> Auch der *Vorwärts* vom 21. März dieses Jahres behauptet in seinem Leitartikel im Widerspruch zu allen landwirtschaftlichen Autoritäten, der Großbetrieb sei auch auf dem Gebiet der Viehzucht dem Kleinbetrieb überlegen. Den Hackfruchtbau bezeichnet er gar als »Monopol des Großbetriebs«, obwohl die deutschen Bauernwirtschaften seit langem mehr Kartoffeln und Futterrüben und seit einigen Jahren auch mehr Zuckerrüben produzieren als die Güter über 100 Hektar.

fürte ich in dieser Absicht die Leser der *Sozialistischen Monatshette* nach Thüringen, der Provinz Hessen-Nassau und dem Großherzogtum Hessen.<sup>2)</sup> Die diesjährige Wanderausstellung zu Straßburg bot mir Gelegenheit die ziemlich genaue Bekanntschaft mit der elsäß-lothringischen und badischen Landwirtschaft, die ich um die Wende des Jahrhunderts als Straßburger Student gemacht habe, wieder aufzufrischen. Die Mitteilung einiger Ergebnisse meines Studiums und meiner Beobachtungen an Ort und Stelle dürfte den Genossen, die in die Agrarkommission gewählt oder berufen werden oder über deren Agrarprogrammwurf zu beraten und zu beschließen haben. vielleicht nützliche Fingerzeige geben.



ELSASS ist unter allen größeren Gebieten des Deutschen Reichs das am ausgeprägtesten klein- und mittelbäuerliche, in höherm Grad sogar als die übrigen südwestdeutschen Länder. Das zeigt uns eine Vergleichung der Zahlen in der nachstehenden tabellarischen Zusammenstellung.

Gebiet	Von je 100 Hektar der Gesamtfläche kamen 1907 auf die Betriebe von					
	unter 2 Hektar	2 bis 5 Hektar	5 bis 20 Hektar	20 bis 100 Hektar	100 bis 200 Hektar	über 200 Hektar
Elsaß	15,4	28,4	43,6	72,0	9,3	3,3
Baden	14,0	25,5	42,5	68,0	13,8	4,2
Württemberg	10,9	24,3	44,4	68,7	18,5	1,9
Hessen	11,2	17,9	44,1	62,0	17,2	9,6
Bayern	4,9	12,1	50,3	62,4	29,5	3,2
Sachsen	8,4	9,7	39,8	49,5	28,7	13,4
Preußen	4,9	8,0	27,1	36,1	30,9	29,1
Deutsches Reich	5,8	10,0	31,9	41,9	29,3	23,0

Zwischen den beiden Zählungen von 1895 und 1907 haben die klein- und besonders die mittelbäuerlichen Betriebe nicht weniger als 18 000 Hektar gewonnen, während die Großbetriebe über 100 Hektar (es sind ihrer im Elsaß nur 35 vorhanden) und noch mehr die großbäuerlichen ebensoviel an Fläche verloren haben. Im Oberelsaß ging der Anteil, den die großbäuerlichen Betriebe (20 bis 100 Hektar) an der Gesamtfläche haben, sogar von 21,58 auf 12,33 % zurück, während die mittelbäuerlichen Betriebe (5 bis 20 Hektar) ihren Flächenanteil von 40,93 auf 48,82 % steigerten. Übrigens gewähren zahlreiche Betriebe selbst von geringerer Größe als 2 Hektar einer bäuerlichen Familie hinreichende Arbeitsgelegenheit und standesgemäßen Unterhalt. Solche statistisch als Zwergwirtschaften gezählten, sozialwirtschaftlich aber als mittelbäuerlich zu charakterisierenden Betriebe finden sich zahlreich im Weinbaugebiet der den Vogesen vorgelagerten Hügelregion und in der gartenmäßig angebauten Umgebung der Städte, besonders Straßburgs. Die Zunahme der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe ist zum größten Teil eine Folge des Konjunktumschwungs, der in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann, und der den Getreidebau weniger lohnend gemacht hat als die Gärtnerei, den Feldgemüsebau und besonders die Viehzucht. Seit 1878, dem Jahr der ersten landwirtschaftlichen Anbauerhebung, sind die Weizenflächen des Reichslands um mehr als 52 000 Hektar (27 %), zum Teil

<sup>2)</sup> Siehe meinen Artikel *Agrarpolitische Lehren Mitteldeutschlands für Preußen und unsere Partei* in den *Sozialistischen Monatshetten*, 1912, 3. Band, pag. 1538.

freilich auch zugunsten des Roggen- und Haferbaus, zurückgegangen, während sich im gleichen Zeitraum die Wiesenflächen um 13 000 Hektar (7,5 %) und die mit Futterpflanzen bestellten Flächen um 10 000 Hektar (12,6 %) vermehrt haben. Die mit Hackfrüchten und Gemüse bestellte Fläche hat im gleichen Zeitraum um 30 000 Hektar (25 %) zugenommen und nimmt nunmehr 145 600 Hektar ein. Das Gartenland ist sogar von 4600 Hektar in 1878 auf 22 000 in 1911 angewachsen.

In all diesen, jetzt einträglichen arbeits- und kapitalintensiven Betriebszweigen leistet der elsässische Klein- und Mittelbauer Hervorragendes. Während beispielsweise der Kartoffelertrag vor 50 Jahren nur in den besten Lagen des Landes 150 Hektoliter pro Hektar erreichte, hat heute der Durchschnittsertrag 200 Hektoliter überschritten. Die Ernte an Wiesenheu überstieg den Durchschnitt des Deutschen Reichs im letzten Jahrzehnt um 10 Zentner. Im Hopfenbau steht das Elsaß in Quantität und Qualität dieses edlen Produkts an zweiter Stelle gleich hinter Bayern. Auch der Anbau des Tabaks, worin die etwa 8000 elsässischen Pflanzler durch 45 mit der großen staatlichen Tabakmanufaktur zu Straßburg zusammenarbeitende Tabakbauvereine aufs beste unterstützt werden, ist musterhaft und dem badischen ebenbürtig. Und wenn der Weinbau, in dem das Elsaß nach dem Umfang seiner Rebgebiete wie nach seinen Mosterträgen im Reich an der Spitze steht, weniger gedeiht, so liegt das nicht daran, daß er in mehr als 64 000 kleine Betriebe zersplittert ist, sondern an dem Vordringen der zahlreichen Rebenschädlinge, besonders der Reblaus und an der ihm überwiegend ungünstigen Witterung der letzten Jahre (leider auch des laufenden Jahres). Die bedeutendsten Fortschritte, die auch mir nach 13jähriger Abwesenheit am meisten auffielen, hat jedoch das Elsaß in der Rindvieh- und Schweinezucht und -haltung gemacht. Die Zahl der Rinder betrug 1912 im Reichsland mehr als eine halbe Million und ist seit 1873 um über 30 % gestiegen. Das durchschnittliche Lebendgewicht einer gemästeten Kuh war nach zeitgenössischen Berichten 1816 nur 180 und 1862 erst 209 Kilo.<sup>3)</sup> Nachdem aber die extensiven Landschläge bis auf die in einem Teil des Gebirges noch erhaltene Vogesenrasse teils durch Simmentaler aus dem Berner Oberland und aus Oberbaden ersetzt teils mit Vatertieren dieses besten Höhenviehschlags zum heutigen Typus des mittelschweren Fleckviehs emporgekreuzt worden sind, hat das Lebendgewicht einer Kuh etwa das Dreifache erreicht. Gleichzeitig ist die Durchschnittsmilchleistung einer Kuh, die im Jahr 1860 auf 1100 Liter angegeben wird, auf etwa das 2½fache gesteigert. Während der Agrarschriftsteller Tisserand auf Grund der französischen Agrarenquete von 1866 noch das Urteil fällt, das Elsaß sei »ein an Vieh armes Land«, ja die Viehzucht sei »sein schwächster Punkt«, konnte der Vorsteher der landwirtschaftlichen Winterschule in Chateau-Salins, Dr. E. Thisse, kürzlich mit Recht schreiben:

»Auf dem Gebiet der Rindviehzucht ist seit 1850 Großes geleistet worden, so daß ihr heutiger Stand kaum vermuten läßt, daß sie damals der verwahrlosete Zweig der elsässischen Landwirtschaft war.«<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Siehe Martzloff *Die Landwirtschaft im Elsaß im vorigen Jahrhundert unter französischer Herrschaft / Straßburg 1913* /, pag. 44.

<sup>4)</sup> Siehe Thisse *Die Entwicklung der elsässischen Landwirtschaft in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts / Berlin 1911* /, pag. 79; ferner die amtliche Schrift *Die wirtschaftliche Entwicklung Elsaß-Lothringens unter der deutschen Verwaltung / Straßburg 1911* /, pag. 7 ff.

Ernährt doch das Reichsland auf 100 Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche 12 Rinder mehr als Preußen. Einen nicht mindergroßen Aufschwung zeigt die Schweinezucht. Sie hat sich im Reichsland seit 1873 um 88,5 % vermehrt. Nach Quantität und Qualität besonders bemerkenswert sind die Geflügel- und Kaninchenhaltung. Das Stopfen der Gänse mit der Stopfmaschine für die Straßburger Gänseleberpastetenfabriken ist ein beliebter und lohnender Nebenerwerb vieler kleiner Leute in der Umgebung der Landeshauptstadt. Der elsässische Getreidebau ist allerdings noch mancher Verbesserungen fähig. Aber es ist zu hoffen, daß die Auffindung ausgedehnter Kalilager im Oberelsaß und die planmäßige Höherzüchtung der dem Boden und Klima angepaßten Landsorten, wie sie gegenwärtig auf der staatlichen Versuchsstation Kolmar in ähnlicher Weise wie in Weihenstephan (für Bayern), Hohenheim (für Württemberg) und Hochburg (für Baden) vorgenommen wird, zur Hebung des Getreidebaus beitragen wird.

Auf allen übrigen Gebieten können die elsässischen Klein- und Mittelbauern mit ihren Fortschritten in agrartechnischer Beziehung zufrieden sein. In wirtschaftlicher Hinsicht haben sie sogar eine geradezu bewundernswerte Anpassung an die Markterfordernisse und Konjunkturschwankungen bewiesen. Infolgedessen hat sich ihre Lage entschieden günstiger gestaltet. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts galt das von Wucherern und Güterschlächtern (*bandes noires*) heimgesuchte Elsaß nach den damaligen Agrarschriftstellern Tisserand und Heilmann als eine der verschuldetsten Provinzen Frankreichs. Was dieses Urteil sachkundiger Männer zu bedeuten hatte, kann man ermessen, wenn man sich der Schilderung erinnert, die damals, 1852, Karl Marx von der Verschuldung der französischen Bauern entworfen hat:

»Im Lauf des 19. Jahrhunderts trat an die Stelle der Feudalen der städtische Wucherer, an die Stelle der Feudalpflichtigkeit des Bodens die Hypothek, an die Stelle des aristokratischen Grundeigentums das bürgerliche Kapital. Die Parzelle des Bauern ist nur noch der Vorwand, der dem Kapitalisten erlaubt Profit, Zinsen und Rente von dem Acker zu ziehen und den Ackerbauer selbst zusehen zu lassen, wie er seinen Arbeitslohn heraus schlägt. Die auf dem französischen Boden lastende Hypothekarschuld legt der französischen Bauernschaft einen Zins auf, so groß wie der Jahreszins der gesamten britischen Nationalschuld. Das Parzelleneigentum in dieser Sklaverei vom Kapital, wozu seine Entwicklung unvermeidlich hindrängt, hat die Masse der französischen Nation in Troglodyten verwandelt. 16 Millionen Bauern (Frauen und Kinder eingerechnet) hausen in Höhlen, wovon ein großer Teil nur eine Öffnung, der andere nur zwei, und der bevorzugteste nur drei Öffnungen hat. Die Fenster sind an einem Haus, was die fünf Sinne für den Kopf sind. Die bürgerliche Ordnung, die im Anfang des Jahrhunderts den Staat als Schildwache vor die neuentstandene Parzelle stellte und sie mit Lorbeeren düngte, ist zum Vampyr geworden, der ihr Herzblut und Hirnmark aussaugt und sie in den Alchymistenkessel des Kapitals wirft. Der Code Napoléon ist nur noch der Codex der Exekution, der Subhastation und der Zwangsversteigerung... Die Feinde, wogegen der französische Bauer jetzt sein Eigentum zu verteidigen hat, es sind nicht die Kosaken, es sind die Huissiers und Steuerexekutoren. Die Parzelle liegt nicht mehr im sogenannten *Vaterland* sondern im Hypothekenbuch.«<sup>3)</sup>

Aber so wenig die französischen Bauern an der »fortschreitenden Zerrüttung des Parzelleneigentums«, das sich als »das Gesetz ihrer Sklaverei und ihres Pauperismus entwickelt« habe, zu Grunde gegangen sind, so wenig hat sich die Marxsche Voraussage an den damals noch ärger verschuldeten Bauern

<sup>3)</sup> Siehe Marx *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte* / Hamburg 1885', pag. 101 ff.

der vormaligen Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin (Unter- und Oberelsaß) erfüllt. Im Gegenteil, ihre von Marx als Ursache ihres Elends verlästerte Eigentumsform hat den wirtschaftlichen Fähigkeiten der Individuen und ihrem spätern genossenschaftlichen Zusammenschluß, der 1882 begann, solche Entfaltungsmöglichkeiten gewährt, daß die besten Sachverständigen heute die durchschnittliche Verschuldung der elsässischen Bauern auf nur 12 % des in der Landwirtschaft arbeitenden Anlagekapitals schätzen.<sup>9)</sup> Auch die etwaige stärkere Verschuldung der Kleinbesitzer gibt zu pessimistischen Betrachtungen keinen Anlaß, da sie oft auf die durch das Streben nach Selbständigkeit bedingte vorübergehende Inanspruchnahme von Besitzkredit zurückzuführen ist. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die gegen Landwirte gerichteten Zwangsversteigerungen von Liegenschaften seit 1891 auf etwa die Hälfte gesunken sind. Selbst in den Vogesen dürften die heutigen Agrar-marxisten Material zum Beweis ihrer durch den Gang der Tatsachen überwundenen Doktrin vergeblich suchen.



**L**OTHRINGEN weicht vom Elsaß in Bodengestaltung und -beschaffenheit, Klima, Besiedelung, Besitzverteilung und Anbauverhältnissen soweit ab, daß ihm eine gesonderte Betrachtung gewidmet werden muß. Wenn es auch im Landkreis Metz höchst intensiv bewirtschaftete Erdbeeren- und Mirabellenkulturen und an der Mosel vorzügliche Weinberglagen aufweist, so erkennt man doch schon an der noch sehr ausgedehnten Brache (32 000 Hektar in 1912 gegen 2100 im Elsaß), daß seine Landwirtschaft wesentlich extensiver betrieben wird. Das ist teils eine Ursache teils aber auch eine Folge der weit größern Ausdehnung, die der Großbesitz und Großbetrieb im lothringischen Hügelland hat. Es gab 1907 hier noch 10 mal mehr Großbetriebe und 3 mal mehr Großbauernwirtschaften als im Elsaß. Diese Großbetriebe sind aber in der Regel keineswegs Pioniere moderner Landwirtschaftstechnik. Ihre Eigentümer stehen häufig als Offiziere oder Beamte in französischen Diensten und kümmern sich sehr wenig um die Bewirtschaftung ihrer Güter. Ihre Pächter aber leiden infolge der Nachbarschaft der gewaltigen lothringisch-luxemburgischen Eisen- und Stahlindustrie sehr unter Arbeitermangel und suchen sich nicht zum Vorteil der Bodenkultur und der Viehpflege mehr und mehr mit polnischen Saisonarbeitern durchzuhelfen. Sie ziehen daher sogar von der billigen Phosphorsäurequelle, die ihnen die heimische Stahlgroßindustrie in ihrem wichtigsten Nebenprodukt darbietet, verhältnismäßig geringern Nutzen als die übrige deutsche Landwirtschaft, die 1912 bereits 22 Millionen Doppelzentner Thomasschlacke (gegenüber nur 50 000 im Jahr 1885) verbrauchte. Von dem Kulturzustand der Großbetriebe seines Amtsbezirks entwirft der zuständige Landwirtschaftsinspektor das folgende wenig schmeichelhafte Bild:

»Als Düngemittel steht an erster Stelle der Stallmist, der aber nur selten gut aufbewahrt und behandelt wird. Der Jauche wird bis jetzt nur in den seltensten Fällen einige Bedeutung beigemessen. Auf vielen, selbst großen Höfen fehlt es an geeigneten Miststätten und Jauchegruben, da die Eigentümer, die meistens im Ausland wohnen, für irgendwelche Verbesserungen, die ihnen Geld kosten, nicht zu haben sind. Gründüngung wird selten angewendet . . . Rindviehzucht wird nur in ganz bescheidenem Maß in den von der Stadt und den Industriemittelpunkten

<sup>9)</sup> Siehe *Thisse*, loc. cit., pag. 98 ff.

abgelegenen Gemeinden betrieben ... Am häufigsten kommt das uralte lothringische Landschwein vor.... In neuester Zeit soll es durch Einfuhr von Yorkshirebern verbessert werden .... Die Gebäude der Güter, die vielfach allein liegen (ehemalige Edelsitze), sind nicht immer im besten Zustand, was auch wieder der vorerwähnten Abwesenheit der Eigentümer zuzuschreiben ist.«<sup>7)</sup>

Viel leichter wird es bei dem herrschenden Landarbeitermangel mittelbäuerlichen Landwirten ihre vor einigen Jahrzehnten noch ziemlich altmodischen Betriebe mit den Kräften ihrer Familie zeitgemäß zu intensivieren. Ein typisches Beispiel hierfür ist ein Bauernhof in Braunweiler im Kreis Saarburg, den uns der Winterschuldirektor Glaser in dem schönen Jubiläumswerk des Deutschen Landwirtschaftsrats wie folgt beschreibt:

»Das Gut des Ackerers Anton Jung ist seit 4 Generationen in der Familie. Der jetzige Besitzer übernahm es 1875. Seine Frau brachte Land mit in die Ehe, und im Lauf der Jahre konnte durch Zukauf zu den ererbten 6 Hektar Feldern und 6 Hektar Wiesen der Besitz auf 19 Hektar vergrößert werden. Die Familie besteht aus 6 erwachsenen Kindern, von denen 2 Söhne und 1 Tochter im Betrieb tätig sind.... In den siebziger und achtziger Jahren wurde das Land noch mit einem primitiven Pflug, der ein hölzernes Streichbrett hatte, bearbeitet. Bis zu Ende des 19. Jahrhunderts beherrschte noch die alte Dreifelderwirtschaft den Betrieb. Die Erträge waren vom weißen lothringischen Landweizen nur 12,5 bis 15 Doppelzentner vom Hektar.... Die Wiesen waren durchweg sauer und gaben im Mittel 20 Doppelzentner Heu vom Hektar. Ein Umschwung in diesem extensiven Betrieb trat ein, als die Kinder erwachsen waren, und die Ausgaben für fremde Arbeitskräfte fortfielen, und als der landwirtschaftliche Kreisverein Saarburg seinen Mitgliedern künstliche Düngemittel und Krafftuttermittel nach ihrem Gehalt an Nährstoffen zur Verfügung stellte. Diese Düngemittel wurden vorerst auf den Wiesen angewandt, und der Ertrag hob sich dadurch auf 62 Doppelzentner pro Hektar gegen 20 in den Vorjahren. Dann wurde der Kunstdünger auch auf den Feldern angewandt. Die Krume wurde mit einem bessern Pflug vertieft, was die Anschaffung eines dritten Arbeitspferdes verlangte. Jetzt werden jährlich auf dem ganzen Besitz 50 Doppelzentner Thomasmehl und 30 Doppelzentner Kainit und 5 Doppelzentner schwefelsaures Ammoniak benutzt. Seit 1895 wurde auch besseres Saatgut eingeführt... Alle 3 Jahre findet Saatgutwechsel statt. Die Bodenerträge sind auf das Doppelte gestiegen. 1906 wurden eine Rindviehzuchtgenossenschaft in Braunweiler gegründet. Die Viehzucht wurde nun zur Haupteinnahmequelle der Wirtschaft. Der Verkauf von Hafer hörte ganz auf, um zur Aufzucht von Jungvieh zu dienen. Es wurden noch 100 Doppelzentner Kraftfuttermittel zugekauft. Die Zahl der Kühe ist von 3 auf 6. und der Rinder von 10 auf 15 gestiegen. Das Lebendgewicht der Tiere hat bedeutend zugenommen, es beträgt ungefähr 740 Kilo bei 4- bis 8jährigen Kühen.«<sup>8)</sup> Bei so erfreulichen Fortschritten der bäuerlichen Familienwirtschaften und dem Zurückbleiben der unter dem Absentismus der Eigentümer und unter der Leutenot leidenden Großbetriebe ist es erklärlich, daß der Flächenanteil der letztgenannten von 13,46 % in 1882 auf 11,78 % im Jahr 1907 zurückgegangen ist.



ADENS Landwirtschaft ist in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits mehrfach geschildert und gewürdigt worden.<sup>9)</sup> Ich kann mich daher hier kurz fassen und mich im wesentlichen darauf beschränken zu berichten, was ich im Juni dieses Jahres in Mittel- und Oberbaden selbst gesehen habe. Auch in Baden finden wir den charakteristischen Rückgang der großbäuerlichen Betriebe. Ihr Verlust

<sup>7)</sup> Siehe den Artikel *In das Metzler Land* in dem von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft herausgegebenen *Führer durch die 26. Wanderausstellung zu Straßburg im Elsaß* / Berlin 1913 /, pag. 136 ff.

<sup>8)</sup> Siehe *Dade Die deutsche Landwirtschaft unter Kaiser Wilhelm II., Mutterland und Kolonien*, 2. Band / Halle 1913 /, pag. 461.

<sup>9)</sup> Siehe *David Bäuerliche Barbaren und Die bodische Landwirtschaft*, ferner meinen Artikel *Die Sozialdemokratie und die süd- und westdeutschen Klein- und Mittelbauern* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 62 ff., 1903, 1. Band, pag. 115 ff., und 1912, 2. Band, pag. 965 ff.

beträgt im Zeitraum 1882 bis 1907 ein Drittel ihrer Gesamtzahl und ein Viertel ihrer Gesamtfläche. Wie stark die Tendenz zur Verkleinerung der großbäuerlichen Wirtschaften ist, konnte ich in dem sogenannten *Ried*, der fruchtbaren mittelbadischen Rheinebene zwischen dem Kaiserstuhl und dem obern Hanauerland, beobachten. Hier haben zahlreiche Großbauern infolge des Dienstboten- und Tagelöhnermangels die Selbstbewirtschaftung aufgegeben und ihr Land an kleine Landwirte und ländliche Arbeiter verpachtet. Auf diese Weise sind ohne Dienstboten auskommende Betriebe von etwa 4 bis 6 Hektar für die ganze Gegend typisch geworden. Sie leisten besonders im Tabakbau und in der Viehzucht Ausgezeichnetes. Die überraschende Tatsache, daß die Großbetriebe in Baden im Gegensatz zum gesamten übrigen Deutschland keine Abnahme aufweisen, erklärt sich einfach daraus, daß die 119 vorhandenen Güter über 100 Hektar zum größten Teil dem Staat, der Kirche oder einzelnen Gemeinden gehören, also in festen Händen sind. Für die neuere gesamtdeutsche Landwirtschaftsentwicklung typisch ist dagegen die Tatsache, daß die Parzellenbetriebe seit 1882 um 50 000, die kleinbäuerlichen um 60 000 und die mittelbäuerlichen sogar um 93 000 Hektar zugenommen haben. Was die Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche betrifft, so zeigen Körnerfrüchte, Weinberge und Handelsgewächse in den letzten Jahrzehnten eine Verminderung, Kartoffeln, Gemüse, Futterhackfrüchte und besonders Futterkräuter eine Ausdehnung ihres Anbaus. Bemerkenswert ist aber, daß der Rückgang in der Anbaufläche bei Getreide durch die Zunahme der Erträge vollständig ausgeglichen und überholt wird. Die Entwicklungsrichtung beschreibt Professor E. Gothein (Heidelberg) wie folgt: »Aus allem ist ersichtlich, daß die Bedeutung der Viehhaltung beständig im Wachsen ist, wie es die gewaltige Vermehrung der städtischen und industriellen Bevölkerung notwendigerweise mit sich bringt. Der Getreidebau in den Gegenden, wo er von altersher die Hauptrolle spielt, hat auch hiervon seinen Vorteil. Aber die gesamte Rentabilität der Landwirtschaft in Baden ruht nicht mehr auf ihm allein sondern noch mehr auf der Viehhaltung. Daß diese aber nur für den kleinen und als Zucht noch für den mittlern Landwirt vorteilhaft ist, zeigt sich hier bei der Teuerung der Arbeitslöhne noch mehr als sonst in Deutschland.«<sup>10)</sup>

Es ist den badischen Bauern gelungen durch die Einführung Simmentaler Zuchtviehs, die schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts begann, ihre einheimische Rindviehrasse so zu verbessern, daß sie in allen 3 Nutzungsrichtungen (Arbeits-, Fleisch- und Milchleistung) hervorragende Qualitäten aufweist. Ihre individuellen und genossenschaftlichen Zuchtbestrebungen brachten es zustande das Gesamtgewicht des badischen Rindviehbestands von 181 000 in 1883 auf 248 200 Tonnen (1000 Kilo) in 1912 zu steigern und den Schweinebestand seit 1873 fast zu verdoppeln. In 3 Tiergattungen übertrifft Baden die durchschnittliche Viehdichtigkeit Preußens und des Reichs:

Staat	Auf je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche trafen 1907					
	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine	Ziegen	Rindvieheinheiten
Baden	8,4	91,2	6,8	64,3	17,9	122,0
Preußen	11,8	55,9	30,3	61,5	10,6	92,9
Deutsches Reich	11,0	62,7	28,0	59,3	11,5	97,8

<sup>10)</sup> Siehe Gothein *Die badische Volkswirtschaft* in dem Sammelwerk *Das Großherzogtum Baden in allgemeiner, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht*, herausgegeben von Rebmann, Gothein und von Jagemann. I. Band / Karlsruhe 1912/, pag. 446.



Als das hervorragendste Rindviehzuchtgebiet des Landes lernte ich Oberbaden, das den frühern Seekreis umfassende Gebiet vom Bodensee bis zur Donau, kennen. Die durchschnittlich 5 bis 6 Hektar umfassenden Bauernwirtschaften dieser Gegend sind in der Züchtung der Deutschsimmntaler im ganzen Reich unübertroffen. Sie nehmen unter den Züchtern der Höhenvieh-rassen ungefähr die selbe überragende Stellung ein wie die ostfriesischen Bauern unter den Züchtern des Niederungsviehs. Wie klein dabei die einzelnen Zuchtbetriebe sind, ersieht man schon daraus, daß die 21 500 in Herdbüchern eingetragenen Zuchttiere, die am 1. Januar 1913 in den 27 ober- und mittelbadischen Zuchtgenossenschaften vorhanden waren, 7036 Landwirten gehörten. Es entfallen also auf den einzelnen Betrieb im Durchschnitt nur 3 Herdbuchtiere. Trotzdem ist ihr Vieh qualitativ so hervorragend, daß es bis nach Österreich-Ungarn, Rußland und Deutschsüdwestafrika versandt wird, und daß am 16. und 17. September 1910 auf dem oberbadischen Zucht-viehmarkt zu Radolfzell 243 Bullen zum Durchschnittspreis von 1150 Mark pro Stück und 200 Färsen zum Durchschnittspreis von 610 Mark verkauft wurden. Aber auch quantitativ ist die Züchterleistung dieser Klein- und Mittelbauern enorm; werden doch alljährlich aus Oberbaden 15 000 Stück Zucht-, Nutz- und Schlachtvieh und 50 000 Mastschweine, diese bis nach Frankfurt am Main und Norddeutschland, ausgeführt.<sup>11)</sup>

Die technische und wirtschaftliche Tüchtigkeit der badischen Viehzüchter. Getreidebauer, Tabakpflanzler, Winzer, Gemüse- und Obstproduzenten<sup>12)</sup> hat im Verein mit dem seit den siebziger und achtziger Jahren sich immer reicher und mächtiger entfaltenden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen die Lage der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung weit günstiger gestaltet als sie es früher war. Entgegen den Behauptungen des Genossen K. Kautsky und seiner Anhänger, der Bauer sei noch immer bis über die Ohren verschuldet und könne nur durch die Verstaatlichung des Bodens von seiner erdrückenden Schuldenlast erlöst werden, hat eine von der badischen Regierung veranstaltete Erhebung ergeben, daß am 1. Januar 1903 auf den badischen land- und forstwirtschaftlichen Anwesen Hypothekenschulden im Betrag von nur 614 oder (nach Abzug der vermutlich schon bezahlten, aber noch nicht gelöschten Schulden) von nur 556 Millionen Mark lasteten.<sup>13)</sup> Verglichen mit dem Gesamtwert der land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke und Gebäude ist dieser Schuldenstand unbedenklich. An die

<sup>11)</sup> Siehe Lydtin *Die Entwicklung der Tierzucht im Großherzogtum Baden* / Berlin 1913 /, pag. 41.

<sup>12)</sup> Lehrreiche Beschreibungen badischer Klein- und Mittelbauernwirtschaften bringt das in Note 8 zitierte Jubiläumswerk des Deutschen Landwirtschaftsrats, 2. Band, pag. 251 ff. Eine Wirtschaft im Bezirk Waldshut mit 5,38 Hektar Ackerland steigerte danach in den letzten 20 Jahren ihre Hektarerträge bei Weizen von 17,5 auf 24 Doppelzentner, bei Spelz von 16 auf 22, bei Roggen von 16 auf 21, bei Hafer von 11 $\frac{1}{2}$  auf 17 $\frac{1}{2}$ , bei Kartoffeln von 175 auf 180, bei Kleeheu von 70 auf 92 $\frac{1}{2}$ , und bei Wiesenheu von 42 auf 65 Doppelzentner. Eine andere Kleinbauernwirtschaft an der schweizerischen Grenze erzielte durch Himbeer-kultur einen Reinertrag von 720 bis 900 Mark für den badischen Morgen (36 Ar). Recht interessant ist eine Schilderung der kleinbäuerlichen Obstkulturen und des Obstmarkts von Bühl in Mittelbaden. »Zur Zeit der Kirschenernte beginnt in Bühl der Obstmarkt, der während der Frühwetschenzeit von Anfang bis Ende August am lebhaftesten ist. In dieser Zeit strömen aus allen Teilen Deutschlands, aber nicht minder auch aus dem Ausland die Händler zusammen, bis 100 an der Zahl. An belebten Markttagen sind oft mehrere Tausend Körbe mit Frühwetschen die breite Hauptstraße entlang in mehrfachen Reihen aufgestellt. Täglich gehen ganze Waggons, ja ganze Güterzüge mit Frühwetschen ab, und das Kilogramm wird durchschnittlich mit 20 Pfennig bezahlt.« Im Ried ist auf einem 11 Hektar großen Hof das Lebendgewicht der Kühe von 9 auf 14 Zentner, die jährliche Milchleistung pro Kuh von 2200 auf 3400 Liter gestiegen. Der Verkauf von Mastschweinen ist von 3 auf 8 gestiegen, die das Schlachtgewicht von 150 Pfund in längstens 6 Monaten erreichen gegen das früher notwendig gewesene ganze Jahr.

<sup>13)</sup> Siehe Hecht *Die Landwirtschaft in Baden* in dem in Note 10 zitierten Sammelwerk, pag. 506 ff.

bekanntlich sehr hohe Verschuldung des ostdeutschen Großgrundbesitzes reicht er auch nicht im entferntesten heran. Dabei bestärken auch die neuen Ermittlungen die frühere Annahme, daß 80 bis 90 % aller hypothekarischen Schulden auf Inanspruchnahme des Besitzkredits zurückzuführen sind, im wesentlichen also auf das erfreuliche Streben der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter durch Erwerb eines eigenen Hauses und Zukauf von Grundstücken zu wirtschaftlicher Selbständigkeit aufzusteigen.



**H**NE Zweifel ist die südwestdeutsche Agrarverfassung, wie sie sich in Baden und Elsaß-Lothringen charakteristisch ausprägt, der nordostdeutschen weit überlegen. Sie gewährt der ländlichen Bevölkerung ein ausreichendes und gleichmäßiger verteiltes Einkommen, bietet der agrarischen Unterschicht bessere Chancen auf dem Land wirtschaftlich zu gedeihen und kulturell aufzusteigen und gibt ihr vor allem die Möglichkeit die Fabrikarbeit oder sonstige Berufe mit dem Wohnen auf dem Land und mit landwirtschaftlicher Tätigkeit vorteilhaft zu vereinigen. Wie in sozialer, so ist auch in rein wirtschaftlicher Beziehung die herrschaftliche Agrarverfassung des Nordostens der familienhaften des Südwestens unterlegen. Vom Bauern mit Weib und Kind bewirtschaftet, erweist sich der Boden dankbarer als unter den Händen uninteressierter Tagelöhner oder gar land- und sprachfremder Wanderarbeiter, die zu ihm nur ganz vorübergehend auf einige Tage, Wochen oder höchstens Monate in die allerloseste Beziehung treten, nicht wie der bäuerliche Eigentümer und seine Familie für lebenslang, ja auf Generationen sich mit ihm auf Gedeih und Verderb eng verbunden fühlen. Diese durch theoretische Überlegung gewonnene Ansicht, daß der mit Klein- und Mittelbauern besiedelte Boden in intensiverer Kultur steht, kann auf empirischem Weg zahlenmäßig bewiesen werden. Man pflegt den Intensitätsgrad der Bodenbewirtschaftung an 4 Größen zu messen: am Betriebskapital, am Wert des lebenden Inventars, am Gebäudekapital und am Bodenpreis. Über die in den landwirtschaftlichen Betrieben der verschiedenen Provinzen und Einzelstaaten durchschnittlich investierten Kapitalien haben die Rentabilitätshebungen des Reichsamts des Innern vom Jahr 1902 Aufschluß gegeben. Vergleicht man auf Grund dieses Materials den Südwesten mit dem Nordosten, so ergibt sich folgendes interessante Bild:

Gebiet	Es betrug 1902 pro 1 Hektar (in Mark)			
	das Betriebskapital	das Viehkapital	der Gebäudewert	der Bodenpreis
Regierungsbezirk Gumbinnen	184	183	255	780
Provinz Pommern	146	143	238	811
Regierungsbezirk Königsberg	179	183	280	838
Provinz Westpreußen	218	158	291	980
Provinz Posen	198	148	252	984
Provinz Brandenburg	208	145	342	1152
Württemberg	356	226	574	2525
Rheinland	437	223	709	2641
Baden	465	237	660	2776
Bayrische Pfalz	446	218	638	3052
Elsaß	505	216	950	3776
Hessen	507	227	848	4519
Regierungsbezirk Wiesbaden	612	220	1018	4870

Die Wirtschaftsintensität ist also im Südwesten erheblich höher als im Nordosten.

Fragt man, welche Folgerungen sich aus all diesen Tatsachen für die Agrarpolitik der deutschen Sozialdemokratie ergeben, so muß beherrschender Grundgedanke ihres nach fast 20jährigem Zaudern endlich von neuem in Angriff genommenen Agrarprogramms der Kernsatz werden: Die Bauernwirtschaftsverfassung des Nordostens ist durch Ansiedlung von Bauern und Landarbeitern auf bisherigem Rittergutsboden der des Südwestens anzunähern. Denn freilich, mit einem Schlag läßt sich die Agrarverfassung des Südwestens, also das Kleinbauerngut mit Freiteilbarkeit, nicht nach Ostelbien verpflanzen. Es muß zunächst mit der allmählichen Einführung der Agrarverfassung des Nordwestens, also mit der Schaffung von Mittelbauerngütern nebst einer größern Anzahl von Landarbeiter- und Kleinbauernstellen und einer kleinen Anzahl von Großbauernwirtschaften mit geschlossener Vererbung begonnen werden, woraus dann in Zukunft bei genügender Dichtigkeit der Bevölkerung und entsprechender Entwicklung der Städte und Industrie im Osten die andere werden kann und werden dürfte.<sup>14)</sup>

Aber dieser Kerngedanke eines wahrhaft zeitgemäßen sozialdemokratischen Agrarprogramms ist zu sehr den besonderen Bedürfnissen und Wünschen der ostelbischen und etwa noch der provinzsächsischen Landarbeiter- und Bauernbevölkerung angepaßt, als daß er auch im deutschen Süden und Westen ebenso zünden könnte. Um in einer den Interessen der Allgemeinheit und speziell der Industriearbeiterklasse förderlichen Weise auch den noch bestehenden Beschwerden der Landarbeiter und der Klein- und Mittelbauern Süd-, West- und Mitteld Deutschlands abzuhelpen und die hier bestehende Organisation der agrikolen Güterhervorbringung und -verteilung zu verbessern, bedarf es noch anderer Programmsätze. Welchen Inhalts die wichtigsten unter ihnen sein sollten, will ich in einem andern Artikel darzulegen versuchen.

XX

## MATHIAS ACHER · ÜBER DIE OSTJÜDISCHE LITERATUR



S ist schwer einem deutschen Publikum begreiflich zu machen, daß so etwas wie eine moderne weltliche jüdische Literatur möglich ist. Denn die Juden, die es kennt, schließen diese Möglichkeit geradezu aus; und zwar ganz gleichgültig, ob man sie bloß als Angehörige einer Glaubensgenossenschaft oder auch zugleich einer Art von stammlicher oder volklicher Gemeinschaft betrachtet. Im ersten Fall fehlen eben alle Voraussetzungen, im zweiten die beiden entscheidenden: ein charakteristisches Gesamtheitsleben und eine eigene Sprache.

Es gibt aber eben auch noch andere Juden als jene kleine Minderheit, die den

<sup>14)</sup> Auch der bekannte Agrarhistoriker Fuchs, der als Geschichtsschreiber der Bauernbefreiung in Neuvorpommern und Rügen und dann als Professor an den Universitäten Freiburg und Tübingen die agrarischen Verhältnisse beider Reichshälften kennt, meint (*Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik in der Gegenwart* / Stuttgart 1913 /, pag. 55), die Verwestlichung des Nordostens, die nötig geworden sei, könne zunächst keine Versüdwestlichung sondern nur eine Vernordwestlichung oder höchstens Versüdösthlichung (das heißt eine Annäherung an die südbayerische und südwürttembergische Agrarverfassung) sein.

Deutschen aus nächster Nähe bekannt ist. So vor allem jene große Gruppe, die man sich als *ostjüdische* zu bezeichnen gewöhnt hat, weil sich ihre ursprünglichen Hauptsitze in Osteuropa (unter den Groß- und Kleinnussen, Polen und Rumänen) befinden. Sie, die heute auch in den westeuropäischen, transatlantischen und sonst transozeanischen Ländern in großen Kolonien vertreten ist und mit ihren mehr als 9 Millionen zumindest zwei Drittel der ganzen Judenheit ausmacht, stellt einen ganz andern Lebens- und Kulturtyp dar als die deutschen Juden und die Juden des Westens überhaupt.

Vor einigen Jahrzehnten schien es allerdings, als müßten sich auch die Ostjuden in ähnlicher Richtung entwickeln wie die westlichen. Das war damals, als unter deutschjüdischem Einfluß und im Gegensatz zur alten rabbinisch-talmudischen eine neue Intelligenz entstand und für einen Teil von ihr jeder Schritt vom Rabbinismus weg zugleich ein Schritt weg vom jüdisch Volkstümlichen, von den jüdischen Massen, ein Schritt näher zum Typ der Westjuden, gelegentlich selbst über ihn hinaus, wurde. Allein die Bewegung griff eben nicht weiter: Der andere Teil der Intelligenz lehnte den westjüdischen Typ, allerdings erst nach mannigfacher Anfechtung und Gegenwehr, Rückfällen und Ermahnungen, Verwirrungen und Entwirrungen, bewußt oder unbewußt, mit jedem Tag entschiedener ab. Nach verschiedenen Methoden und Ideologien von den verschiedensten Vorurteilen und Voreingenommenheiten beherrscht, im Rahmen der mannigfachsten Weltanschauungen und Parteien sucht gerade dieser Teil die Kommunikation mit der ganzen jüdischen Geistesentwicklung und mit dem Wesen der jüdischen Volksmasse immer dringender und gewissenhafter. Die Masse selbst aber bot und bietet fast überhaupt keine Angriffsfläche. Einerseits fehlten und fehlen die ökonomischen Anreize, die diese Armee von kleinstädtischen Krämern und Handwerkern, dann auch proletarischen Arbeitern in Versuchung führen könnten. Andererseits besaß und besitzt sie die Voraussetzungen der Kulturbeständigkeit: charakteristisches Gesamtheitsleben und eigene Sprache, in so reichem Maß, daß auch die Ausschließlichkeit der altjüdischen Kulturformen nachlassen konnte, ohne daß ihre Eigenart dadurch erschüttert wurde.

Was speziell das Moment der eigenen Sprache betrifft, das ja gerade für die Literatur von besonderer Bedeutung ist, so nimmt die Ostjudenheit insofern eine merkwürdige Stellung ein, als sie nicht eine sondern zwei Sprachen zur Verfügung hat: die hebräische und die jiddische. Zwischen beiden, oder vielmehr zwischen ihren beiderseitigen Anhängern, tobt in den letzten Jahren ein erbitterter Kampf um Geltung im Mund der jüdischen Menschen, im Leben der jüdischen Zukunft. Da wir es jedoch hier nur mit ihrer literarischen Verwendung, und zwar in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit sowie in der Gegenwart zu tun haben, brauchen wir uns um den Streit nicht zu kümmern. Für unsere Zwecke genügen folgende, übrigens durch die Literatur am besten bezeugten Feststellungen:

1. Das Hebräische, die uralte jüdische Kultursprache, ist, abgesehen von kleinen Versuchen in Palästina, nur Schriftsprache.
2. Die Sprache, die von den heutigen ostjüdischen Massen gesprochen wird, das Jiddische, ist eine verhältnismäßig junge Mischsprache aus Deutsch,

Hebräisch und Slawisch, in der, rein philologisch genommen, das Deutsche vorherrscht. Und

3. Das Hebräische kann trotzdem nicht als tote Sprache, und das Jiddisch nicht als fremder Jargon angesprochen werden.



IE Entwicklung des Hebräischen als Schriftsprache hat eigentlich niemals geruht. Nur daß es nach der arabisch-jüdischen Blütezeit lange Zeiträume gab, in der es nicht für ernstzunehmende schöne Literatur verwandt wurde. Erst im Beginn des 19. Jahrhunderts zeigten sich die ersten Wiederanfänge. Zuerst in Italien, dann in Deutschland, bald darauf in Galizien und Rußland. In den zwei erstgenannten Ländern ging mit der fortschreitenden Ausbildung des westjüdischen Typs die hebräische schriftstellerische Betätigung verloren, ja die Kenntnis des Hebräischen fast bis zur Vernichtung zurück. Ganz anders gedieh die hebräische Sprache und Dichtung im Osten; weniger in Galizien, das nach vielversprechenden Anfängen für Jahrzehnte aussetzte, als in Rußland.

Der Wert der Anfangsleistungen war allerdings hier verhältnismäßig gering. Das lag in den damaligen Antrieben zur Dichtung. Man dichtete nicht, weil man den künstlerischen Drang zum Singen und Sagen in sich fühlte, sondern gewissermaßen in Erledigung einer übernommenen Kulturmission. Es war mit ein Mittel zur Europäisierung der Juden (das Wort übrigens in seiner oberflächlichsten, populärsten Bedeutung genommen). Man suchte Gelegenheit alte, wirkliche und eingebildete, Mißstände des jüdischen Milieus aufzuzeigen und lächerlich zu machen und den Juden die Zustände der anderen Völker im rosigen Licht darzustellen. Dazwischen schlich sich auch manchmal ein nationales Motiv oder eine ernstere sozialkritische Gebärde ein, aber es ist klar, daß der dichterische Wert der ohnehin tendenziös verfahrenen Dichtung dadurch nicht wachsen konnte.

Immerhin hat gerade der erste Träger eines berühmten Namens in dieser Epoche, Abraham Mapu /1808 bis 1867/ nicht unbedeutende dichterische Tugenden. Seine Romane, namentlich sein erster, אברהם מאפו, der seinerzeit eine förmliche Revolution in den Köpfen der ostjüdischen talmudbeflissenen Jugend hervorrief, sind wohl auch von (allerdings hinter Altertum maskierter) Tendenz diktiert, auch zeugen ihre Fabeln und Gestalten von einer geradezu rührenden Naivität des Dichters. Aber eine großzügige Pracht der Natur- und Kulturschilderung darf ihm nicht abgesprochen werden. Dagegen kann Jehudo Leib Gordon /1830 bis 1892/ vor der Kritik viel weniger bestehen. Man kann ihm nur eine ehrliche und starke Kampfnatur nachrühmen, die sich in seiner nur ausnahmsweise hinter Vergangenheit versteckten Tendenz mehr als einmal offenbart, und dann vor allem seine Sprachkunst. Aber die Verliebtheit ins Sprachliche (eine traditionelle Eigentümlichkeit der neuhebräischen Literatur, auf deren ausschließliches Schriftleben sie wohl zurückzuführen ist) hat den Nachteil, daß sie selbst die dichterisch Begabten irreführt, während sie den Unfähigen Begabung vortäuscht und sie so zum Verse machen verleitet. Die aufklärerische Tendenzdichtung wäre wahrscheinlich schon von einem Jugendzeitgenossen Gordons, Micha Joseph Lebensohn /1828 bis 1852/ überwunden

worden, wenn dieser nicht schon in jungen Jahren verstorben wäre. Zu solcher Annahme berechtigt der Charakter der lyrischen und episch-balladenhaften Dichtungen, die er dem Volk zu schenken doch noch Zeit hatte. Die Tendenz ist von der dichterischen Aufgabe ziemlich absorbiert, ein künstlerischer Geist gibt den Versen seelischen Hintergrund und Tiefe und der Sprache einen unverkennbaren Zug höherer Weihe.

Lebensohn war schon ein Versprechen für die Zukunft, das dann, vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an, auch wirklich eingelöst wurde. Wie es aber dazu kam, welche Bedingungen es ermöglichten, daß an Stelle gewollter Tendenz und spielerischen Sprachgeklingels wirkliche Dichtung trat, das ist eine Frage, die nicht so leicht zu beantworten ist. Gewöhnlich wird auf die immer mächtiger anschwellende nationale Bewegung verwiesen, die die schlummernden Kräfte wachgerufen habe. Wenn man diese Erklärung nicht im mechanischen Sinn des unmittelbaren Anlasses nimmt oder gar mit einer gewissen Parteiambition verbindet, dann wird sie wohl richtig sein. Denn es ist einleuchtend, daß eine Sprache, solange sie nur für einen fremden, vergänglichen Nebenzweck da sein soll, echte Dichternaturen geradezu von sich fernhält und sie erst dann anzieht, wenn sie, von Zwecken uneingeengt, ihre eigene innere Daseinsberechtigung gewinnt.

Dieser Erklärung scheinen allerdings die Romane *Perez Smolenskij's* /1842 bis 1883/, eines der ersten und kühnsten Wortführer der jüdischen Nationalbewegung, zu widersprechen. Denn während man von der hebräischen Publizistik dieses Mannes nur mit der höchsten Anerkennung sprechen kann, wird sie seinen dichterischen Werken versagt werden müssen. Sie sind durch die Hinzufügung einer zweiten Tendenz, der nationalen, zur ersten, der aufklärerischen, wahrlich nicht wertvoller geworden als die Schöpfungen der Aufklärungszeit. Aber er stand ja als fast der erste Rufer im Kampf gegen die vom Westen (er sagte *Berlin*) gebrachte Assimilation, selbst erst am Anfang derjenigen Bewegung, die nachmals, von einem gewissen erreichten Höhepunkt ab, neuhebräische Dichter im Vollsinn des Wortes ermöglichen sollte. Unter den wichtigen Namen, die schon in die neue voll-dichterische Ära gehören, finden wir zunächst Erzähler, die mit dem größten Teil und fast der ganzen Tragweite ihrer Leistungen dem jiddischen Schrifttum angehören. Ihre Träger werden daher mit größerem Recht unter den jiddischen Dichtern zu besprechen sein.

Umgekehrt liegt der Fall bei *Chajm Nachmon Bialik* /geboren 1873/, der wohl auch einige wenige Sachen, darunter von seinem Wertvollsten, in jiddischer Sprache schrieb, aber doch mit seiner ganzen Lebensarbeit und mit seinen tiefsten Instinkten auf der hebräischen Seite steht. Auch bei Bialik finden wir noch stellenweise Nachklänge an die nicht dichterisch umgewandelte Tendenz. Doch sind das nur letzte kümmerliche, man möchte sagen: atavistische Reste, die gegenüber der Fülle des aus wahrer dichterischer Transzendenz Stammenden durchaus verschwinden. Daß auch seine den nationalen Hoffnungen gewidmeten Gedichte von Tendenz nicht frei sind, erklärt sich einfach aus seinem Wesen. Er ist von der Tragödie seines Volkes zu sehr und zu tief gepackt, als daß je in ihm auch Hoffen ein mächtiger Schaffensfaktor werden könnte.

Bialik ist ein Erschütterter und ein Erschütterer, einer, den es graut und der

sein Grauen weitergibt. Wer einmal sein *בני הרריה* gelesen hat, wer unter seiner Führung das Schlachtfeld des Pogroms bis auf das letzte Winkelchen abgegangen ist, wird diesen Gang sein Lebtag nicht vergessen. Und dies nicht so sehr wegen der Greuel, die ihm der Führer mit einer Art grausamer Sachlichkeit zeigt, sondern wegen der wild-grandiosen Anklagen, die er dabei gegen sein Volk, die Natur und Gott erhebt. Es ist nicht jenes Pathos, daran ein Dichter scheitert, das mit der Rede verfließt, sondern das Pathos des Schweigens, das in tausendfacher Kraft hinter der Rede wohnt. Es ist das Pathos, das man als kosmisch-historische Stimmung bezeichnen könnte und das an die großartigste Erscheinung der jüdischen Vergangenheit, an die Propheten erinnert. Und deshalb hat man ja auch gelegentlich Bialik als Propheten definiert. Freilich mit Unrecht. Denn seine Kraft ist eben nur eine dichterische, keine prophetische, sie sieht nur das Vergangene und Gegenwärtige im Spiegel der Ewigkeit, nicht aber das Ewige im Spiegel der Gegenwart und Zukunft.

Ganz unprophetisch ist auch das Verhältnis Bialiks zum traditionellen Judentum, dem er selbst entsprossen, in dem er aufgewachsen ist und dem er fast alle Elemente seiner Persönlichkeit verdankt. Er hat die Talmudschule verlassen und das Leben und die Lehren Europas auf sich wirken lassen. In neuer Wehr betritt er die alten Räume, um Gericht zu halten. Und er hält (*הוֹמָתוֹר*) Gericht, scheinbar in unerbittlicher Strenge, im tiefsten Grund aber milde, ganz milde. Denn sein Herz ist der alten Schule treu geblieben. Nur seine neue Schulung läßt ihn gegen sie eifern, nicht etwa ein neuer Weg. Es scheint, daß ihn Europa um sein Prophetentum gebracht hat. Auch dichterisch ist Bialik nur dort vollgültig, wo ihn keine europäischen Schmerzen plagten. Vor den Wundern der Natur zeigt er, wieviel er kann, wenn er Einflüsterungen aus einer fremden Welt weniger ausgesetzt ist. Man darf sich da von seinen Genauigkeiten, von den hundert Details, die er bemerkt und preist, nicht etwa glauben machen lassen, daß er auch nur einer dieser Einzelheiten sich hingibt. Nein, wenn er zum Beispiel die *צוֹרֵיית* (nach der Kabbala Morgengeister, die das Nahen der Sonne verkünden) besingt, so fühlt man, daß das große Lichtgebrause, vor dem er zuletzt wieder betend niedersinkt, schon am Anfang in seiner Seele war. Die Natur im Großen ist es, die ihn auf die Knie zwingt. Noch deutlicher und stärker tritt dies dort hervor, wo es sich um eine Natur handelt, die seinem Pathos von Haus aus näher ist, dann, wenn er, den man einem glühenden Eisblock vergleichen könnte, von Winter und Wintersonne singt. Natürlich entspricht auch die Sprache Bialiks ganz seinem Wesen. Sie hat einen großen Reichtum an Ausdrücken und wirkt doch nichts weniger als üppig. Die Worte stehen oft wie die Zyklopen da, so stark und schmucklos. Zum Teil liegt das schon an der Struktur des Hebräischen. Aber es ist eben merkwürdig, daß Bialik so wenig in Versuchung kommt und so wenig geeignet ist diese strenge Starrheit europäisch zu mildern und zu biegen.

Da geht es bei Saul Tschernichowskij, der im letzten Jahrzehnt ins Hintertreffen geraten zu sein scheint, aber lange Zeit in einem Atem mit Bialik genannt wurde, schon viel europäischer zu. Vielleicht sogar schon zu europäisch. Auch Tschernichowskij ist von der Not seines Volkes erfüllt, auch er sieht das Alte mit dem Neuen ringen. Aber es ringt nicht mehr in

ihm. Er fragt nicht viel, er ist der Zukunft sicher. Bialik ist der göttlichen Majestät im tiefen Grund ergebene Opposition, Tschernichowskij die Revolution. Bialik ist Himmelsstürmer aus Sehnsucht nach dem Himmel. Tschernichowskij hat die Sehnsucht der Erde, und man könnte ihn Bilderstürmer nennen, wenn der Gegenstand seines Sturmes nicht gerade das unsichtbare Bild des großen Gottes Israels wäre. Bialik erhebt drohend die Fäuste: und es ist eine Bejahung; Tschernichowskij verneint und will umwerten, will eine jahrtausendelange Entwicklung mit Bewußtsein und Emphase verleugnen.

Diese nietzscheanische Geistesrichtung Tschernichowskij's lenkt die Gedanken auf Micha Joseph Berditschewskij, der auch, wenigstens eine Zeitlang, in literatur- und kulturkritischen Schriften ein temperamentvoller und entschlossener Apostel des Nietzscheevangeliums war. Freilich, er ist nicht so leicht beruhigt wie Tschernichowskij, und sein Judentum sitzt tiefer, sitzt sehr tief. Darum suchte er auch. Und er fand den Chassidismus. Vor etwa 200 Jahren hatte sich das ekstasenhungrige Gemüt des ostjüdischen Volkes gegen die aristokratische Herrschaft der Gesetzesgelehrtheit aufgelehnt. Rabbi Israel Baalschem und seine Schüler verkündeten eine neue Lehre, die die Werkheiligkeit verdamnte, die Immanenz Gottes in allen Dingen behauptete und freudiges, heiliges Leben in Gott, innere Erneuerung des Menschen und wirkende Liebe predigte. Diese neue Bewegung nun, die sich rasch ausbreitete und wenigstens mit einem Schimmer ihres Lichts auch nicht eine einzige Gruppe des Volkes unberührt ließ, kennt man seit langem nur von ihren Schwächen und Abwegen her, namentlich aus dem Institut der Vermittler zwischen Gott und Volk, den im Deutschen sogenannten *Wunder-rabbis*. Selbst im Osten, unter den östlichen Juden, hatte man lange nicht den Blick für die geschichtliche Bedeutung des Chassidismus und für die reine Lehre der ersten Chassidim. Man war zu sehr mit den Absonderlichkeiten der chassidischen Gegenwartspraxis, zu sehr auch mit den großen Anforderungen und Fragestellungen der nahen oder nahegegläubten Emanzipation beschäftigt, um sie zu sehen. Berditschewskij ist einer der ersten, der sie sah. Und er hat in seinem ספר החסידים das, was er sah, in Bekenntnissen großen Stils und in feinen Untersuchungen, zu denen ihn sein bedeutendes Fachwissen befähigte, endlich in künstlerischen Gemälden mitgeteilt, in denen eine seltsam schwere und süße Harmonieenmusik von Mensch zu Mensch zu schweben scheint. Speziell mit diesen Gemälden hat er sich auch in der schönen Literatur einen vornehmen Platz erobert.

Auch Jehudo Steinberg /1867 bis 1909/ hat sein Bestes in seinen chassidischen Erzählungen gegeben. Sie gehören durch die einfache, schlichte Darstellung der Herzensgeheimnisse eines gehetzten und doch unglaublich starken Volkes in die erste Linie dessen, was auf diesem Gebiet geschaffen wurde. Was Steinberg sonst geschrieben hat (er war sehr produktiv und vielseitig), ist manchmal unfertig. Nur seine für Kinder geschriebenen Sagen und Legenden bedeuten viel. Wenn Berditschewskij und Steinberg erwähnt werden, wird der ihnen einigermaßen verwandte sehnsüchtig vergrübelte und doch wieder aufrührerische M. S. Feuerberg, der in jungen Jahren starb, nicht vergessen werden dürfen.

Von den jüngeren bedeutenderen Kräften ist es nur J. Ch. Brenner, der von schweren allgemeinen und nationalen Problemen bestimmt wird. Er



zürnt der Welt und seinem Volk und eilt von Vorwurf zu Vorwurf, von Frage zu Frage. In seinen Dichtungen, meist Skizzen, kommt sein bitterer Pessimismus in furchtbar qualvollen Bildern von Elend und Armut, von gedrückten und zerknitterten Menschen zum Ausdruck. Auch Jakob Kahan zeigt das Bedürfnis sich mit den großen Dingen, mit Gott und dem Messias, auseinanderzusetzen. In einigen Gedichten, wie in den *Erscheinungen Gottes*, bricht ein an Bialik erinnerndes Pathos durch. Doch der Hauptsache nach ist er nichts weniger als kompliziert, sichere Ideale überwiegen, und im großen und ganzen bestätigt er das deutsche Motto seines Gedichtbands: »Ich singe wie der Vogel singt, der in den Zweigen wohnt.« Ganz fern von allen Problemen hält sich Salmen Schneier. Seine Gedichte, zumeist der Natur und der Liebe gewidmet, sind voll frischer Verwegenheit und kosenschmerzlichen Leichtsinns. Von einem seltsam aufsaugenden Blick für alle die tausend Motive und Gebärden der ostjüdischen Familienidylle und ihrer Kehrseite legen die hebräischen und auch jiddischen Skizzen J. D. Berkowitsch' Zeugnis ab. Nie waren Dichtungen ferner von Sentimentalität als diese. Noch viele ältere, jüngere und allerjüngste würden es verdienen aus dem Schwarm herausgehoben zu werden. Viele neue Hoffnungen könnten aufgewiesen werden. Doch würde das hier zu weit führen. So sei nur von den allerjüngsten auf gut Glück einer herausgegriffen: S. Agnon, der in seinen letzten Erzählungen Schwergewicht und epische Würde zeigt.

Außer der neuhebräischen schönen Literatur hat sich auch eine für die modernen Zwecke brauchbare hebräische Publizistik entwickelt, der eine bescheidene periodische Presse zur Verfügung steht. Es wäre gewiß lohnend sich auch mit dieser Seite hebräischen Schrifttums eingehender zu befassen, doch würde dadurch der Rahmen des vorliegenden, seiner Grundabsicht nach nur der Dichtung gewidmeten Aufsatzes gesprengt werden. Nur die wichtigsten Namen seien hier genannt. Von Toten: Abraham Gottlober, Mosche Leib Lilienblum, Ch. S. Slonimski und Alexander Zederbaum; von Lebenden: Achad Haam (Oscher Ginsberg, namhafter Theoretiker der Judentumsfrage, als die ihm die Judenfrage erscheint), David Frischmann (geistvoller Feuilletonist, auch als Lyriker bekannt), S. Hurwitz, J. Klausner, A. Lubetzki, Nochum Sokolow und Hillel Zeitlin, ferner Berditschewskij und Ruben Braun (Brenner), von denen schon oben die Rede war.



**E**RADESO wie die neuhebräische begann auch die jiddische Literatur mit tendenziöser Pseudodichtung. Nur daß es hier schlimmer war als dort. Denn während die hebräischen Dichter ihrem Sprachwerkzeug die tiefste Ehrfurcht entgegenbrachten und die meisten wohl auch hofften, daß die hebräische Sprache auch nach erreichtem Aufklärungszweck weiter in literarischer Übung bleiben werde, verhielten sich die jiddischen in ganz entgegengesetztem Sinn. In Jiddisch nicht ein Produkt der Entwicklung sondern nur ein verdorbenes Deutsch (daher der Ausdruck *Jargon*) und eine Sprache des Ghettos sehend, aus dem man ja heraus wollte, wünschten sie nichts sehnlicher als seinen Untergang. Sie gingen daher nur mit Selbstüberwindung und tausenderlei Entschuldigungen vor der Öffentlichkeit daran Jiddisch zu schreiben. Natürlich fehlte ihnen dann auch jegliches Gefühl der Sprachverantwortung: Es war ja

gleich, wie man das Kauderwelsch schrieb. Daß sie sich damit am Volk ver-sündigten, wenigstens soweit es auf dessen Herzens- und Geschmacksbildung ankam, fiel ihnen gar nicht ein. Und umso größer war der Schaden, als es sich hier nicht wie bei der hebräischen Lektüre um einen verhältnismäßig kleinen und vorgebildeten Leserkreis sondern um Massen, und dazu gewissermaßen im Stand der Jungfräulichkeit, handelte.

Darum war es eine große und mutige Tat und schon an sich ein Beweis intuitiver Kenntnis der Volksseele, daß sich ein Mann, der sich als Dichter hebräischer Skizzen schon einen großen Namen gemacht hatte, Mendale Mojcher-Sforim (Sch. J. Abramowitsch) /geboren 1836/ entschloß seine Kraft im Jiddischen zu versuchen. Das Experiment gelang. Vor allem auch sprachlich. Die Tendenzdichter hatten die Sprache <die in den ersten literarischen Vorfrüchten des Jiddischen, Familienerbauungsbüchern, Rittergeschichten und anderm mehr, seit dem 15. Jahrhundert einen originalen Stil und geregelte Diktion entwickelt hatte> im Schriftgebrauch völlig verwüstet. Mendale hat sie wieder rehabilitiert, indem er sie mit einem Schlag als literaturreif erwies. Man hat finden wollen, daß er sie einigermaßen archaisch schrieb. In Wahrheit aber gab er sie so wie sie auf dem Boden seiner Erzählungen, in den breiten altjüdisch lebenden Volksschichten gesprochen wird. Nur daß er es sich angelegen sein ließ ihre Wirkungen zu verteilen, zu kombinieren und zu steigern, überhaupt durch eine leichte Stilisierung ihre Eigenart künstlerisch auszudrücken. Die selbe Sorgfalt, die Mendale auf die Sprache verwendet, zeigt sich in der Stoffbehandlung selbst. Mit unglaublicher Minutiosität gibt er in der Bilderkette, die jede seiner Erzählungen darstellt, jede einzelne Situation, jede Person, jedes Tier, jede Sache, jede Natureinzelheit wieder. Unverkennbar wirkt da ein Stück Pedanterie mit, aber umso bemerkenswerter ist, daß diese Pedanterie nicht photographiert sondern künstlerisch erschaute Gestalten künstlerisch neuschafft. Mit solchen Eigenschaften konnte Mendale gar nicht der Tendenz verfallen. Wenn an manchen Stellen etwas durchflimmert, das so gedeutet werden könnte, kann es noch immer eine Täuschung sein. Und ist es das nicht, dann ist es jedenfalls, angesichts der hitzigen Gegensätze im Ostjudentum und der Tendenzwut, die den Dichter namentlich am Anfang seiner Laufbahn umgab, wenig genug. Damit steht natürlich nicht im Widerspruch, daß Mendale einer der sozialsten Dichter genannt werden kann, weil niemand so plastisch wie er die wie eine Infektionskrankheit anmutende Armut der Judenstädtchen des Ostens darstellt; und wieder einer der nationalsten in dem Sinn, daß er, ohne auf irgendwelche dynamische Ideen einzugehen, den statischen Wertinhalt seines Volkes in wunderbarer Unbewußtheit herausarbeitet.

In ganz dem selben Sinn muß Scholem Alejchem (S. Rabinowitsch) /geboren 1859/, der übrigens mit Vorliebe Mendale seinen »Sejde«, seinen Großvater nennt, als der nationalste Humorist der Ostjuden bezeichnet werden. Er ist zugleich ihr beliebtester, in den breitesten Volksschichten gekannter Name, den man nur zu nennen braucht, um auf allen Gesichtern das Schmunzeln lustiger Erinnerung hervorzurufen. Journalistische Gedankenlosigkeit hat ihn mit Mark Twain verglichen. Aber seine breite Erzählerbehaglichkeit stellt ihn nicht an des Amerikaners sondern an der großen englischen Humoristen Seite. Schade, daß er, wegen des ungeheuren

Wesensunterschieds zwischen den Milieus, nur mit sehr schweren Einbußen ins Deutsche zu übersetzen ist. Jedenfalls wird ein deutscher Leser, dem er zugänglich wird, erstaunt sein nur wenig von dem zu finden, was im Westen als jüdischer Witz gilt. Scholem Alejchems eigene Weise ist eben nicht Witz sondern Humor, nicht Spitzigkeit sondern Rundlichkeit, nicht guter Einfall sondern fröhliche Einfalt.

Ganz wie Mendele hat sich nach bedeutenden hebräischen Erfolgen ein Mann der jiddischen Literatur zugewandt, der heute unstreitig ihre ragendste Gestalt ist: Jizchok Leib Perez /geboren 1852/. Man braucht ihn nur auf seinem Entwicklungsweg zu verfolgen, sein Suchen, Ringen und Überwinden zu beobachten, um sich der Außerordentlichkeit seiner Erscheinung bewußt zu werden.

Perez war in seiner Jugend von den Bewegungen der Zeit zu jugendlich leidenschaftlich erfüllt, als daß sein Eifer nicht auch als Tendenz in seinen Dichtungen erschienen wäre. Darum blieb auch anfangs seine Bodenständigkeit verborgen. Er brachte sich selbst darum. Stets darauf bedacht seinem Volk von außen zuzutragen, vergaß er es zu erforschen. Erst in seinen Bildern aus dem Leben der arbeitenden und armen Massen kündigt sich die Wandlung an. Es wird wohl wenige soziale Dichtungen geben, in denen die Beschreibung des Elends trotz aller Genauigkeit von Begrenztheit und Eintönigkeit so weit entfernt und auch des Zusammenhangs mit Welt und Volk so sicher ist wie diese Skizzen von Perez. Darum spannen ihn ja auch die großen inneren Probleme, die sich in den Massen des ostjüdischen Volkes und in dessen großen führenden Persönlichkeiten verkörpert haben, immer mehr ein. Immer mehr zog es ihn, den Künstler und Bekenner, zu der chassidischen Welt hin, deren größter Künder er wurde. Niemandem gelang es den Stimmungs- und Gemütsgehalt des chassidischen Lebens, die ekstatische Freudigkeit, die tiefe Gütigkeit und den unwiderstehlichen Zauber der Auserlesenen sowie die religiösen Jubelsymphonien der nach dem Heil schmachtenden Menge, so wiederzugeben wie ihm. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: Die Art, wie er die Stimmungsdüfte, die lyrischen Töne fein und still ausbreitet und plötzlich jäh einander ablösen läßt und doch über allen den Stimmungen und Tönen niemals jene Grundstimmung vergißt, die man wohl am besten das Pathos der Alltrunkenheit nennen könnte? Oder die dramatische Kraft, die ihm hier zur Verfügung steht? Denn das ist das Wunderbarste, wie er die Massen lenkt, sie uns in ihren Beziehungen zu den gefeierten Lieblingen Gottes, in ihrem traumhaft beschwingten Reigen, in ihren irdisch schweren, plumpen Schülerritten vorführt. Und dann, wie er den Gegensatz des rabbinisch-talmudischen und des chassidischen Judentums in dem Aufeinanderstoßen ihrer gewaltigen Persönlichkeiten, der großen, strengen Massenbändiger und der großen, milden Massenbezauberer, in ihren wesenswichtigen und gleichgültigen Worten, in ihrem Gehaben und in ihren Handlungen aufweist. Am grandiosesten wohl in der Erzählung *Zwischen den beiden Bergen*.

Von den eigentlichen chassidischen Geschichten Perez' sind seine dem Stoff und der seelischen Position nach mit ihnen verwandten Märchen und Legenden, die er *Volkstümliche Erzählungen* nennt, eben dadurch unterschied-

den, daß ihnen das geschichtsdramatische Moment abgeht, dafür aber eine besondere Volksinnigkeit eignet. Ihrem intimen Reiz, der Perez auf der Höhe eines ausgeglichenen Künstlertums zeigt, kann sich wohl auch der fremdeste, fernstehende Leser nicht entziehen. Von Bedeutung ist auch Perez' Erotik. Er hat es nicht jenen Erzählern nachgetan, die in ihre Sachen Liebesformen hineinziehen, die in der ostjüdischen Welt bis vor kurzem gar nicht bekannt waren. Dafür sah er die Liebe so, wie sie im jüdischen Volk wirklich da ist, sah sie und stellte sie dar, machte uns zu Zeugen ganz eigenartiger Liebesekstasen, die wir als Geist vom Geist jenes schweren Pathos erkennen, das wir ebenso in seinen chassidischen Bildern wie in Bialiks Anklagestürmen finden. In der Methode seiner Seelenmalerei verrät Perez russischen Einfluß. Aber sie ist doch anders. Nicht so pointillierend sondern mehr in klaren, zarten Linien. Und dabei doch voll Wärme und Kraft. In der ältern jiddischen Erzählergeneration hat vor allem noch Jakob Dinesohn /geboren 1859/ ein Recht auf besondere Beachtung, schon deshalb, weil er der einzige ist, der sich mit nicht zu unterschätzenden Qualitäten an die Aufgabe des Romans herangewagt hat. Auch Mordechais Spektors /geboren 1859/ in Sprache und Motiven derburwüchsige Erzählerart darf nicht übergangen werden.

Unter den Jüngeren fällt in erster Linie ein Name auf, den das dem ostjüdischen Schrifttum sonst so ungnädige Schicksal in einer Anwendung guter Laune auch nach dem Westen brachte. Freilich nicht als das, was er eigentlich vorstellt. Denn welchem Deutschen fiele nicht, wenn er den Namen Asch hört (wobei man für ihn den Vornamen Scholem merkwürdigerweise in spanisch-hebräische Aussprache getaucht und in Schalom umgetauft hat), ganz von selbst *Der Gott der Rache* und andere Bühnenwerke des Dichters ein, die über die Reinhardtschen Bretter gegangen sind? Und doch hat Asch für die Ostjudenheit eine ganz andere Physiognomie als die, mit der er auf der deutschen Bühne erscheint. Natürlich kennt man auch im Osten seine Theaterdichtungen, spielt sie auch viel, schätzt die feinen dichterischen Elemente, die sich in ihnen finden. Aber man weiß zugleich, daß der stärkere Asch anderswo, in seinen Erzählungen und Skizzen, zu suchen ist. Asch ist sprachlich und kompositorisch ein Wildling. Doch läßt man sich's um seiner anderen Tugenden willen gern gefallen, empfindet es deshalb gelegentlich sogar als Vorzug. Und diese anderen Tugenden sind die, die gar nicht zu einander zu passen scheinen: der wache, helläugige Sinn für das Malerische im altjüdischen Leben, namentlich der Patrizierhäuser (siehe zum Beispiel sein älteres Meisterwerk *Das Städtchen* und seine neue Erzählung *Reb Schlojme Noggid*); seine zarten schwermütigen Stimmungen; und schließlich, vielleicht sein Originellstes und Köstlichstes, ein elementares Temperament, das in prächtigen, immer neuen Kaskaden vor uns funkelt und tanzt. Die jiddische Literatur kann mit diesem *enfant terrible* zufrieden sein.

Im Gegensatz zu Asch, der Naturkraft, ist A. M. Waizenberg die Kraftnatur. In ihm, dem frühern Arbeiter, reckt sich die robuste, gesunde Stärke der großen Volksmassen auf. Das zeigt sich schon in seiner durchaus ungesucht derben, knorrigten und knorpligen Sprache, noch viel mehr aber in der eckigen und instinkthaften Beweglichkeit der Personen und Massen, die er in seinen Erzählungen und Bildern auftreten läßt. Phantasie im aus-

stattenden Sinn hat er fast gar nicht. Aber er hat die Gabe Wirklichkeiten in ihrem ganzen Reichtum zu schauen und darzustellen. Erwähnt sei ferner S. J. O n o j c h i, der in seinem Reb Abbe, einem alten Chassid, der in seufzenden Erinnerungen an die gute alte Zeit schwelgt, eine tief bewegende symbolische Gestalt geschaffen hat. Von L. S c h a p i r o möchte man sagen, daß ihn die Pogrome aus dem Gleichgewicht gebracht haben. So voll gewalttätiger und stiller Raserei sind seine Pogromerzählungen. Bialik hat uns nur über Trümmerstätten geführt, an denen noch das Grauen des gestrigen Tages klebt und uns mit diesem Grauen und mit Ekel und Verzweiflung erfüllt. Schapiro aber führt uns mitten in den Pogrom hinein und nicht etwa bloß in den Massenschrecken sondern zu einsamen Winkelszenen furchtbarer Untat. Und Rache, ruhelose Rache als Inhalt eines Lebens. Rache als Evangelium zittert und schreit aus jedem Wort, aus jeder Gebärde, aus jedem Schritt. So ungeheuerlich ist das alles, daß man es nicht ertragen könnte, wenn nicht die große Kunst und das große Pathos als darüberstehende Mächte durchleuchten würden. Schapiro ist dann von den Pogromgeschichten weggekommen. Aber es will uns manchmal erscheinen, als ob er noch immer auf einsames Grauen lauschte. Unter den neuesten Erscheinungen in der jiddischen Erzählerwelt hat namentlich D a v i d B e r g e l b o n von sich reden gemacht. Seine Novellen und Skizzen zeigen uns ihn als einen, der die stillen, weltvergessenen Gegenden und die weltverlassenen, verschüchterten und verlassenen Menschen liebt und beide, Gegenden und Menschen, in ihrem innersten Wesen zu schildern weiß.

Wenn nun von der jiddischen Lyrik gesprochen werden soll, so ist es sicher nur billig an die Spitze einer solchen Besprechung das jiddische Volkslied zu stellen, das übrigens in den letzten Jahren weiteren Schichten der deutschen Juden bekannt gemacht werden konnte und bei ihnen viel Verwunderung, sowohl nach der musikalischen wie der textlichen Seite, hervorgerufen hat. Ein paar Takte, ein paar Verszeilen lassen vor dem, der sie zum erstenmal hört, eine, trotz mancher unbedeutenden Anleihen in der Fremde, ganz merkwürdige, eigenartige Welt entstehen: eine Welt von in Jahrtausenden fest verankertem, leidenschaftlichem Lebensbejahen, in das seufzende Sorge um geliebte Wesen, Tränen des Volksleids und grübelnde Schwermut dumpfe Akkorde mischen.

In der Kunstlyrik ist der erste Name von Bedeutung S. S. F r u g /geboren 1860/. Seinem Bewußtsein nach ist er noch der alte Verächter des *Jargons* (er bekennt es selbst in seinen Gedichten), in seinem Unterbewußtsein aber drängt ihn ein tieferes Gefühl ästhetischer Verantwortlichkeit zu einer aufmerksamen und möglichst sorgfältigen Behandlung der Sprache. Demgemäß zeichnet sich seine jiddische Poesie durch Wohlklang des Worts und des Rhythmus sowie durch einen innigen, echten Herzenston aus. Aber er gibt da doch noch nicht sein Bestes. Das spart er für seine Dichtungen in russischer Sprache auf; mit welchem Erfolg, das zu untersuchen kann nicht Sache dieses Aufsatzes sein.

Dagegen steht M o r r i s R o s e n f e l d /geboren 1862/ (der übrigens ebenso wie Scholem Asch der Gnade des Zufalls Popularität außerhalb seines Volksmilieus verdankt) schon fast und mit aller Selbstverständlichkeit auf dem

Boden des Jiddischen. Sein Ruhm wird ihm vielfach streitig gemacht, indem man ihm Tendenz und Deklamation vorwirft. Und es kann nicht geleugnet werden, daß er vieles geschrieben hat, was diese Bezeichnung zu rechtfertigen scheint. Allein man darf nicht vergessen, daß er seine dichterische Laufbahn in einer New Yorker Schneiderschwitzwerkstätte begann, und seine soziale Erbitterung die Kompetenzen umso leichter verwechseln konnte als er keinerlei ästhetische Bildung besaß. Es hat keinen Sinn einen leidenschaftlich sozial fühlenden Dichter wie Rosenfeld nach ästhetischen Schulforderungen zu kritisieren. Er ist kein Lyriker im üblichen Sinn. Er hat Gedichte von starkem Pathos und glühendem Temperament geschrieben. Als Beispiel für das Pathos erwähne ich sein Gedicht *Der Sturm*, für das Temperament seine aufwühlenden Arbeiterlieder. Im Gegensatz zu Rosenfeld hat Abraham Reisen nicht viel Pathos und nur ein normales Temperament. Seine Diktion ist die denkbar einfachste. Umso stärker ist das Stimmungselement, die lyrische Note. Auch in den vielen Gedichten, die der grauen Sorge, dem Elend, der Trübsal gewidmet sind. Dies ist seine Kunst, und sie ist auch in seinen Liebesgedichten, die bei aller Schmucklosigkeit durch ihre Innigkeit auffallen. Nur für seine Skizzen ist der Mittelaufwand etwas zu spärlich; sie muten fast kahl an. Jehojosch (Sch. Blumgarten) erinnert an Rosenfeld, dem er in der Leidenschaft nicht ganz gleichsteht, den er aber an Geschmack, Form und Sprache weit überragt. Seine Balladen und Legenden sind meist von weicher, zitternder Stimmung. Viele von den Liedern, die er der Natur dichtet, atmen so viel Hingegebenheit, daß man sie wohl zu den besten der ostjüdischen Literatur zählen kann.

Unter den jüngeren und jüngsten jiddischen Lyrikern gibt es etwelche beachtenswerte Kräfte. Einige seien hier angeführt: Vor allem David Einhorn, ein träumerischer Feuergeist, der einen Weg aus großen Sehnsüchten zu großen Erfüllungen sucht. Dann Menachem, der seine schweren Stimmungen in schwere Rhythmen kleidet, die wie breite Ströme durch flache Landschaften fließen. Ferner Sch. J. Imber, ein junger Meister und Mehrer der Sprachmelodie, mit starken und stolzen Gefühlen und Wünschen. Endlich Abraham Wiewiurka, der Liebesgedichte von starker Leidenschaft und eine Reihe von chassidisch-romantischen Geschichten veröffentlicht hat.

Weniger erfreulich ist der Stand der dramatischen Dichtung in jiddischer Sprache. Diese begann nicht etwa gleichzeitig mit der Entstehung des jiddischen Theaters. Denn die Stücke, die dessen verdienter Gründer, Abraham Goldfaden, schrieb, sind keineswegs als dramatische Dichtungen zu qualifizieren. Auch der Reformator und langjährige Beherrscher der jüdischen Bühne in New York, Jakob Gordin, war nur ein geschickter Theatermann, wobei er Männern wie Sardou kaum viel nachstehen dürfte. Dagegen gehören natürlich die Stücke von Perez und Asch schon entschieden zur Literatur, wenn sie auch als Dramen vorwiegend lyrische Schönheiten haben. Perez Hirschbein und A. Waiter schufen manches, was Anspruch auf Achtung erheben darf. Die entschiedenste dramatische Begabung aber hat David Pinski. Daran kann auch der Durchfall nichts ändern, den ihm eine etwas auffällig nervöse Kritik bereitete, als er sich mit seinem *Schatz* auf die deutsche Bühne wagte. Sein starker Sinn

für die szenische Darstellung von Einzel-, Volks- und Klassenschicksalen der Menschen ist unverkennbar. Seine Neigung zu kühlem Realismus wird durch gelegentliches Aufglühen eines starken biblischen Pathos aufgewogen. Seine *Familie Zwi*, mit dem Pogrom hinter der Szene und der gewaltigen, in der Person des Rabbi Mojsche symbolisierten innern Tragödie des Judentums, konnte natürlich vor denjenigen nicht bestehen, denen die kühne Symbolik nicht in ihre dramatische Schablone paßte.

Die jiddische Presse hat sich in kürzester Frist zu einer Macht emporgeschwungen. Das war bei den großen äußeren Erschütterungen und inneren Bewegungen der jiddischsprechenden Massen gar nicht anders möglich. Andererseits hat diese Presse die Entwicklung einer guten, höheren Anforderungen gewachsenen Publizistik erschwert. Nicht etwa deshalb, weil sie schlechter und gelber als die anderer Völker wäre. Das nicht; in Amerika überragt sie vielleicht sogar ein wenig das landesübliche geistige und sittliche Zeitungsniveau. Sondern weil sie noch im Stadium verhältnismäßiger Primitivität der Sprache auftrat, also Gelegenheit hatte die Wurzeln anzufressen. Nichtsdestoweniger sind, ein Beweis für die elementare Kraft des ostjüdischen Milieus, die Schwierigkeiten überwunden, und die letzten Zeitläufte haben eine ganze Anzahl echter und vornehmer Publizisten gebracht, so Bal-Dimjen, Bal-Machschowes (I. Eljaschow, ein Kritiker von Bedekuntung), Ben-Adir, Bertoldi, David Frischmann, Sch. Gorelik, J. Grünbaum, J. Lurje, A. Mukdojni, Sch. Niger (junger Kritiker von Ruf), Ch. D. Nomberg, Olgin, N. Priluzkij, Sch. Rosenfeld, Chajm Schitlowskij (einer der hervorragendsten ostjüdischen Kulturträger, der ja als Sozialist auch den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* durch seine, vor Jahren hier veröffentlichten Beiträge bekannt ist) und M. Wintschewskij (eine der edelsten Persönlichkeiten der amerikanischen Sozialdemokratie). Sie alle bilden in den großen Tagesblättern ein Gegengewicht gegen flachen oder gelben Journalismus. Sie besitzen jetzt auch in guten Monatsrevuen Stätten für die Veröffentlichung von weiter- und tiefergehenden Arbeiten.

**Z**UM Schluß sei noch ein kurzer resümierender Blick über das hier abgehandelte Gebiet gestattet. Er lehrt uns: Die neue hebräische Literatur vereinigt ihre repräsentativsten Namen in der Lyrik, die jiddische in der erzählenden Dichtung. Dabei ist aber die jiddische Lyrik intimer, sozusagen menschlicher als die hebräische. Die Erzähler, sowohl die hebräischen wie die jiddischen, sind meist Erzähler von mehr oder weniger lose aneinandergereihten Begebenheiten, die mit feinem künstlerischen Empfinden geschaut sind. Das jiddische Drama ist im Werden, vielleicht schon auf dem Marsch.

Alles in allem zeigen uns die neue hebräische und jiddische Literatur die Ostjudenheit als das, wovon ich am Eingang als von einer tatsächlichen Voraussetzung ausging: als eine selbständige jüdische Kulturindividualität. Sie verraten uns aber auch durch die ihnen eigentümlichen Motive, Töne und Formgebungen diese ostjüdische Kulturwelt als eine organische und gleichzeitig zeitgerechte Fortsetzung der dreitausendjährigen jüdischen Kultur mit ihren gewaltigen Emotionen des Geistes, großzügigen Lebenssystemen und dichterischen Aufschwüngen (Bibel, Propheten, Rabbinismus, Kabbala, Dich-

tung des Mittelalters); und sich selber als Trieb an altem, uraltem Stamm. Die übrige Kulturwelt hätte wahrlich schon genügenden Anlaß die seit jeher falschen und seit Generationen mit kritikloser Gläubigkeit übernommenen Anschauungstafeln über Ostjudentum, die ihr vorliegen, gründlich zu überprüfen. Sie käme dann vielleicht wieder einmal zu der ihr so nötigen Erkenntnis, daß unter Menschen und Völkern, die körperlich und seelisch anders frisiert sind als die Menschen- und Völkermuster des Westens, der große Geist der Ewigkeit auch umgeht.

XX

## SIGFRID SIWERTZ · DIE NARBE



FRÄULEIN Brita von Österman und Kapitän Stefan Torsander traten Arm in Arm auf die Schloßterrasse nach dem Mälarsee. Langsam gingen sie die Sandsteintreppe hinunter, durch die undurchdringlichen grünen Mauern der kleinen gestutzten Lindenallee, vorbei an dem Pappelrondo und dann hinab in den ein wenig verwilderten, aber außerordentlich schönen Obstgarten, wo die Bäume schon in ihrer üppigsten Blüte standen.

Fräulein Brita von Österman war weiß gekleidet und sehr schön: eine kühle Schönheit, doch ohne mondaine Kälte, von jener hellen Art, die ein langes, ungetrübtes Glück verspricht, ein Erbteil vieler Generationen schwedischen Schloßlebens, mit Reihen von Müttern, die ein Haus voll Kindern gebaren, ohne ihren feinen Wuchs zu verlieren. Ihre blauen Augen leuchteten in der offenen, lichten Sicherheit des Friedenslandes, jene kostbare und seltene Gabe, die unser einziger großer gefährlicher Luxus auf der Welt ist.

Der Mann an ihrer Seite war eher ein Krafttypus, mittelgroß, breitschultrig, er ging mit kurzen, energischen Schritten, und das Militär schlug durch die Zivilkleider durch. Sein Gesicht war von einer weißen Bandage umgeben, die nur Augen, Stirne und Nase frei ließ, aber Kinn und Mund vollständig verdeckte.

»Wie früh der Sommer dies Jahr da ist!« lächelte sie. »Alles im Mai schon in Blüte. Das ist eigens für uns, Stefan.«

Er schwieg. Sie gingen den großen Gang entlang, durch eine breite Obstbaumallee, die mit Blumenbeeten eingefast war. Ganz unten im Fond schwebte ein Streifen blaßgelben Schilfs und das seichte Wasserband der ruhigen Mälarbucht. Ein Fenster in dem gustavianischen Pavillon unter den Eichen draußen auf der Insel sandte einen warmen, zitternden Reflex der Abendsonne aus.

Sie blieb unter einem alten Birnbaum stehen, der ganz mit weißen Blüten umhüllt war, zog die Zweige an sich und liebte sie. Sie beugte sich jubelnd über die ersten Narzissen, die ganz geschwind aufgeblüht waren, während sie zu Mittag gegessen hatten.

»Die rafft die erste kalte Nacht hinweg«, murmelte er aus seiner Bandage heraus.

Sein Ton war nicht heiter. Seine Augen gequält und unruhig. Aber sie war zu jung und unbewandert, um derlei so recht zu merken.

»Ein Garten ist doch etwas Entzückendes!« rief sie. »Es ist ganz so, als wäre das Heim unter die Sonne hinausversetzt. Siehst du, hier wächst es



auch wild. Schau dir nur diesen Baum an! Hat man nicht förmlich Angst vor so viel Blüten? Aber alles ist geordnet, klar, hat einen Sinn. Man verirrt sich nicht wie im Wald. Dort wird mir immer so unheimlich zu Mut. Weißt du, was ich mir manchmal träume? Ja, einen unendlich großen Garten, wo man viele, viele Stunden gehen kann, ohne zu diesen langweiligen, dummen Tannen zu kommen.«

»Ach, der Wald kann manchmal auch ganz gut sein . . . . für jemanden, der Frieden haben will«, sagte er.

Sie blieb stehen und sah ihn erstaunt an.

»Aber, Liebster, du bist mir doch nicht böse, weil ich so vergnügt bin?« Sie streichelte seine Bandage. »Es tut doch hoffentlich nicht mehr weh?«

»Nein, weh tut es nicht«, sagte er zögernd.

Sie lehnte sich leicht an seinen Arm.

»Ich bin verrückt, aber ich finde, es gibt unserer Verlobung solch ein romantisches Cachet. Erinnerst du dich noch an dieses alte, dumme, entzückende Bild oben in meinem Zimmer. *Einquartierung*. Der junge, schöne Offizier wird nach der Schlacht von der jungen, schönen Dame gepflegt, die ihn mit Küssen heilt. . . . Du bist mein Held, du . . . . Mit edlen Wunden. . . .«

»Held?« Er zuckte die Achseln.

»Ist es denn nichts mein Leben gerettet zu haben!« rief sie indigniert.

Seine Stimme bekam einen kurzen Kommandoton.

»Man hält ein durchgehendes Pferd auf . . . . Das hätte der Stalknecht ebenso gut getan wie ich, vielleicht besser. . . . Aber ich hatte dich doch gebeten nicht den Fuchs zu nehmen. Das ist ein böses, nervöses Tier. . . .« Sie machte ein scherzhaft unterwürfiges Gesicht: »Ach, bitte, nicht wieder mit mir zanken! Es war unbedacht, übermütig, aber du hast mir doch schon verziehen. Und jetzt sollst du froh sein, denn ich liebe dich noch viel mehr. . . .«

Sie küßte ihn auf die Bandage und sah ihm in die Augen.

»Eigentlich müßte ich ein bißchen mit dir zanken . . . wegen deiner Laune. Manchmal sieht es fast aus, als wenn du mir ausweichen wolltest . . . . Du hast doch nicht vielleicht noch immer Schmerzen?«

»Nein.«

Sie zog ihn am Arm.

»Komm! Ich will mit meinem Helden zum Schlachtfeld wallfahrten.«

Er schüttelte den Kopf, aber sie zog ihn doch durch die Stachelbeergänge und das Gitter auf den großen Fahrweg hinaus.

»Siehst du, hier hat Ajax gescheut. Verwalters hatten ein Segel zum Trocknen hinaus gehängt, und das blähte sich plötzlich. Oh Gott, wie die Bäume vorbeiwirbelten, und wie viel durch meinen armen Kopf flog! Ich schrie wohl sehr, nicht wahr?«

»Glücklicherweise, sonst hätte ich die Gefahr gar nicht bemerkt.«

»Ja, aber als ich dich dort in der Allee sah, wurde ich ganz ruhig. Ich versuchte nicht mehr das Pferd zu halten, ich ließ nur die Zügel sinken und streckte die Arme nach dir aus. Wie töricht hilflos eine Frau doch ist, wenn es ernst wird! Ach, ich sehe dich noch vor mir, wie du dich dem Pferd entgegen warfst und das Zaumzeug faßtest. Du warst so tapfer und so zornig wie ein Bulldogg. Daß du mich fassen konntest, ist mir unbegreiflich . . . .«

in diesem Tempo! Aber plötzlich fuhr es mir blitzartig durch den Kopf, daß, wenn du losliebest, der Wagen über dich gehen würde. Da wurde ich ohnmächtig. So jämmerlich sich einfach so davon zu machen, wenn Gefahr droht! . . . Als ich wieder zu mir kam, da lagst du verwundet und verbunden da. . . . Denke doch, ein solches Glück, daß der Doktor gerade beim Verwalter war und sich deiner annehmen konnte. Als ich mich über dich beugte, da schlugst du die Augen auf . . . . Und da sah ich in deinen armen Augen, daß du mich liebtest. . . .

Sie waren jetzt in die Dämmerung der alten Königseiche an der Wegbiegung gekommen. Sie hob seine widerstrebende Hand an ihre Lippen und küßte sie. Aber dann war es, als erinnerte sie sich an etwas Beunruhigendes:

»Aber, Stefan, sag, warum habe ich dir nie helfen dürfen den Verband zu wechseln? Glaubst du, daß ich so schwach bin? Du hast mich wirklich verletzt. . . .«

»Jetzt braucht der Verband nicht mehr gewechselt zu werden«, sagte er.

»Endlich! Dann muß ich mich nicht mehr mit deinen Augen begnügen«, flüsterte sie. »Ich muß gestehen, daß ich mich ein wenig nach deinen Lippen sehne. Und wie Papa und Mama sich freuen werden. . . . Du kannst ja jetzt mit uns essen! Ach, es ist bei Tisch ohne dich so leer gewesen!«

Er wandte sich ab. Dann richtete er sich auf, so als hätte er endlich seinen Entschluß gefaßt.

»Komm!« sagte er hart und befehlend. Und er zog sie mit sich auf einen offenen Platz im Garten, wo es noch hell war.

Sie folgte ihm widerstandslos, stumm vor Staunen über seinen Ton.

»Jetzt sollst du sehen, wie meine edle Wunde sich ausnimmt«, rief er und riß mit fieberhaftem Eifer die lange Bandage herunter. »Dann wirst du begreifen, daß ich sie am liebsten allein behandle.«

Und er stand vor ihr mit einer häßlichen, einer grotesken Narbe vom rechten Mundwinkel die Wange hinauf. Sie verurteilte sein Gesicht zu einem beständigen, mißvergnügten Grinsen. Seine Haltung war herausfordernd, aber die Augen spähten in ihrem Gesicht, gierig, angstvoll, wie bei einem Gefangenen, der sein Urteil liest.

Der letzte Schimmer ihres Lächelns erlosch in ein paar Zuckungen. Sie wankte wie von einem Stoß von rückwärts. Ihr Gesicht verzog sich plötzlich in unbezwinglicher Angst. Dann flüchtete ihr Blick hilflos zu ein paar Narzissen, die sie in der Hand hielt, und dann warf sie sich an seine Brust, klammerte sich an ihn, umarmte ihn.

Er machte sich los und schob sie weg.

»So hast du dir die Sache nicht gedacht, was? Diese reizende Maske habe ich jeden Morgen vor dem Spiegel betrachtet. Verstehst du jetzt, daß ich nicht gerade überschäumend froh war? Und daß du nicht gemerkt hast, wie ängstlich ich dich beobachtet habe! Jedesmal, wenn du deine starke, naive Freude an allem zeigtest, was schön ist. . . . Dein neues Kleid, zum Beispiel, als es dir geschickt wurde! . . . Ach, da schnitt es wie mit Messern in mein Fleisch. Furchtbare Tage sind das gewesen. . . . Aber jetzt habe ich mich durch das Schlimmste hindurchgekämpft, und jetzt weiß ich, was ich tun muß. . . .«

Sie schluchzte laut: »Und ich bin hier herumgegangen und habe gelacht und bin froh gewesen! Verzeih mir, Liebster, kannst du mir verzeihen?«

»Ich bin zu so etwas geboren«, sagte er. »Ich habe immer gehaßt, daß so etwas in mein Leben treten würde. Das ist wohl die Strafe, weil ich zu methodisch gewesen bin. Der Zufall rächt sich an dem, der ihm keinen Spielraum lassen will.«

Sie versuchte sich wieder an ihn zu schmiegen.

»Aber es ist doch meine Schuld, nur meine. Du hast mich ja gebeten ein anderes Pferd zu nehmen. Wie kannst du mir verzeihen. . . .«

Er zog sich hartnäckig vor ihr zurück.

»Du willst den Kopf verstecken, damit du mich nicht siehst. Aber habe keine Angst, du brauchst diese Vogelscheuche nicht dein ganzes Leben lang anzustarren. Ich bin länger mit meinem Verband herumgegangen als es nötig war. Ich konnte mich eben nicht entschließen, siehst du. Ach, meine Morgen . . . man ist so feig im Bett! Aber jetzt bin ich fertig, jetzt habe ich meinen Entschluß gefaßt . . . ich reise . . . .«

Sie wollte seinen Arm nicht loslassen.

»Nein, nein, nein«, jammerte sie.

»Ich stelle dich vor keine Alternative. Ich befreie dich ganz und gar von der Unannehmlichkeit zu wählen. Ich reise morgen. Ich wollte dir dies ersparen, nur verschwinden, ohne weiteres . . . . Aber dann, dann konnte ich doch nicht. . . .«

Ein Leuchten des Zorns kam in ihre Augen. Sie stand hoch aufgerichtet mit feuchten Wangen da.

»Wie kannst du nur so etwas sagen? Wie kannst du so grausam sein? Es handelt sich doch nicht nur um dich sondern auch um mich. . . .«

»Verzeih mir! Ich fasse mich kurz. Meine Stimme gehorcht mir noch nicht recht. Aber ich habe Zeit gehabt über das nachzudenken. . . . Bis in jedes Detail. Ich habe ein bißchen in die Zukunft geblickt, siehst du. Ich weiß genau, wer ich bin, ein schwerfälliger, grober Geselle, im Vergleich mit dir. Gerade deshalb liebe ich deine lichte Schönheit. Ich habe eine so schmerzliche, angstvolle Zärtlichkeit für sie. Welches Wunder, welches Märchen ist sie in diesem harten Leben. Aber wenn du mich heiraten würdest, könntest du dann die bleiben, die du bist, und die ich liebe? Wenn ich nur daran denke, wie jeder Nerv in dir gegen diese Grimasse reagieren muß! Und denke dir nicht in einen Salon treten zu können, nicht mit mir auf der Straße spazieren gehen zu können, ohne zu sehen, wie jeder Blick sogleich an meiner grotesken Maske hängen bleibt. Mitleidige Mienen, Lächeln, Achselzucken! Welch ungleiches Paar! Ah, es wäre dir schließlich eine unerträgliche Qual! Und wie würde ich selbst werden, bei meinem Temperament! Du ahnst nicht, wie unheimlich empfindlich ich bin. Ich kann schon tief leiden, unter einer mißachtenden Pointe über meinen Beruf in einem Witzblatt. Und jetzt . . . Ich werde vergrämt, vorzeitig alt werden. Ich werde mich in meine Schale verschließen, härter, unzugänglicher, einsamer werden, mit jedem Tag. Du wärest zu einer Nachtexistenz verurteilt. Ein solcher wie ich will nicht in der Sonne gehen. Ich will nicht sein, wo man gesehen wird.«

Sie hielt sich die Ohren mit den Händen zu und schüttelte verzweifelt den Kopf.

»Sprich nicht so viel! Sage nicht, daß du etwas von der Zukunft weißt! Ich weiß nur, daß ich . . . . . daß ich deine Frau werden muß . . . . . jetzt mehr denn je. . . . .«

»Du willst meine Frau werden, aber du wagst mir nicht ins Gesicht zu sehen! Es würden nicht viele Jahre vergehen, und du würdest mich hassen. Einen Mann mit meinem Gesicht, den liebt man nicht, den haßt man. Ah, das Äußere ist eine furchtbare Macht, wenn dein gutes Herz es auch nicht einsehen will. Kann denn überhaupt ich noch lieben? Lieben ist doch nehmen und geben. Was kann ich jetzt geben?«

»Du sprichst nicht die Wahrheit«, rief sie. »Das ist eine Lektion, die du dir eingelernt hast, um dich selbst zu quälen. Du bist mein alter, lieber, lieber Stefan. Ich will dich heiraten. Wir wollen uns gleich aufbieten lassen. Ich sehne mich danach deinen lieben Namen zu tragen! Wie kannst du mir eine solche gemeine Undankbarkeit zutrauen! Du hast mir das Leben gerettet. Du bist mein Ritter und Mann!«

Er bäumte sich wie unter einem Peitschenhieb.


»Dankbarkeit? Ich will nichts aus Dankbarkeit haben! Deine Liebe liebte ich. Ich bin zu stolz, um das Gnadenbrot anzunehmen. Keine Almosen! Ich verstehe, es wird dir schwer. Du kommst dir falsch, treulos, undankbar vor. Aber sage du mir lieber gleich ehrlich Lebewohl. Mit mir hat es keine Not. Ich interessiere mich für meinen Beruf, ich gehe in ausländischen Dienst, irgendwohin, wo es wirklich etwas gilt . . . . . französischen, zum Beispiel . . . . . Dazu kann mein Gesicht noch taugen, um Marokkaner damit zu schrecken. . . . . Bilde dir nur nicht ein, daß ich den Tod suche! So romantisch bin ich nicht. Aber ich passe jetzt am besten in etwas unruhige Gegenden, da kann man sich wenigstens einbilden, daß ich meine Blessur in einem Kampf abgekriggt habe.«

Es war jetzt beinahe dunkel. Sie waren an das Ende des Gartens zum See gekommen. Mit bohrender Angst empfand sie ihren furchtbaren Mißgriff von Dankbarkeit gesprochen zu haben. Sie war gerührt durch seine stolze Hochsinnigkeit. Denn sie wußte, daß es Hochsinnigkeit war. Aber gleichzeitig verletzt wie eine Verschmähte. Sie umklammerte seinen Kopf mit ihren Händen, sie versuchte ihm in die Augen zu sehen, mit einem Gesichtsausdruck, in dem keine forschende Angst war, nur Zärtlichkeit. Und sie fühlte tief in ihrem Fraueninstinkt. Wenn sie ihm jetzt helfen, ihm jetzt gut tun wollte, da waren ihre letzten Ressourcen nötig, das volle, hingebende Opfer. Sie sank auf eine Bank unter den Eschen der Gartenecke, und zitternd vor Scham über sich selbst fühlte sie, wie sie den Kopf zurückbog und die Augen schloß und ihn an ihre Brust zu ziehen suchte. Sie war ganz kalt vor Schreck und wagte nicht die Augen aufzuschlagen, als er sie heftig emporzog und seine Hand aus der ihren riß. Aber da hörte sie seine Stimme, plötzlich gebrochen, dicht an ihrem Ohr.

»Vielleicht gibt es einen Ausweg«, stammelte er. »Es ist jetzt dunkel. Du siehst mich nicht! Willst du mir eine . . . . . eine große, eine gefährliche Gabe geben, ehe ich reise? Etwas, um daran zurückzudenken in all den Demütigungen, die meiner harren? Vielleicht könntest auch du dann mit weniger Unruhe und Qual an mich zurückdenken. Darf ich dich zum Pavillon auf der Insel rudern? Dort habe ich deinen ersten Kuß bekommen. . . .«



## HERBERT MHE · ÜBER DIE KRITIK

 S ist nicht ganz einfach das Fremdwort *Kritik* präzise und klar zu übersetzen. Jedermann gebraucht es; in allen Untersuchungen schönwissenschaftlicher und künstlerischer Fragen ist es zu finden. In unserer, an allem Problematischen nur zu sehr interessierten Zeit schwirrt es herum wie die Worte *Kultur* und *Synthese*. Jeder halbwegs Gebildete übt mit mehr oder weniger bewußter Leidenschaft Kritik, von einem Wesen und in einer Weise sich äußernd, mit einer meist unklaren Anschauung ihrer Aufgabe, daß mit jedem Individuum der Begriff wechselt.

Aber nicht nur der Laie besitzt seine ihm eigentümliche Auffassung über den Sinn des Wortes. In den zwei Gebieten, in die wir im allgemeinen die Geistestätigkeit des Menschen zu sondern pflegen, in der Wissenschaft und der Kunst, besitzt Kritik über eine gänzlich von einander verschiedene Bedeutung. Kritik heißt Prüfung, wenn man nach einer sachlichen Übersetzung strebt. Ich kritisiere eine technische Leistung, eine Philosophie, ein Kunstwerk heißt: ich prüfe die mir gestellten Objekte. Prüfung oder, weniger prägnant, Beurteilung ist also ein Wort, das, an Stelle des fremden gesetzt, jene ursprünglichsten und auf jedem Gebiet fundamental gültigen Ausdruckseigenschaften besitzt, die individuelle Varianten der Auffassung nicht zulassen. Eine Prüfung setzt aber unter allen Umständen einen Maßstab voraus. Ohne diesen Maßstab, sei es nun meine Individualität, die Vernunft, die Vorstellung, die Logik, das Gefühl oder sonst irgendetwas, vermag man nicht zu prüfen. Es ist ohne weiteres klar, daß die Verschiedenartigkeit der Auffassung und Äußerung der Kritik ihren Grund in der Vielfältigkeit der angewandten Maßstäbe besitzt. Abgesehen von der immer gleichen Logik, der Prüfung eines Objekts von einem Standpunkt aus, liegt also das Wesen der Kritik in einer unendlichen Fülle von Varianten, die zu bewältigen vollkommen aussichtslos sein müßte, ließen nicht gewisse Übereinstimmungen eine, wenn auch grobe und etwas willkürliche Einteilung zu.

Den primitivsten Maßstab des kritischen Urteils und der Prüfung wendet der Laie, besser gesagt: der *Gebildete*, der Durchschnittsmensch an. »Die Quelle alles Wohlgefallens ist die Homogenität«, sagt Schopenhauer in seinen *Parerga und Paralipomena*. Danach richtet sich ganz der Laie. Wie die Natur, die Erziehung, die Zufälle seine Individualität bildeten, wie seine augenblickliche Meinung es gebietet, so ist der Standpunkt, von dem er ausgeht. Eine, und zwar seine, durch keinerlei Zweifel und Selbstbetrachtung beirrte Subjektivität kritisiert. Man stützt sich auf die Logik, solange man sie zu gebrauchen weiß und sie die immer vorher schon gefaßte Meinung unterstützt, um sie zu verlassen und die Hilfe beim Gefühl zu suchen, sobald die Lage unsicher zu werden scheint. Der Laie gibt vor, ehrlich und überzeugt, da sein in sich befangenes Wesen nicht allzuoft von Zweifeln bedrängt wird, objektiv zu sein; und nennt dann Objektivität die mit ihm zufällig übereinstimmende Allerweltsmeinung seiner Gattung. Er stößt alles, was ihn außer Fassung bringt, wozu sein Verständnis nicht ausreicht, von sich; denn, da er seine *Individualität* als Konstante annimmt, deren natürliche Veränderungen er nicht bemerkt, so ist alles, was über diesen seinen *vollkommenen* und scharf begrenzten Maßstab herausgeht, undiskutierbar und der Ablehnung würdig. Nie fragt er vor Dingen, die er nicht versteht; sehr

selten ist er unsicher, und das hat seine Kritik dann abzuwehren. *Subjektivität* ist ein Begriff, der nicht einmal für ihn zutrifft, wie *Individualität* auf ihn angewandt nur in Gänsefüßchen zu setzen ist; denn beide Worte besitzen einen edlen, lebendigen Sinn, der nichts mit einem Egozentrum gemein hat, das sich weder bewußt noch klar äußert, vielmehr instinktiv arbeitet. Der unechte Besitz an Bildung, die schlecht verhehlte Äußerlichkeit der Selbstauffassung und ihres Lebens, alles dies, was den sogenannten *Gebildeten* unerträglich macht als das größte Philisterium, zeigt sich recht klar und greifbar in der Ausübung seines Urteils. Der *ungebildete* Arbeiter auf den diese *Gebildeten* lächelnd zu schauen gewohnt sind, besitzt sehr oft eine weitaus wertvollere Art der Kritik. Auch er hat naturgemäß den primitivsten Maßstab seiner Subjektivität. Aber, da er von halberstandenen Büchern und Essays nicht befangen ist, hegt er nicht die eitle Überzeugung eine vollkommene Persönlichkeit zu besitzen. So fragt er viel eher, wo er nicht versteht, anstatt abzuurteilen, und besitzt *in nuce* einen Wert, dessen der wahre Kritiker, als dem Fundament des wirklichen Urteils, sich erst durch die Hemmungen der Umgebung klar bewußt werden muß.

Es versteht sich von selbst, daß alle Gattungen der Kritikübenden, von denen hier gesprochen wird, nur Fiktionen sind, die im natürlichen und regellosen Leben in eine Fülle von Varianten, nach oben und unten aufgelöst zu denken sind. Als eine solche Variante des Laientums, zum kritischen Wissenschaftler hinzielend, sei kurz der höhere Schüler und angehende Student betrachtet, dessen Art des Urteils merkwürdige und interessante Eigentümlichkeiten besitzt. Vollgepfropft von einer außerordentlichen Vielseitigkeit historischer, philologischer und naturwissenschaftlicher Einzelheiten, sucht der junge Mensch der Fülle irgendwie Herr zu werden. Er entledigt sich dieser rein intellektuellen Beschwerung durch das Urteil. An Systeme gewöhnt, sucht er alles irgendwie zu rubrizieren, und seine Kritik äußert sich durch Einordnen einer Erscheinung in Ober-, Unter- und Nebenklassen. Meist aus den *gebildeten* Kreisen stammend, hat er ihre unzureichende Befangenheit des Urteils vollkommen erkannt. Ihm bietet die humanistische Dialektik stärkste Handhabe jeden seiner schwachen Gegner niederzukritisieren. So erscheint ihm selbstverständlich, daß jede Prüfung von dem Maßstab einer logisch entwickelten Objektivität ausgehen müsse, und Subjektivität läßt er unter keinen Umständen zu, denn offen oder heimlich verachtet er sie. Er ist nicht klarsehend genug zwischen befangenem, unklarem und lebendigem Persönlichkeitsurteil zu unterscheiden. Rasch wie er urteilt, verachtet er es überhaupt. Sein Dasein, gewissermaßen gesetzlos durch die noch fehlenden Pflichten und Aufgaben eines Berufs, zu dem er sich heranbildet, besitzt noch nicht die markanten Umrisse, deren es bedarf, um seine sachliche Geltung zu erlangen. Dieses peinigenden Gefühls Herr zu werden, früher als der natürliche Gang der Entwicklung es zuläßt zu einem ersehnten Schluß zu kommen, nimmt der Jüngling mit der ihm eigenen leidenschaftlichen Energie um jeden Preis zu allem Stellung. Mit sich selbst im geheimen unzufrieden, seiner Unzulänglichkeit bewußt, entdeckt sein scharf gebildeter Verstand in jedem Ding Fehler, Momente, die seiner logischen Kritik Blößen geben. Von Standpunkt zu Standpunkt eilend, wie seine wachsende Erziehung und Ausbildung sie heute ergreift und morgen vertauscht, klettert er weiter und höher, langsam und unbewußt die scholastische Logik und *Objek-*

*tivität* seiner Kritik mäßigend. Bis er dann endlich einen Punkt seiner Entwicklung erreicht, wo ihm die Irrationalität und Bedingtheit der Erscheinungen und des Lebens aufgeht, und nun sein Urteil lebendige Maßstäbe ergreift, die Geltung besitzen können. In diesem Augenblick aber hat er begonnen in der Allgemeinheit seinen Wert zu umzeichnen, den er bis dahin unaufhörlich, übertrieben und übereilt vielfältig nur skizzierte. Wie nun seine Veranlagung es gebietet, bildet er sich zum praktischen oder ideellen Wissenschaftler, zum Künstler oder Schöngeist aus.

Der Wissenschaftler, praktischen oder geistigen Aufgaben zugewandt, geht in seinem Urteil über die für ihn wichtigen Probleme vom Maßstab der Objektivität aus, logisch seine Untersuchungen begründend, wie es die natürliche Eigentümlichkeit eines Gegenstands der Wissenschaft fordert, die sich stets auf den Grundlagen der Vernunft und des Intellekts entwickelte. Der Maßstab des gereiften und wahren Wissenschaftlers unterscheidet sich nur dadurch von den unfertigen und unbedingten kritischen Folgerungen des Studierenden, daß er die Bedingtheit seines, dem Geist scheinbar unangreifbar entwickelten Urteils im Grunde klar zu bemerken weiß. Er äußert sich, *als ob*; mit diesem tiefsten Sinn aller menschlichen Geistestätigkeit, die Vaihinger endlich einmal in einer bewunderungswürdigen Untersuchung uns zum klarsten Bewußtsein gebracht hat. Es würde weit über den Rahmen dieser Untersuchung hinausgehen die besonderen Eigentümlichkeiten des kritischen Maßstabs jeder Fakultät zu betrachten. Nur die prägnantesten Formen der Kritik in der Allgemeinheit durchzugehen ist die gestellte Aufgabe. Und da die Anschauung besteht, die Philosophie, als die Betrachterin alles Geistigen, fasse oder habe die Aufgabe theoretisch alle Ergebnisse des vielfältigen Zielen zugewandten menschlichen Erkenntnisdranges zusammenzufassen, so mag die kurze Feststellung ihrer hauptsächlichsten und Modernen angehenden Kritikäußerungen genügen.

Kant ist der Begründer jener Schule, die fachlich *Kritizismus* genannt wird. Seine historische Stellung wird erklärt als der Vermittler der Gegensätze des Dogmatismus und Skeptizismus, Rationalismus und Empirismus. Durch den Versuch kritisch über Umfang, Grenzen und Möglichkeit der Erkenntnis Klarheit zu geben und eine Synthesis zu schaffen hat Kant seine tiefe Wirkung geübt. Die Art dieser Kritik besitzt rein äußerlich die wichtigen Merkmale, daß sie suchend vorgeht, nicht von einseitig Bestehendem ausgeht; daß sie am Ende einen positiven Neuwert schafft und sich nicht mit einer ziellosen Anwendung eines maßstäblichen Standpunkts begnügt. Sie hat sich gefragt, wozu sie mit ihrer Tätigkeit nütze; sie übt sich nicht in spielerischer, sinnloser Anwendung, ihre Berechtigung höchstens im Lustgefühl menschlicher Äußerung oder im Verteidigen und Schutzsuchen bedrohter individueller Anschauungen findend, wie die Kritik der bisher behandelten Typen sich allein begründen konnte. Sie will schaffen und tut es in überwältigendem Ergebnis; und bringt nebenbei die Erkenntnis, daß die Kritik Zweck haben müsse. Sie beweist, daß kritisch sein nicht nur negativ sein kann sondern auch positiv; sogar, daß sie dies sein muß. Oberflächlich bezeichnet, ist Kants Prüfungsmaßstab die Vernunft, seine Anschauung ein Rationalismus, der seinen eigenen Grenzen skeptisch gegenübersteht; also wiederum die Irrationalität im tiefsten Grunde fühlt und sich *als ob*, abgesehen von den, dem schärfsten Skeptizismus widerstehenden Schlüssen der Logik, bei



der Aufstellung der ersten Behauptung betätigt, wie es Vaihinger nachgewiesen hat.

Auf Kants Kritiken der reinen und der praktischen Vernunft wie der Urteilkraft sind Kritiken philosophischer Probleme, von gleicher Art des Maßstabs und der Äußerung gefolgt. In unseren Tagen Cohens Kritik des reinen Gefühls, Machs Kritik des Ich, schließlich auch Mauthners Kritik der Sprache, prüfend, wie weit dies Medium der Mitteilung sich dem auszusprechenden Gedanken gefügig zeige. Wichtig für uns ist das Ergebnis, daß die philosophische Kritik seit Kant mit kritischer Skepsis der Mittel selber sich äußert. Daß der Maßstab der Objektivität, der Vernunft oder des Verstandes in Pascals Weisheit immer noch die Bedingtheit findet und durch das *Als ob* positive Ziele zu erreichen weiß.

Wir haben den Laien und den Philosophen auf die Eigentümlichkeiten seiner kritischen Äußerungen hin betrachtet. Zwei wichtige Repräsentanten der Kritik in der Allgemeinheit des geistigen Lebens bleiben noch zu erfassen: der *Schöngeist* und der *Kritiker*. Begeben wir uns dabei auf das Gebiet der bildenden Kunst, da hier die Entwicklung besonders deutlich zu erkennen sein wird. Unter der oberflächlichen Bezeichnung *Schöngeist* sollen jene Persönlichkeiten zusammengefaßt werden, die, als Künstler, Dichter, Ästhetiker, sich vornehmlich mit der Philosophie der Kunst, den Gesetzen der Kunstbetrachtung und des Schönen beschäftigten. Bei ihnen allen ist das besondere Merkmal die Leidenschaft ihrer kritischen Tätigkeit. Der Begriff des *Kritikers* verbindet sich teils mit dem *Schöngeist*, teils steht er getrennt; wiederum ist der *Schöngeist* auch im Kreis der Wissenschaft zu finden. Die Grenzen selbst theoretisch ganz klar zu ziehen wird also nicht möglich sein.

Die Kritik des Wissenschaftlers, als deren Repräsentanten der Philosoph betrachtet wurde, hat die Eigentümlichkeiten ihres Maßstabs in einer streng bemühten Objektivität, die sich mathematisch-logisch zu äußern sucht; aber dennoch die Skepsis gegen ihre kritischen Voraussetzungen nicht vergißt. Der *Schöngeist* unterscheidet sich in seinen Prüfungen und Urteilen dadurch vom Wissenschaftler, daß er weniger vom Verstand als von der Empfindung ausgeht. Er urteilt weniger nach rationellen Untersuchungen als nach intuitiven; und äußert seine Kritik sehr selten klar, vielmehr indirekt. Er sucht das Wesen des Gegenstands seiner Prüfung zu ergründen und sucht aus ihm sich seine Gesetzmäßigkeit zu bilden. Mit unendlicher Feinfühligkeit, die etwas Schöpferisches besitzt, sucht er den Sinn des Kunstwerks, der Lebensäußerung in das Medium einer bis ins letzte getriebenen ausdrucksfähigen Sprache zu übersetzen. Die Goncourts, deren Wesen uns heute noch entzückt und hinreißt, haben diesen Satz gesprochen: »Um ein Kunstwerk schätzen und beurteilen zu können, bedarf es mehr als des Geschmacks, bedarf es eines Charakters. Damit die Bewunderung unabhängig sein kann, müssen es auch die Gedanken sein.« Seit den Goncourts, die die Kunst wie eine Geliebte in den Armen trugen, sie mit ihren Schönheiten und Schwächen besitzen wollten und die Leidenschaft besaßen alles, was sie fanden, auszudrücken, hat die Kunstkritik, selbst die kunsthistorische Betrachtung einen besondern Weg genommen. Die Kunst selbst fand durch die Goncourts sich zum *L'art pour l'art*; nun wollte sie von Schöngeistern, ja Künstlern geprüft und beurteilt sein, und noch auf eine besondere Art der Äußerung. Die Goncourts schufen eine neue Kritik, und ein Geschlecht von Schöngeistern,

Dichtern, Künstlern ist ihnen gefolgt. Da ist Delacroix, in dessen Tagebüchern sich der Satz findet, den heute Kandinsky und der *Blaue Reiter* für sich benutzen: »Die meisten Schriften über Kunst sind von Leuten verfaßt, die keine Künstler sind, daher alle die falschen Begriffe und Urteile. Ich glaube, daß jeder Mensch, der eine anständige Erziehung genossen hat, ziemlich über ein Buch sprechen kann, aber durchaus nicht über ein Werk der Malerei oder der Plastik.« Delacroix durfte gelassen diese Ansicht hegen; denn seine an Goethe mahnende Universalität und Tiefe der Betrachtung hat Aufsätze über Poussin und andere Maler entstehen lassen, die jene, aus der umgrenzten Subjektivität notwendige Einseitigkeit der meisten schreibenden und kritisierenden Künstler umging. Whistler, der ähnliche Ansichten von malerischer Kritik aufstellte, ist immer das warnende Gegenbeispiel Delacroix' geblieben. Neben Zola hat vor allem Baudelaire Kunstkritik geübt. In einem Aufsatz von 1846 *Was nutzt uns die Kritik?* spricht er zuerst die Idee von der Kritik als Kunst aus und verwirklicht diesen seit den Goncourts latenten Gedanken. »Ich halte . . . für die beste Kritik diejenige, die unterhaltend und dichterisch ist; nicht jene kalte algebräische, die alles zu erklären vorgibt. . . Der beste Rechenschaftsbericht von einem Bild wird ein Sonett oder eine Elegie sein.« Baudelaire hat das für sich verwirklicht; nicht nur in seinem wundervollen Sonett auf Delacroix' *Tasso im Gefängnis*. Théophile Gautier hat diese Idee in seinen literarischen Kritiken bewiesen. Walter Pater ist Baudelaire in seinen Gedanken in England gefolgt. Die poetische Rhapsodie auf die *Gioconda* ist berühmt. Oscar Wilde hat die Baudelaire'sche Behauptung in seinen *Fingerzeigen* durch den raffinierten und paradoxen Dialog *Kritik als Kunst* verkündet und hat dort gesagt: »Kritik ist eine schöpferische Kunst. Ich würde die Kritik ein Schaffen aus Geschaffenem nennen.« In unseren Tagen finden wir diese Idee bei Alfred Kerr. Im *Neuen Drama* sagt Kerr unter der Einkleidung der *Davidsbündler*: »Der wahre Kritiker bleibt für mich ein Dichter: ein Gestalter.« Diese Gattung der Kritik war schöpferisch oder wünschte es zu sein. Ihr Maßstab zur Prüfung war eine bedeutungsvolle Subjektivität. Damit rühren sie dicht an den Urteilsstandpunkt des Laien, sich nur (aber darin auch weit) durch das Adjektiv *schöpferisch* unterscheidend.

Der Typus des Schöngestes unter den Wissenschaftlern, mit seinen Ideen über die Kritik ebenfalls auf die Goncourts zurückgehend, beginnt mit Taine. Die Prüfung, die hier vornehmlich historisch ist, hat sich aus der sensitiven, gewissermaßen übersetzenden kritischen Art der Goncourts hier die Theorie gebildet, daß »in jeglicher Zeit die Kunstwerke nach einem allgemeinen Gesetz entstehen, das heißt die genaue und notwendige Wechselbeziehung, die man stets zwischen einem Werk und einer Daseinssphäre antrifft«. Die historische Kritik Taines geht gewissermaßen empirisch konstatierend vor, nicht irgendwelche ästhetische Gesetze zum scholastischen Maßstab aufstellend. Richard Muther ist ihm darin in Deutschland gefolgt. Georg Brandes wandte die Art auf den literarischen Gegenstand an.

Aus diesem Typus des Schöngestes hat sich der Kritiker entwickelt. Die öffentliche Prüfung künstlerischer Werke, die der Schöngest, war er nun selber Künstler oder Wissenschaftler und Historiker, gewissermaßen als Nebenaufgabe vollzog, wuchs sich zu einem vollständigen Beruf aus, der sich auch auf andere Gebiete der Kultur, der Politik, des Sozialen, der Religion

ausbreitete, Varianten, die in ihren Einzelheiten zu verfolgen unnötig ist: denn das Typische ist dem in der Kunst entwickelten Kritiker nahezu vollkommen gleich. Die treibenden Momente zu der historischen Umbildung des Typus *Schöngeist* in den *berufenen Kritiker* lagen zum Teil in einer revolutionären Erneuerung der Kunst: des Impressionismus in der Malerei, des Naturalismus in der Literatur, Wagners in der Musik. Diese Ideen brauchten Verkünder, um sich gegen das Beharrungsvermögen des Laien und den Konservatismus der zünftigen Kreise durchzusetzen; eine agitatorische Arbeit, die den ganzen Mann erforderte, der sie zu übernehmen Willen und Leidenschaft besaß. Der Maßstab, den dieser Kritiker für seine Prüfungen anlegte, war naturgemäß die Idee, die er propagierte. Er äußerte sich mit der subjektiven Logik seiner Individualität. Und das erfolgreiche Ergebnis seiner Tätigkeit beweist seine suggestive Kraft und die Lebendigkeit der Idee. Die Kritik jedoch auch weiterhin als eine Art neuen Berufs zu betrachten ist eine ungerechtfertigte und schädliche Anschauung, die Irrtümer in Massen in sich birgt.

Kritik als Beruf zu üben schließt eine übernommene Verpflichtung ein; läßt andererseits die selbstverständliche Voraussetzung zu, der Maßstab und die Äußerung eines berufenen Urteils seien die absolut richtigen. Unter allen Formen geistiger Tätigkeit besitzen wir nur die eine des juristischen Richtens, die ihren Forderungen nachkommt. Der Richter urteilt nach dem theoretisch (allerdings nur theoretisch) klar umgrenzten Maßstab des Gesetzes: daß er die Befugnis besitzt nach seinem Ermessen Varianten in der Anwendung zu schaffen, ist durch die Vielseitigkeit des Lebens bedingt, auf die eine absolute abstrakte Formel zu legen nicht möglich ist. Diese Abweichungen sind jedoch für die augenblickliche Untersuchung belanglos. Wichtig ist, daß die geschützte Urteilsausübung des Richters, nach dem Maßstab des Gesetzes, eine Form ist, der die berufene Kritik ähnlich sein will. Aber der Kritiker besitzt solchen Maßstab für seine Prüfung gar nicht. Daher kann sein Bestreben die absolute Wahrheit seines Urteils annehmen zu lassen nur lächerlich wirken. Dies ließe nun das Urteil zu, mit dem Kritiker als Beruf sei überhaupt die öffentliche Kritik abgetan. Und doch wäre das sehr vorschnell gedacht. Denn die Kunst, die Wissenschaft, die Kultur, kurz alle geistigen und lebendigen Dinge brauchen einen Mentor, der sie der Allgemeinheit, dem Laien nahebringt; in dieser Tätigkeit sei der Schriftsteller zu denken. Da aber alle menschliche Äußerung ohne Urteil sich nicht vollziehen kann, so wird sie ohne Kritik nicht denkbar sein. Der Schriftsteller, der die Vermittlung des Verständnisses eines Gegenstands übernimmt, ist am reinsten als ein Laie zu denken, der aus Leidenschaft die nun einmal dafür erforderlichen Studien und Bildungen seines Geistes getrieben hat. Er würde also gewissermaßen in seinem Fach (Kunst, Wissenschaft oder sonstwie) eine Art einseitiger *idealer Laie* sein. Da er urteilen muß, wenn er betrachtet, so kann der Maßstab seiner Kritik ebenfalls nur dem des Laien ähnlich sein. Das wird also Subjektivität bedeuten.

Welcher Art nun die Subjektivität beschaffen sein muß, wird den Schluß dieser Betrachtungen bilden. Vorerst mögen noch kurz an das Wesen des nicht berufsmäßigen Kritikers die Merkmale seiner Tätigkeit angeschlossen werden. Wenn vom Kritiker verlangt wurde, daß er aus seiner Tätigkeit keinen ausschließlichen Beruf mache, der vielmehr irgendein praktischer

oder ein ideeller wie der des Künstlers, Dichters oder Wissenschaftlers sein kann, so heißt das, daß er Kritik aus dem Drang eines sich und andere bildenden Willens übt. Seine Äußerungen können und wollen nicht in seiner ganzen Entwicklung ihn bindende Proklamationen sein, wie er sich nicht der Meinung hingeben kann absolut allgemein gültige Regeln auszusprechen, das *Richtige* aufzustellen. Er besitzt seine naturgemäße Weiterbildung, die sein Urteil spiegelt, wie jeder Mensch sie bis zu seinem Tod besitzt. Welches aber nun sind die Bedingungen, die Eigenschaften, die einen Menschen zur öffentlichen Kritik zulassen können, die eine Beschäftigung der öffentlichen Meinung mit seiner individuellen Anschauung rechtfertigen? Es ist das Bewußtsein der Aufgaben der Kritik und der zu erreichenden lebendigen Ausbildung der Individualität; natürlich auch die Fähigkeit sich in wenigstens erträglichem Maß äußern zu können. So bleibt als Letztes das Wesen der wahren Kritik und der lebendigen Individualität zu betrachten.

Jede Kritik hat mit Selbstkritik zu beginnen. Sie hat sich ihrer durch den natürlichen Sinn des Lebens bedingten Unzulänglichkeit bewußt zu sein, sie darf sie niemals verhehlen. Sie muß sich kennen, wenigstens kennen lernen wollen, sie darf nicht blind in ihrem Urteil sein, wie es der Typus des *gebildeten Laien* und des jugendlichen Studierenden ist, der sich mit sich selber noch allzusehr herumschlägt. Sie muß Mißtrauen gegen Maßstab und Mittel besitzen, wie es selbst Kant, der größte und klarste Geist, besaß. Die Kritik muß aber auch das Positive wollen. Das kann sie nur, wenn sie ihren selbstkritischen Maßstab nun voll einzusetzen sich bemüht, wozu ihr die Philosophie des *Als ob* das Recht gibt, und wie es das natürliche Leben verlangt. Ob sie nun logisch und objektiv oder gefühlsmäßig und intuitiv sich äußert, je nachdem der Gegenstand des Urteils Kunst, Wissenschaft oder sonst etwas ist, wird nun eine sekundäre Frage, ohne jedoch belanglos zu sein.

So läuft Kritik letzten Endes auf das ethische Prinzip hinaus, wie alles wahrhaft Lebendige.

XX

## PAUL DIESTEL · DIE ANLAGE DER GEWERKSCHAFTSGELDER



ER je in der Lage war über die Anlegung von Gewerkschaftsgeldern zu entscheiden, und das sind nicht wenige, der wird des öftern empfunden haben, in welchen Widerstreit man sich dabei begibt. Während nämlich der Hauptteil der Verbandsgelder zur Deckung der laufenden Ausgaben verwandt wird, also direkt im Dienst der Mitgliedschaft arbeitet und dort eine emsige Tätigkeit auslöst, führt jener Teil, der hier vornehmlich unter Augen genommen werden soll, und der als Ausgleichs- und Reservefonds das Vermögen der einzelnen Gewerkschaft bildet, oft jahrelang ein behäbiges Dasein in den Depositenkassen einer Bank. Kein ruhmloses zwar, denn seine Höhe wird im Jahresbericht mit besonderm Interesse beachtet, und als Kriegsfonds gehört er gewiß nicht bloß zu den Imponderabilien im Gewerkschaftsleben. Aber bis zu den Zeiten der Not und des Kampfes, für die er gedacht ist, erscheint er jenem Hauptteil der Verbandsgelder gegenüber als brachliegend. Indes, auch dieser Reserve-

fonds setzt sich aus mühsam errungenen Arbeitergroschen zusammen und wiegt als solcher schwerer als mühelos *verdientes* Kapital eines Rentners.

In dem Bestreben auch diese Gelder intensiver den Zwecken der Arbeiterbewegung dienstbar zu machen, fällt der Blick eines gewissenhaften Gewerkschafters ganz instinktiv auf die Genossenschaften. Aber die Scheu vor dem damit verbundenen Risiko hält ihn alsbald von weiteren Schritten in dieser Richtung ab, und nicht ohne Neid gedenkt er derjenigen, denen die Verbandsatzungen in solchem Fall eine mündelsichere Anlage der Gelder bestimmt vorschreiben: die brauchen, ja die dürfen nicht einmal sich Skrupel machen, wenn sie die Gelder der nächsten Kreissparkasse überweisen oder preußische Konsols dafür kaufen; zu alledem ist es so bequem. Nun hat Professor Staudinger gezeigt, wie töricht die Arbeiterschaft handelt, wenn sie auf diese Weise zu ihrer eigenen Ausbeutung beiträgt. Um den Charakter des kapitalistischen Zinses klarzumachen, sei hier ein von Staudinger in den *Nachrichten der Kulturgesellschaft Ernst Abbe* angeführtes Beispiel wiedergegeben:

»Spekulative Unternehmer haben außerhalb der Stadt Boden angekauft, neue Straßen angelegt und bebaut. In einigen der neuen Hinterhäuser wohnt auch ein fleißiger Arbeiter, der sich 500 Mark auf die Sparkasse zurückgelegt hat. Er bekommt dafür ganze 17,50 Mark Zinsen. Der Bauunternehmer, der die betreffende Häuserreihe baut, hat gerade von der selben Sparkasse Geld für die Hypotheken genommen. Er verkauft dann das Haus, in dem unser Arbeiter wohnt, mit einigem Nutzen. Nun kommt der neue Hausbesitzer und verlangt mehr Miete, verkauft dann wieder für den kapitalisierten Betrag der Miete, und der neue Besitzer steigert abermals. Eine schöne Wohnung im Vorderhaus wird so in 10 Jahren von 600 auf 800 Mark getrieben, und unser Arbeiter erhält in gleicher Zeit für seine Wohnung im Hinterhaus eine Steigerung von 160 auf 220 Mark. Er hat mit seinen 500 Mark Sparkassengeld die Wohnung bauen helfen. Für jene bekommt er nach wie vor seine 17,50 Mark Zinsen, er muß aber 60 Mark Miete mehr zahlen. So geht ihm nicht nur der Zinsertrag verloren sondern mehr als das Doppelte dazu. Er hat sich selbst jährlich 43,50 Mark aus der Tasche holen helfen. Parteien und Gewerkschaften sollten deshalb die Parole für alle Arbeiter ausgeben: Keinen Groschen in die Sparkassen, alles in die Genossenschaften! Zuwiderhandelnde schädigen sich selbst und erschweren die Arbeit der Arbeiterorganisationen. Die deutschen Sparkassen haben etwa 15 000 Millionen Mark Spareinlagen. Diese zu einem Drittel von den Ärmsten zusammengetragenen kolossalen Summen stehen dem Kapitalismus zur Ausbeutung der Massen zur Verfügung. Dies Kapital und das der Organisationen muß nach und nach den Genossenschaften zugeführt und damit der Zinsstreik proklamiert werden. Das würde schneller vorwärts helfen als alle Lohnstreiks.«

Wer etwa unter dem Eindruck solcher Beweisführung erneute Versuche unternimmt Gewerkschaftsgelder genossenschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen, wird dennoch, so wie die Dinge heute liegen, zu negativem Ergebnis kommen. 3 Gründe vor allem sind es, die gegen eine unmittelbare geschäftliche Verbindung der einzelnen Gewerkschaft mit Genossenschaften sprechen:

1. Das Risiko im Fall eines Mißgriffs ist für die einzelne Gewerkschaft beträchtlich, zumal es sich meist um nennenswerte Beträge handelt.
2. Es besteht die Gefahr, daß in Rücksicht auf örtliche Verhältnisse oder persönliche Anschauungen einzelne genossenschaftliche Unternehmungen bevorzugt werden, was den Interessen der über das ganze Reich verteilten Gewerkschaften insofern widerspricht als sie mit ihren Beiträgen wohl am Risiko beteiligt sind, dagegen keine Aussicht haben in ihrer Eigenschaft als Konsumenten respektive Genossenschafter an den Vorteilen genossenschaftlicher Einrichtungen teilzunehmen. Es wird dies zu andauernden Mißhellig-

keiten zwischen Mitgliedschaft und Verbandsleitung Anlaß geben, falls nicht von vornherein derartige Kapitalanlagen durch statutarische Bestimmungen verboten sind.

3. Eine sachverständige Prüfung und dauernde Kontrolle der genossenschaftlichen Anlage seitens der einzelnen beteiligten Gewerkschaftsleitung ist nahezu unmöglich; dazu fehlen in der Regel geeignete Kräfte.

Die beiden ersten Bedenken würden wesentlich eingeschränkt werden, falls man die Gewerkschaftsgelder, wie es neuerdings angestrebt wird, anstatt einer einzelnen Genossenschaft einer Genossenschaftsbank, beispielsweise der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, zuführen würde, um dieser alsdann die sachgemäße Verteilung der Gelder auf einzelne Genossenschaften zu überlassen. Nicht in gleichem Maß würde aber das letzte Bedenken gemindert werden; denn die Leiter einzelner Gewerkschaften werden den Vorschlägen und Maßnahmen der Genossenschaftsbank mehr oder minder blindes Vertrauen schenken müssen, da ihnen in den meisten Fällen in diesen Dingen die erforderliche Übersicht fehlt. Ohne natürlich der Genossenschaftsbank ein doloses Vorgehen unterschieben zu wollen, wird man doch annehmen können, daß sie ihre Interessen in den Vordergrund stellt und dabei die gewerkschaftlichen außer acht läßt; und diese Befürchtung muß wiederum auf seiten der Gewerkschaften zu einer Zurückhaltung führen, die, an sich vielleicht übertrieben, einem ersprießlichen Zusammenarbeiten nicht dienlich ist und Zustände zeitigt, die von den heute bestehenden kaum zu unterscheiden sind. Damit bliebe schließlich alles beim alten.

Man darf eben nicht vergessen, daß für die guten Spargroschen der Gewerkschafter sich jederzeit und allenthalben Liebhaber finden werden. Um so nötiger ist natürlich eine durchaus sachkundige Hand bei ihrer Anlage. Bisher hat man sich in den Gewerkschaften die Sache recht leicht gemacht und schematisch die Gelder Finanzinstituten überwiesen, die allgemein als vertrauenswürdig angesehen sind, und zwar nach *mündelsicheren* Grundsätzen arbeiten, den gewerkschaftlichen Bestrebungen jedoch indirekt entgegenarbeiten. Wir brauchen also eine Instanz, die einmal die finanzielle Isolierung der einzelnen Gewerkschaft beseitigt und zum andern die Gewerkschaftsgelder vornehmlich solchen Anlagen zuführt, in denen, wie bei den Genossenschaften, der dabei erzielte Profit wieder der Arbeiterschaft voll zugute kommt: Wir brauchen eine *Gewerkschaftsbank*. Es gilt nun zu zeigen, ob und inwieweit sie diesen Anforderungen gerecht zu werden vermag.

Eine Gewerkschaftsbank würde als erstes die Aufgabe haben den Geldverkehr sämtlicher Gewerkschaften an sich zu ziehen; sie wird also zunächst an die Stelle der verschiedenen Depositenbanken treten, mit denen bisher die Gewerkschaften arbeiteten. Die Gewerkschaftsbank gewährt auf die Einlagen eine Zinsvergütung etwa in gleicher Höhe wie unsere heutigen Staatspapiere; die Anlage der eingelaufenen Gelder bleibt ihr dagegen überlassen. Beträchtliche Spesen, die bei dem heutigen Verfahren jeder einzelnen Gewerkschaft aus Steuern, Provisionen usw. beim Ankauf und Verkauf von Wertpapieren entstehen, fallen fort, zumeist auch für die Gewerkschaftsbank, da dort durch den täglichen Zusammenstrom von Geldanweisungen und

-anforderungen ein nahezu völliger Ausgleich stattfinden wird. Je lückenloser die Gewerkschaftsbank den Kreis der Gewerkschaften umfaßt, desto vollkommener wird ihr Überblick über das gesamte Finanzwesen der Gewerkschaften werden, und damit wird sie in der Lage sein nicht nur eine verwaltende Tätigkeit auszuüben sondern auch ratend und helfend zur Seite zu stehen. Solche Beratung wird den Gewerkschaften insofern zugute kommen, als deren Führer vornehmlich ihrer sozialpolitischen, journalistischen und agitatorischen, seltener schon ihrer verwaltungstechnischen Befähigung wegen ausgewählt werden; selbst, wo einer oder der andere darunter speziell finanztechnische Fähigkeiten aufweist, wird ihm dennoch die nötige Routine hierin abgehen, denn schließlich ist das finanztechnische Gebiet der einzelnen Gewerkschaft immerhin begrenzt. Anders bei der Gewerkschaftsbank: Der tägliche Verkehr mit zahlreichen Gewerkschaften verleiht ihren Geschäftsführern eine Gewandtheit, die sie besonders geeignet macht den Gewerkschaften überall da, wo es gewünscht wird oder sich als notwendig erweist, mit Rat zur Seite zu stehen, beispielsweise bei der Aufstellung von Abschlüssen und Voranschlägen oder beim Erwerb von Grundstücken und dergleichen, bisweilen wohl auch auf rein verwaltungstechnischem Gebiet, wie Einführung von bewährten Kontrollsystemen usw. Vielleicht könnte ihnen ein für allemal das gesamte Kassenrevisionswesen übertragen werden. Es leuchtet ein, wie fördernd und erzieherisch vertrauenswürdige und durchaus sachverständige Berater in Dingen wirken können, die nicht eigentlich im Wesen des Gewerkschaftsführers liegen und ihn dennoch (oder vielleicht gerade deswegen um so mehr) bedrücken. In einer Reihe von Fällen aber wird die Gewerkschaftsbank es nicht nur bei ihrem bloßen Rat bewenden lassen sondern des weitern sogar finanzielle Hilfe leisten können, wenn nämlich eine Gewerkschaft etwa infolge einer größeren Aktion in schwierige Lage geraten ist. Die Gewerkschaftsbank ist durch ihren regulären Verkehr mit der betreffenden Gewerkschaft am ehesten in der Lage ihre finanzielle Leistungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit zu beurteilen, eventuell nach besonderer Prüfung. Sie ist außerdem mit dem Gewerkschaftsleben dermaßen verwachsen, daß sie sich dabei nicht lediglich von kaufmännisch-bureaukratischen Tendenzen leiten zu lassen braucht sondern die Imponderabilien im Gewerkschaftsleben, wie Solidarität und Opferfähigkeit, in gerechter Weise würdigen können. Selbst da, wo sie eigene Mittel nicht zur Verfügung stellen darf, wird es ihr unter Umständen möglich sein finanzielle Hilfe nahestehender oder verwandter Berufsverbände zu vermitteln sowie späterhin auch die planmäßige Tilgung der Verpflichtungen. Jedenfalls werden derartige gegenseitige Hilfeleistungen von Gewerkschaften unter einander durch Vermittlung der Gewerkschaftsbank sich ungleich leichter und diskreter bewerkstelligen lassen als heute.

So viel über den Verkehr zwischen Gewerkschaftsbank und Gewerkschaften. Was nun die Anlage der in der Gewerkschaftsbank zusammenströmenden Gelder anlangt, so könnte fürs erste alles beim alten bleiben: Mit ihrer Gründung findet also zunächst kein Sprung ins Dunkle statt, und schlechter als es bisher gewesen würde es damit auch noch nicht. Da die Gewerkschaftsbank die Anforderungen der Gewerkschaftspraxis durchaus in den Vordergrund zu stellen hat, so wird sie zunächst auf Sicherheit und Liqui-

dität ihrer Kapitalien achten. Beide Bedingungen decken sich überdies in der Regel. Die Liquidität der angelegten Kapitalien, die für die einzelne Gewerkschaft geradezu zwingend geboten ist, wird sich im Rahmen der Gewerkschaftsbank wesentlich leichter gestalten. Mit den dort regulär einlaufenden Geldern sämtlicher Gewerkschaften läßt sich schon ein tüchtiges Loch stopfen, und, da ja nicht alle Gewerkschaften gleichzeitig in größere Aktionen treten, so wird für die Anforderungen der einzelnen genügend Deckung aus laufenden Mitteln vorhanden sein, ohne daß sogleich auf den sogenannten *eisernen Bestand* zurückgegriffen werden muß. Was für den Alleinstehenden ein schweres Risiko bedeutet, das überwindet der auf seine Organisation Gestützte leicht und glücklich; das selbe Bild wiederholt sich hier im großen. Dieser Umstand ist im Grunde wohl auch der treibende Faktor für die neuerdings immer mehr Boden gewinnenden Zentralverbände, wie Metallarbeiterverband, Holzarbeiterverband, Transportarbeiterverband und andere mehr. Man könnte die Vorteile solcher Zentralverbände, soweit sie nicht noch auf anderen Gebieten liegen, in obiger Weise leichter und vor allem zwangloser erreichen.

Daß sich das Finanzwesen der Gewerkschaften im ganzen recht befriedigend entwickelt hat, besonders in letzter Zeit, dank der Opferwilligkeit ihrer Mitgliedschaften, daß ferner jeder einzelnen Gewerkschaft, man darf wohl sagen: gerade infolge ihrer Isoliertheit, ein strenges Verantwortlichkeitsgefühl für die finanzielle Tragweite ihrer Maßnahmen anerzogen worden ist, muß anerkannt werden. Jedoch ist nicht einzusehen, warum die Gewerkschaftsbewegung, nun, wo sie sozusagen aus den Kinderschuhen heraus ist, auf Vorteile und Erleichterungen verzichten soll, die schon für ihr eigenes Arbeitsgebiet mit der Einrichtung einer Gewerkschaftsbank verknüpft sind. Darüber hinaus erscheint es als Pflicht dafür zu sorgen, daß die unter erheblichen Opfern angesammelten Reservefonds der Gewerkschaften in jeder Hinsicht so vorteilhaft wie möglich im Dienst der Arbeiterinteressen wirken. Wenn man dies von der bisher üblichen Kapitalanlage nicht behaupten kann, wenn ferner direkte Verbindungen finanzieller Art zwischen einzelnen Gewerkschaften und Genossenschaften, wie oben gezeigt wurde, sich nicht empfehlen und vor allem in nennenswertem Umfang nicht bestehen, so wäre nunmehr zu zeigen, wie und in welchem Umfang ungefähr Gewerkschaftsgelder in genossenschaftlichen Unternehmungen angelegt werden könnten.

Die in der Gewerkschaftsbank ruhenden Gelder bilden den eigentlichen Kriegsfonds der Gewerkschaften. Es leuchtet aber ein, daß auch sie schließlich nur *sukzessive* in Angriff genommen werden, so daß die Gewerkschaftsbank, die ja eine höhere Warte für den Geldverkehr der Gewerkschaften darstellt, sehr wohl Unterschiede in der Liquidität ihrer Kapitalanlagen zulassen darf. Neben solchen, die täglich an der Börse gehandelt werden, unter anderm auch ein ganzes Arsenal von Aktien der verschiedensten Unternehmungen zur systematischen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf Generalversammlungen, wird sie Kapitalanlagen mit kürzerer oder längerer Kündigungsfrist haben. Wie weit man darin im einzelnen gehen darf, wird die Beobachtung und Erfahrung zeigen. Jedenfalls wird die Leitung einer Gewerkschaftsbank hierzu befähigter sein als einzelne Gewerk-



schaftsführer. Und endlich wird sie in die Lage kommen ohne allzu großes Risiko einen beträchtlichen Teil ihrer Geldmittel der Genossenschaftsbewegung dienstbar zu machen.

Vermutlich wird es sich auch da als zweckmäßig erweisen nicht unmittelbar mit einzelnen Genossenschaften sondern zunächst mit Genossenschaftsbanken in Verbindung zu treten. Eine Genossenschaftsbank, die nicht nur den Geldverkehr einzelner Genossenschäfter sondern zahlreicher genossenschaftlicher Unternehmungen, wie Konsum, Bau-, Produktiv-, Landwirtschaftsgenossenschaften, abwickelt, wird die Kreditfähigkeit im einzelnen Fall richtiger beurteilen, allein schon aus dem regulären Verkehr mit ihnen. Es zeigt sich hier ein ähnlicher Vorgang wie im Verkehr zwischen Gewerkschaft und Gewerkschaftsbank. Eine sehr bequeme Anknüpfung böte schon die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft. Sie steht naturgemäß in erster Linie mit Konsumgenossenschaften in Verbindung. Das ist besonders wichtig. Denn die großzügige Organisation des Konsums, des Warenabsatzes jeder Art ist Lebensbedingung auch für alle anderen Arten von genossenschaftlichen Unternehmungen. Das selbe Organisationsprinzip verleiht sich allenthalben im modernen Geschäftsleben mehr und mehr Geltung. Daher die Rabattvereine der Spezialgeschäfte, die Verkaufssyndikate, die Installationsgeschäfte oder Vertriebsgesellschaften der Elektroindustrie: ganz allgemein: die Tochtergesellschaften in Bankwesen, Handel und Industrie. Während hier aber die Gründungen zur Organisierung des Bedarfs und Absatzes sich als Tochterunternehmungen von *Großproduzenten* darstellen, wird für die Genossenschaftsbewegung in erster Linie der Ausbau der Konsumentengenossenschaften geboten sein, um ihnen dann, je nach Bedarf, Landwirtschafts-, Produktiv- und Baugenossenschaften anzugliedern, da diesen der offene Markt auf absehbare Zeit mehr oder minder verschlossen bleiben wird.

Es entsteht nun die Frage, unter welchen Bedingungen die Gewerkschaftsbank ihre Gelder den Genossenschaftsbanken zuführen soll. Diesen wäre zum Beispiel wenig geholfen, wenn die Gewerkschaftsgelder lediglich an die Stelle von Geldern treten würden, die ihnen jederzeit ohne Schwierigkeiten und zu dem selben Zins von Privatkapitalisten oder Banken und öffentlichen Kassen zur Verfügung stehen, also bis zur Grenze einer 1. Hypothek, das heißt bis etwa 50 oder 60 % vom Taxwert des Pfandobjekts. Allerdings würden damit die Gewerkschaftsgelder der direkten Botmäßigkeit des Kapitalismus entzogen, darüber hinaus würde aber den Genossenschaften kein nennenswerter Vorteil erwachsen. Die Genossenschaften mögen also tunlichst ihr Kreditbedürfnis aus Kapitalistenkreisen befriedigen. Damit spannen sie Gelder in den Dienst von Arbeiterinteressen, die sonst gegen diese arbeiten würden. Des weitern kann es durchaus nichts schaden, wenn auch Kapitalistenkreise finanziell auf Gedeih und Verderb mit den Genossenschaften verbunden sind; diese Verquickung der Interessen kann unter Umständen vor Gewaltstreichen gegen das Genossenschaftswesen abschrecken. Wesentliche Hilfe für die Finanzkräfte der Genossenschaften würde es aber bedeuten, wenn die Gewerkschaftsbank mit ihren Mitteln da einsetzen würde, wo Kredit von anderer Seite nur unter exorbitanten Bedingungen gewährt zu werden pflegt. Bisher haben sich die Gewerkschaften zumeist mit einer

geringen Verzinsung begnügt, wie sie für mündelsichere Kapitalien, etwa im Rang von 1. Hypotheken, üblich ist. Wer den genossenschaftlichen Grundsatz *Alles für das Ganze, und mein Vorteil nur durch das Ganze* ernstlich erfaßt hat, wird darauf verzichten von den Genossenschaften eine höhere Verzinsung zu erzielen, und so würden ihnen die Gewerkschaftsgelder, sei es nun gegen hypothekarische Sicherstellung oder Teilschuldverschreibungen, gegen eine Verzinsung zu Gebot stehen, die keinesfalls höher wäre als die der voranstehenden Hypotheken oder Verpflichtungen. Zweckmäßigerweise wird man dabei solche Darlehen nicht höher bemessen als die von den Genossenschaftlern selbst eingeschlossenen Gesamtanteile, um einer ungesunden Überspannung des Kredits zu steuern und das Verantwortlichkeitsgefühl der Genossenschaften rege zu erhalten. Gesetz beispielsweise den Fall, eine Genossenschaft beabsichtige den Erwerb eines eigenen Verwaltungsgebäudes im Wert von 100 000 Mark unter möglichster Schonung ihrer Betriebsmittel, so wird sie 50- bis 60 000 Mark von einer Hypotheken- oder Sparbank auf 1. Hypothek nehmen und weitere 25 000 respektive 20 000 Mark zu dem selben Zinsfuß von der Gewerkschaftsbank auf 2. Hypothek. Der Genossenschaft verbliebe dann nur noch die Restkaufsumme von 25 000 respektive 20 000 Mark aus eigenen Mitteln zu decken; das ist ein Viertel oder ein Fünftel der Kaufsumme neben geringerer Zinsverpflichtung als der sonst üblichen. Im ganzen würde also für die nächste Zeit für die Genossenschaften eine Verdoppelung ihres Aktionsradius zu erzielen sein, soweit wenigstens die finanztechnische Seite dabei ausschlaggebend ist.

Um ermessen zu können, welche Summen hierfür in Frage kommen, ist ein Blick auf den Vermögensstand der Gewerkschaften von Interesse. Der Jahresabschluß von 1911 (der von 1912 ist noch nicht erschienen) weist ein Gesamtvermögen von 62 Millionen auf. Die davon in den Hauptkassen der Gewerkschaften befindlichen 47½ Millionen würden jedenfalls einer zu gründenden Gewerkschaftsbank zur Verfügung stehen. Hinzu kämen jährlich an Überschüssen zirka 8 Millionen, so daß man wohl für den Zeitraum der nächsten 10 Jahre mit dem Betrag von 120- bis 130 000 Mark rechnen darf. Ein Teil hiervon muß in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber, zum Beispiel in Staatspapieren, angelegt bleiben; wieviel, das werden die Beobachtungen ergeben. Für die öffentlichen Sparkassen in Preußen beispielsweise besteht neuerdings die Bestimmung, daß von den Spareinlagen bis zu 25 % in mündelsicheren Schuldverschreibungen, auf den Inhaber lautend, angelegt werden müssen. Wenn auch das Hauptmotiv für diese Bestimmung in Bestrebungen den Kursstand der Staatsanleihen zu heben und nur angeblich in der Sorge für eine größere Liquidität der Kassen für den Fall eines Sparkassenruns zu suchen sein mag, so kann es der Gewerkschaftsbank nicht schaden, wenn sie auf keinen Fall unter diese Grenze von 25 % herabgeht; hier natürlich ausschließlich der höhern Liquidität wegen, in Rücksicht auf größere gewerkschaftliche Aktionen. Nach Abzug dieses *eisernen Bestandes* blieben alsdann innerhalb der nächsten 10 Jahre voraussichtlich noch etwa 90 bis 100 Millionen sukzessiv zur Anlage in Genossenschaften verfügbar, womit man unter der Voraussetzung, daß die Genossenschaften in diesem Zeitraum aus eigenen Kräften ebenfalls 90 bis

100 Millionen an Kapital aufzubringen vermögen, dem obigen Zahlenbeispiel zufolge, genossenschaftliche Unternehmungen im Gesamtwert von etwa 450 bis 500 Millionen finanzieren könnte. Das ist gewiß noch kein überschwengliches Ergebnis, wenn man damit die Zahlen vergleicht, mit denen das heutige Wirtschaftsleben rechnet. Um so nötiger ist es, daß endlich ein Anfang gemacht wird, und alle Finanzkräfte des organisierten Proletariats systematisch zusammengefaßt und in eigene Dienste gespannt werden. Andererseits sind auch solche Beträge im Anfang einer Bewegung eine wesentliche Hilfe. vornehmlich, wenn in erster Linie damit die Konsumgenossenschaften gefördert werden.

Hiernach könnte es den Anschein haben, als ob die Vorteile solcher Einrichtungen ausschließlich dem Genossenschaftswesen zugute kämen. Es ist zuzugeben, daß es der Gewerkschaftsbank in Notlagen, das heißt in Fällen, wo sie durch die Gewerkschaften ungewöhnlich stark in Anspruch genommen wird, nicht immer leicht sein dürfte die Schuldverschreibungen der Genossenschaften flüssig zu machen, weil sie, als Werte 2. Ranges, bei ihrer niedrigen Verzinsung auf offenem Markt wenig Aufnahme finden werden. In Rücksicht hierauf würde es sich vielleicht empfehlen diese Stücke von vornherein mit einer hohen Verzinsung auszustatten, um sie als Pfandobjekt beliebter zu machen. Auf diesem Weg könnte man zugleich planmäßig den Ertrag der Genossenschaften reduzieren, um den ungerechten Erdrosselungsversuchen durch Steuergesetze auszuweichen. Der Gewerkschaftsbank dürfte man es alsdann wohl überlassen, wieviel sie ihrerseits, als Gegenleistung für die hohe Zinsquote, etwa für genossenschaftliche Propaganda aufwenden will. Welche Maßnahmen hier im einzelnen richtig sind, steht indes jetzt nicht zur Entscheidung; so etwas ergibt sich späterhin aus der Praxis. Zudem werden die Genossenschaften sehr wohl in der Lage sein vorübergehend wenigstens, aus laufenden Mitteln namhafte Beträge den Gewerkschaften zuzuführen, unter Umständen sogar durch Anspannung ihres eigenen Kredits. Dazu bieten ihnen ihre ausgedehnten Geschäftsbeziehungen reichlich Gelegenheit, so daß auf diesem Weg für die organisierte Arbeiterschaft in kritischen Augenblicken ganz unauffällig Hilfsmittel herangezogen werden können, und zwar aus Kreisen, die sonst ob solchen Ansinnens höchst verblüfft sein dürften. Dergleichen darf natürlich nur vorübergehend und im Rahmen der gegenseitigen Verpflichtungen vorgenommen werden, damit das Finanzwesen, der Gewerkschaften wie der Genossenschaften, in ihrer Gesamtheit nicht durch Eingriffe von außen gestört werden kann. Solange dies aber geschieht, und man sich nicht zu Unbesonnenheiten verleiten läßt, indem die Möglichkeit einer baldigen Regulierung überschätzt wird, so lange ist keine Gefahr dabei; denn im Grunde genommen sollte es unwesentlich sein, ob die Arbeiterschaft ihr Geld in der rechten oder linken Tasche trägt, das heißt in der Gewerkschafts- oder in der Genossenschaftsbank, wenn es nur ihr eigenes Geld ist und in der eigenen Tasche bleibt.

In alledem stets das Richtige zu treffen, dazu ist der Leiter einer einzelnen Gewerkschaft sowohl wie der einzelnen Genossenschaft nicht in der Lage; hierzu ist eine Zentrale, in der alle Fäden zusammenlaufen, unbedingtes Erfordernis. Von ihr aus kann man die nötige Übersicht gewinnen sowie stete Kontrolle üben; sie ist der gegebene Posten für erprobte Kräfte mit Initiative

und Dispositionstalent, mit Umsicht und genügender Praxis. Auf seiten der Genossenschaften bestehen schon Ansätze hierzu in der Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft, es fehlt daran nur auf seiten der Gewerkschaften. Oder sollte sich nicht an die Umlagestelle der *Generalkommission*, deren Finanzverwaltung schon erheblichen Umfang hat, eine derartige Instanz angliedern lassen?

Bisher hat sich das Finanzgebaren der deutschen Gewerkschaften, im Vergleich zu dem ähnlicher Verbände rein bürgerlicher Kreise, mit all ihren verschiedenen, ängstlich gehüteten *Fonds*, geradezu glänzend bewährt. Es ermöglichte den Gewerkschaften ihre volle Kraft stets dort einzusetzen, wo es im Augenblick galt, und es ist anzunehmen, daß sie auch das vorliegende Problem mit Erfolg lösen werden, sofern sie es als eine *Machtfrage* erkennen und behandeln. Ja, es ist zu hoffen, daß das ausgeprägte Solidaritätsgefühl dieser Kreise bürokratische Heldenstücke, wie sie in unseren modernen Großbetrieben vielfach vorkommen, nicht aufkommen lassen wird. Wenn trotz alledem eine tatkräftige Solidarität zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften nicht zustande kommen will, so ist das ein sicheres Anzeichen, daß diese Aufgabe zu lösen über den Rahmen der einzelnen Gewerkschaft hinausgeht; sie kann in ihrer Isoliertheit ihre eigenen Mittel nicht ohne schwere Gefahr derart in Realkredit geben. Mit einem Wort: Es geht über ihre Kräfte. Hier fehlt die Gewerkschaftsbank. Sie hat für den Ausgleich der inneren Spannungen, als Folgen gewerkschaftlicher Tätigkeit, wie der äußeren Spannungen, als Rückwirkungen auf ihre eigene Finanztätigkeit, Sorge zu tragen. Dabei werden sich einzelne Mißgriffe bei aller Umsicht nicht ganz vermeiden lassen, und es ist daher nicht mehr als billig, wenn da, wo es die Förderung der gemeinsamen Interessen des kämpfenden Proletariats gilt, die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit auf den Plan treten.

Wenn in diesem Zusammenhang auf die Entwicklungsmöglichkeit der Genossenschaftsbewegung ausführlicher eingegangen ist, so geschah dies, um an einem Bild zu zeigen, wie wesentlich sie allein schon durch den Zustrom der Gewerkschaftsgelder beeinflußt werden könnte. Es soll also nicht behauptet werden, daß sich die Dinge im einzelnen genau so gestalten müssen oder werden. Ebensowenig soll hier einem fieberhaften Gründungsseifer der Genossenschafter das Wort geredet werden. Es sollte nur nachgewiesen werden, was von seiten der Gewerkschaften zu geschehen hat, um ihre Finanzkräfte für genossenschaftliche Zwecke überhaupt ausmünzen zu können, sobald und soweit nach gewissenhaftester Prüfung das Bedürfnis danach auf jener Seite hervortritt. Das Bedenken, daß durch solche Förderung der genossenschaftlichen Bestrebungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Abbruch getan werde, kann heute wohl kaum noch auftauchen. Im Gegenteil, die genossenschaftliche Organisationstätigkeit, die mehr als jede andere mit dem modernen Wirtschaftsleben aufs innigste verquickt ist, vermag zahlreiche wertvolle Kräfte im Bann der Arbeiterbewegung zu halten, die ihr sonst verloren gehen oder brachliegen würden, weil sie sich für das eigenartige Arbeitsfeld eines Partei- oder Gewerkschaftsführers doch nicht unbedingt eignen. Man denke an die schnell wachsende Zahl der technischen und kaufmännischen Angestellten, von denen der Wert solidari-



Anhänger der alten Unentwegtheit vertrauensvoll auf Bebel, der denn auch mit nicht mißverstehender Deutlichkeit seinem Groll über die Zweifelsüchtigen freien Lauf läßt. Noch 1910 auf dem Parteitag zu Magdeburg verurteilt er die süddeutschen Budgetbewilliger. Dann aber 1911 in Jena tritt die aufsehenerregende Wandlung ein, daß nicht die Vertreter der Rechten, sondern die der äußersten Linken seine taktischen Gegner sind: Als Ledebour das Verhalten des Parteivorstands in der Marokkofrage mißbilligt, erhebt sich Bebel und tadelt den Tiefstand einer solchen Auffassung. Ich erwähne dies Ereignis nicht, um den Bebel im Greisenalter für den Revisionismus mit Beschlag zu belegen. Das wäre Torheit. Wohl aber zeigt diese Episode, daß Bebel nichts mit jener Richtung gemein hatte, die in allen Zweifelsfragen auf die internationalistische Uferlosigkeit verweist. Auf dem Standpunkt aber, daß die Interessen des eigenen Vaterlands auch im Proletariat volle Geltung beanspruchen können, stand nicht nur der ältere sondern auch der jüngere Bebel. Es sei da an eine Rede erinnert, die Bebel in der Reichstagssitzung vom 20. Mai 1889 gegen Bismarck hielt: »Wir sind in Deutschland und somit als Deutsche geboren, und wir, die wir die deutsche Sprache sprechen, an der Kulturarbeit des deutschen Volkes uns ebensovogt beteiligt haben wie Sie und vielleicht in viel höherm Maß als die meisten von Ihnen, haben das selbe Recht an unser Vater- und Heimatland wie Sie. ... Und wenn wir in diesem Kampf gehetzt und verfolgt werden und viel Unangenehmes zu erdulden haben, dann zeigen wir viel mehr Patriotismus und Vaterlandsliebe als diejenigen, die im Rohr sitzen und sich Pfeifen schneiden.« In der selben (noch während der Geltung des Sozialistengesetzes gehaltenen) Rede wandte Bebel sich gegen diejenigen, die der Sozialdemokratie nachsagen, sie wolle einen gewaltsamen Umsturz hervorrufen: »Ich gehe weiter zu sagen, es wäre die größte Torheit, wenn wir das tun wollten. Ja, ich gehe noch weiter und erkläre: Ich habe die Überzeugung, daß (ich habe das schon früher ausgesprochen) wir den Zeitpunkt erleben werden, wo in Europa angesichts der großartig gesteigerten Kultur auf der einen Seite und der ungeheuren Vernichtungsmittel auf der andern Seite Kriege unmöglich werden, auch die Re-

volution im alten Stil unmöglich wird. Meine Herren, es ist heute nicht mehr möglich, daß man Revolutionen durch Barrikaden- und Straßenkämpfe noch durchführen könnte.«

Man hat zuweilen auf Bebels kleinbürgerliche Korrektheit, auf gewisse Äußerlichkeiten an ihm hingewiesen, die mit der Predigt vom Umsturz alles Bestehenden, mit der radikalen Auffassung, die in dem Buch über die Frau zur Geltung kommt, so gar nicht harmonierten. Die sich darüber wundern, wissen nichts von der im Grunde genommen ordnungserhaltenden Gesinnung, die die Sozialdemokratie als Ganzes beseelt und die in den großartigen Organisationen der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt, an deren Aufrichtung Bebel ein wahrlich nicht unbeträchtlicher Anteil gebührt. Nur in Preußen-Deutschland, wo allen Zeitforderungen zum Trotz heute noch die Parole gilt, daß der aufstrebenden Arbeiterklasse jedes positive Mitwirken im Staatsleben grundsätzlich zu versagen ist, konnte die kaum wieder gutzumachende Versündigung begangen werden die politische Vertretung dieser Klasse als den innern Feind zu betrachten, eine Versündigung, die bei Bebel dann 1903 im Unmut den Anspruch von der Todfeindschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft auslöste.

Mit einer gewissen Vorliebe bekannte Bebel sich zum Atheismus. Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß eine seiner letzten öffentlichen Kundgebungen jene Dankrede an die Baseler Geistlichkeit war, gezollt dafür, daß die Kirchenbehörden den altehrwürdigen Münster der internationalen Friedenskundgebung geöffnet hatten.

Überblickt man das Wirken August Bebels, dessen Einfluß auf das Geschick des deutschen Volkes widerwillig auch von den Gegnern der Sozialdemokratie anerkannt werden mußte, so ist eine Hoffnung wohl begründet. Bebel war viel zu realistisch veranlagt, um bei aller Prinzipienfestigkeit nicht einzusehen, daß neue Zeitumstände auch neue taktische Maßregeln bedingen. Gleich ihm aber wird die ganze Partei aus den Ereignissen lernen und sich in entscheidungsreicher Stunde der Forderung des Tages gewachsen zeigen.

×  
 Holland In Dänemark ist die Sozialdemokratie glücklich um die Verlegenheit aus ihren Reihen Minister stellen zu müssen

herumgekommen. Sie braucht, nach deutscher Auffassung allerdings auch schon eine sehr bedenkliche Sache, nur Regierungspartei zu werden und das demokratische Ministerium bei seinen Reformbestrebungen zu unterstützen. Anders liegen die Dinge in Holland, wo die Kammerwahlen am 17. und 25. Juni den Sieg der liberal-sozialdemokratischen Koalition herbeigeführt haben. Die Linksparteien bilden zusammen die Mehrheit in der neuen Kammer. Den relativ stärksten Gewinn hat die Sozialdemokratie davongetragen; seit den Wahlen von 1909 ist die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen von 82 000 auf 144 000 und die Zahl ihrer Mandate von 7 auf 18 gestiegen. Hiervon gingen der Partei allerdings bei Nachwahlen, die infolge von Doppelwahlen erforderlich wurden, 2 Mandate an die Liberalen verloren. Durch den Sieg der Linken ist in Holland die Bahn für zwei wichtige Reformen frei geworden: Die dringend von der Arbeiterbevölkerung verlangte Abänderung des Wahlgesetzes und die Altersversicherung können durchgeführt werden, wenn die Linke will. Aber am Willen zur Tat mangelt es dem Anschein nach. Im Gegensatz zu Dänemark besteht in Holland der bürgerliche Teil der neuen Mehrheit darauf, daß auch die Sozialdemokratie in vollem Maß die Regierungsverantwortlichkeit teile und in das neu zu bildende Ministerium 3 Mitglieder entsende. Diesem Verlangen widerstrebt die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei. Am 5. Juli konferierte unser Parteigenosse Troelstra mit der Königin über die Kabinettsbildung, am 20. Juli beschloß eine Konferenz, die aus der Kammerfraktion, dem Parteivorstand und der Redaktion des Parteiorgans *Het Volk* bestand, mit 13 gegen 8 Stimmen, daß die Beteiligung an der Regierung abzulehnen sei. Doch die liberalen Bundesgenossen ließen nicht locker. Ihr Führer, der Abgeordnete Dr. Bos, forderte nach wie vor die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung. Da der Königin nach Lage der Dinge keine andere Möglichkeit geblieben wäre als ein bloßes Geschäftsministerium zu bilden, das von allen Reformbestrebungen abzusehen hätte, so hielten die verantwortlichen Personen in der sozialdemokratischen Partei es doch für geraten einen außerordentlichen Parteitag, von dem man nach dem Ergebnis der Konferenz anfänglich hatte absehen wollen, zum 9. August nach Zwolle einzuberufen. Troelstra trat hier

mit Energie für die Beteiligung an der Regierung ein; doch lehnte der Parteitag die von der Mehrheit einer Parteikonferenz vorgeschlagene Resolution, die den Eintritt der Sozialdemokraten in das neue Ministerium befürwortete, mit der allerdings nicht imponierenden Mehrheit von 375 gegen 320 Stimmen ab. Es fand eine von der Minderheit amendierte Resolution Annahme, die sich gegen die Teilnahme von Mitgliedern der sozialistischen Partei an der Regierung ausspricht, aber jeder Regierung, die für das allgemeine Wahlrecht und die Gewährung von Staatspensionen an die Arbeiter eintritt, die Unterstützung der sozialdemokratischen Kammerfraktion zusagt.

Die ablehnende Haltung des Parteitags muß aufs tiefste bedauert werden. Was soll der von sozialdemokratischer Seite ausgesprochene Verdacht, daß es den Liberalen mit den politischen und sozialen Reformgesetzen gar nicht besonders ernst sei? Angenommen selbst, er wäre gerechtfertigt, so hätte die sozialdemokratische Partei um so mehr Ursache sich als treibende Kraft zu bewähren und alles zu unternehmen, was nach einer Erfüllung der von beiden Parteien vor der Wahl abgegebenen Reformversprechungen aussähe. Wären dann durch Unehrllichkeit der Liberalen die Reformversuche gescheitert, dann hätte die Sozialdemokratie auf Kosten der Bürgerlichen gewaltig gewonnen, während man jetzt nach dem für sie ungünstigen Ausfall der erwähnten beiden Nachwahlen annehmen muß, daß die Wählerschaft von der Arbeiterpartei enttäuscht ist.

Troelstra hatte den merkwürdigen Einfall sich kurz vor dem Zusammentritt des Parteitags bei K. Kautsky Rats zu erholen. In seiner Antwort wies K. Kautsky selbstverständlich auf die Resolution des internationalen Kongresses von 1900 hin, die den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium als ein gefährliches Experiment bezeichnet, das nach Möglichkeit vermieden werden soll. Der Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium, so schließt er, ist mit so vielen Gefahren und Nachteilen verknüpft, daß die Internationale ihn stets mit Furcht kommen sieht und sich damit höchstens dann aussöhnen kann, wenn in einem bestimmten Fall auf die eindringlichste Weise gezeigt wird, daß es nicht anders geht. Gefährlich, Gefahren, Furcht: Man sollte eigentlich annehmen, daß diese Aus-

drücke im Wörterbuch einer Partei, die auf Eroberung der Welt ausgeht, überhaupt keinen Platz finden können. Jedoch kann man beobachten, daß bei jedem neuen Schritt, vor dem die Sozialdemokratie steht, gerade auf radikaler Seite zu allererst an die Gefahren gedacht wird, die der Schritt mit sich bringt oder mit sich bringen könnte. Gerade vom preußisch-deutschen Standpunkt aus ist es meines Erachtens zu bedauern, daß die holländische Sozialdemokratie der Doktrin zuliebe in einer wichtigen Frage versagt hat. Nach preußischer Regierungspraxis sind den Sozialdemokraten immer noch grundsätzlich die zur Ausübung des Nachwächter- oder Turnlehreramts erforderlichen sittlichen Eigenschaften abzustreiten. Aber die Gewöhnung läßt ja auch in der Sozialdemokratie Unrecht zu hohen Jahren kommen. Es gibt in unseren Reihen Leute, die sich so sehr in die jahrzehntelang währende Eigenschaft eines Opfers aller möglichen Polizeiwillkürlichkeiten gefunden haben, die so sehr dieser Willkürlichkeiten als Echo ihres Radikalismus bedürfen, daß ihnen der Gedanke unangenehm ist, die Sozialdemokratie könnte statt Amboß auch einmal Hammer werden.

Die holländische Sozialdemokratie hat durch ihre Ablehnung der Teilnahme an der Regierung der Sache der Demokratie und des Sozialismus in ihrem eigenen Land und überhaupt einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

× **Krupp-  
prozeß** ×  
Das Kriegsgericht des Gardekorps in Berlin fällt nach 5tägiger Verhandlung am 5. August im Prozeßverfahren gegen Tilian und Genossen das Urteil. Die Angeklagten wurden sämtlich zu einigen Monaten Gefängnis und zu Dienstentlassung usw. verurteilt. Bekanntlich war das Material, das zur Erhebung der Anklage führte, dem Abgeordneten Dr. Liebknecht unterbreitet worden, der es dem Kriegsminister übergab. Am 18. April setzte Liebknecht dann bei der Beratung der Heeresvorlage den Reichstag und somit die Öffentlichkeit von der Angelegenheit in Kenntnis.

War nun auch die Bekanntgabe auf das Schicksal der Heeres- und Deckungsvorlagen selbstverständlich ohne Wirkung, so hinterließ die ganze Angelegenheit doch in mancher Hinsicht einen sehr peinlichen Eindruck. Es ist da-

bei ziemlich gleichgültig, ob Liebknechts Wort von Panama den Tatsachen angemessen war; vielleicht wäre ohne diese viel bekrittelte Wendung der Eindruck der Enthüllungen nachhaltiger gewesen. Aber das ist nebensächlich. Es bleibt kein Zweifel darüber, daß der Prozeß Praktiken höchst bedenklicher Art bloßgelegt hat, und daß es daher vom frühern Kriegsminister überaus ungeschickt war auf Liebknechts Anklagerede mit einem Lobgesang auf die Firma Krupp zu antworten. Daß eine Anzahl Zeugoffiziere sich für ein belangloses Trinkgeld zur Preisgabe militärischer Geheimnisse verleiten läßt, ist eine Erscheinung, die man als Elend unter Flittern mitleidig bewerten und entschuldigen kann. Die Tatsachen aber, die vornehmlich durch das Zeugnis der Kruppischen Direktoren ans Licht gefördert worden sind, lassen erkennen, daß die Weltfirma das Staatsgefüge mit einer Gewalt umklammert hält, die im Interesse der Staatssicherheit abgeschüttelt werden muß. Das Staatsgefüge ist angeblich gefährdet, wenn ein Sozialdemokrat von bestem Ruf in einer kommunalen Schuldeputation mitwirken will. Aber kein Wort des Bedenkens finden die amtlichen Hüter der Staatsräson dagegen, daß ein Direktor des Kruppischen Unternehmens vor dem Kriegsgericht in aller Gelassenheit erklärt, die Firma erfahre an Geheimnissen doch alles, was sie wissen wolle. Dieser Zustand muß im Interesse der Landessicherheit als unerträglich empfunden werden. Das beste Mittel ihn zu beseitigen wäre wohl die Verstaatlichung der Waffenindustrie.

× **Kurze Chronik** ×  
Am 9. August wurde bekanntgegeben, daß der vom Reichstag beschlossene Entwurf über Änderung des Militärstrafgesetzbuchs vom Kaiser vollzogen wurde, nachdem sämtliche Bundesregierungen dem Entwurf zugestimmt hatten. Das neue Gesetz läßt für Straftaten, die unter das Rubrum der Widersetzlichkeit, des Aufruhrs usw. fallen, in bestimmten Fällen Strafmäßigung zu. Es verdankt seine Entstehung dem glücklichen Umstand, daß sozialdemokratische Abgeordnete kurz vor Erledigung der Heeresvorlage auf jenes Erfurter Schreckensurteil hinweisen konnten, das gegen einige unglückliche Arbeiter Zuchthausstrafen aussprach, weil sie am Tag der Kontrollversammlung sich in der Trunkenheit



einem Gendarmen tätlich widersetzt hatten. × Ferner veröffentlichte der *Reichsanzeiger* am 9. August das Gesetz betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen sowie die Bekanntmachung über die Tagegelder und Reisekosten für die Inhaber eines solchen Ehrenamts. Dieses Gesetz ist wesentlich dem Umstand zuzuschreiben, daß die sozialdemokratische Partei jahrelang auf die Ungerechtigkeit und Rechtsunsicherheit hingewiesen hat, die das bisherige Recht im Gefolge hatte. × Am 10. August wurde in Bukarest der Friedensvertrag zwischen den christlichen Balkanstaaten unterzeichnet. Der Vertrag billigt den Gegnern Bulgariens jene Gebiete zu, um die nach Beendigung des gegen die Türkei gerichteten Feldzugs die Verbündeten heftig stritten. Das erschöpfte Bulgarien büßt die Vormachtstellung, die es beansprucht hat, ein und hat außerdem noch zu gewärtigen, daß die Türkei das unter furchtbaren Opfern eroberte Adrianopel nach der Wiederbesetzung nicht wieder herausgibt. × Am 10. August kamen in Frankreich die Generalratswahlen zum Abschluß. Danach verlieren die Konservativen und Nationalisten 52 und die gemäßigten Republikaner 25 Mandate; die Linksrepublikaner gewinnen 12, die Radikalen und Sozialistischradikalen 49, die sozialistischen Republikaner 3 und die geeinigten Sozialisten 13 Mandate.

× **Literatur** ×  
 In einer Sammlung *Schriften der Kritischen Tribüne über Politik und Zeitfragen*, herausgegeben von Siegfried Flesch/Leipzig, Wehner/ ist eine Artikelsammlung *Der Dreibund* erschienen. Sie enthält, vom Standpunkt der in Betracht kommenden Nationalitäten aus geschrieben, Beiträge von A. H. Fried, Gerhard Hildebrand, Timon, Professor A. Ghisleri und Bernhard Stern. Für uns ist die Arbeit von Hildebrand wohl die beachtenswerteste. Sie befaßt sich mit dem Problem, wie die bisher von einer Politik der Dynastien aus getragene Annäherung der Nationen durch eine demokratische Politik der Völker abgelöst werden könne. Der Verfasser verweist darauf, wie Bismarcks Ziel ein Dreikaiserbund zwischen Deutschland, Österreich und Rußland gewesen sei, der ein natürliches Schutzmittel im Kampf zwischen dem System der Ordnung auf monarchischer Grundlage und der sozialen Republik, auf deren Niveau die antimo-

narchische Entwicklung langsam oder sprungweise hinabzusinken pflege, hat darstellen sollen. Bismarck habe Frankreich auf Nordafrika verwiesen in der Absicht, dessen Aufmerksamkeit vom Loch in den Vogesen abzulenken, auch habe er sich von dem Gedanken tragen lassen, daß im monarchischen Europa ein republikanisches Frankreich bündnisunfähig sei. In allen diesen Punkten habe Bismarck sich gründlich getäuscht, wie die Lebendigkeit des Revanchegedankens und das Bündnis mit Rußland zeigen. Der äußern Lage, dessen Resultat dann der Dreibund und nebenher der Rückversicherungsvertrag mit Rußland war, sei es mit zuzuschreiben, daß der innerpolitische Kurs fast ohne Abweichung im reaktionären Fahrwasser habe gehalten werden können. Die deutsche Demokratie habe sich bei der Beurteilung der gegenwärtig noch bestehenden Bündnispolitik von 3 Gesichtspunkten leiten zu lassen: 1. Die Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft müssen unter allen Umständen gewahrt werden. 2. Die innerpolitische Entwicklung in der Richtung auf demokratische Machtgewinnung und Kultursteigerung hin dürfe nicht durch Schwierigkeiten des internationalen Deutschlands gehindert werden. 3. Die Bündnispolitik müsse dem demokratischen Ideal der friedlichen internationalen Verständigung so weit wie irgend möglich zur Verwirklichung helfen. Weiter käme die Generalverständigung aller Großstaaten der europäischen Westhälfte und ihre Einrichtung auf eine gemeinsame Verteidigungsstellung Rußland gegenüber in Betracht. Zu den Hindernissen einer solchen Politik zählt Hildebrand die Erscheinung, daß die deutsche Arbeiterdemokratie selber durch ihre wohl begründete Opposition gegen die herrschenden Klassen sich dazu verleiten lasse die nationalen Interessen- und Machtfragen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des innerpolitischen Gegensatzes zu betrachten und zu behandeln. Wenn die Hindernisse beseitigt werden könnten, wäre auch der Dreibund nur ein Übergangsgebilde, das in Zukunft eben durch den westeuropäischen Verband zur Aufrechterhaltung des weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Gleichgewichts zu ergänzen oder zu ersetzen sei. Hildebrand plädiert dafür, daß die Sozialdemokratie sich von der starren Freihandelsdoktrin abwenden solle. Das ist eine Forderung, für die auch in den Reihen der Partei in

steigendem Maß das Verständnis wächst. Ob und wieweit diese Abkehr nun auch für die Annäherung Deutschlands an die Westmächte wirken könnte, das ist freilich eine Frage für sich. X Der Professor an der technischen Hochschule zu Karlsruhe Dr. Arthur Böhlingk hat eine von ihm als *historisch-politische Abhandlung* bezeichnete Broschüre *England und Deutschland oder der europäische Friede* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ geschrieben. Die mit dem Wahlspruch »Ohne Weltmacht kein Wahrrecht!« versehene Schrift beklagt die von Eigennutz eingegebene Politik Englands, die sich der Einigung Deutschlands so lange wie nur möglich widersetzt habe, und die nun, wo Deutschland nicht nur zu Lande sondern auch zur See mächtig geworden sei, seinen Rivalen als Friedensstörer denunziere. Deutschland habe aber doch seit mehr als 40 Jahren sich als Hüter des Friedens erwiesen, und Unrecht sei es daher, daß die leitenden englischen Politiker das englische Volk daheim gegen Deutschland in Siedehitze brächten. Deutschland müsse aber, wie eingehend auseinandergesetzt wird, eine starke Flotte haben, ein Zustand, in den England sich finden solle. Sollte nicht der Tag im Anzug sein, da die Engländer zu der Überzeugung kämen, daß ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland ihnen ungleich wertvoller sein müßte als eine noch so große gegen Deutschland gerichtete Flottenmacht? Daß England sein Weltreich nicht besser zu sichern vermöge als im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich? Es wäre ja eine schöne Sache, wenn die englischen Staatsmänner ein Ohr dafür hätten, daß ein deutscher Professor ihnen gut zuredet. Aber es steht zu fürchten, daß auch diese Stimme überhört wird, und daß, eine Weile wenigstens noch, die Unbequemlichkeit der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt in England keine reine Freude an der deutsch-englischen Verbrüderung aufkommen lassen wird.

#### Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

**Gewerkschaftskartelle**

Die *Generalkommission* veröffentlicht im *Korrespondenzblatt* eine Statistik über die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahr 1912. Von den 744 Kartellen, die am Jahreschluß bestanden, berichteten 717 = 96,39%. Diesen sind 9418 Gewerkschaften an-

geschlossen, die insgesamt 2 339 571 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich 9387 Zweigvereine von den der *Generalkommission* angeschlossenen Zentralverbänden mit 2 333 162 Mitgliedern. Gegen das Jahr 1911 hat sich die Zahl der Zweigvereine um 164 und die der Mitglieder um 168 843 vermehrt; 272 Zweigvereine sind den Kartellen noch nicht angeschlossen. Im ganzen mögen etwa neun Zehntel der Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftskartellen angehören, während ein Zehntel, etwa 260 000, außerhalb stehen. An Mitgliederzahl steht Berlin mit 311 923 an der Spitze; es folgen die Kartelle von Hamburg mit 142 923, Dresden 98 063, Leipzig 77 678, München 69 208, Nürnberg 58 100, Stuttgart 49 377, Frankfurt (Main) 45 461, Chemnitz 42 721, Hannover 39 601, Bremen 37 811, Breslau 33 230, Magdeburg 31 238, Köln 30 417 und Stettin mit 25 595 Mitgliedern. Über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle ist folgendes zu berichten: In den Jahren 1905, 1910 und 1912 veranstalteten die Kartelle 2102, 2500, 2244 allgemeine Versammlungen und 1568, 1248, 1044 berufliche Versammlungen; sie setzten in den genannten Jahren 41, 80, 84 weibliche Vertrauenspersonen und 21, 25, 17 Arbeiterinnenagitationskommissionen ein, richteten ein respektive unterhielten 227, 307, 349 Gewerkschaftsherbergen respektive Gastwirtschaften und 44, 28, 36 Gewerkschaftsherbergen in eigener Regie, ferner 118, 57, 29 Versammlungssäle, 26, 53, 77 Gewerkschaftshäuser, veranstalteten 46, 9, 4 statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, 21, 42, 27 Arbeitslosenzählungen, 67, 82, 83 sonstige Erhebungen und richteten 52, 47, 52 Referenten-nachweise ein. Ferner hatten in den genannten Jahren 252, 496, 581 Gewerkschaftskartelle gemeinsame Bibliotheken, 39, 71, 98 Lesezimmer, in den beiden Jahren 1910 und 1912 hatten 292, 429 Kartelle Bildungsausschüsse und 293, 415 Jugendkommissionen. Danach ist die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt worden, während die Bildungsorganisation und Jugendpflege erst 1910 systematisch in Angriff genommen wurde. Für die Rechtsbelehrung und Rechtshilfe unterhielten die Gewerkschaftskartelle in den Jahren 1905, 1910 und 1912 56, 96, 106 Arbeitersekretariate mit 84, 154, 188 Angestellten und 111, 203, 212 Auskunftsbureaus. Für die Förderung des Arbeiterschutzes bestanden in den genannten Jahren 149, 139, 133 Kommis-

sionen für Beschwerden an Gewerbeinspektionen, 129, 48, 42 Kommissionen zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwangs und 195, 228, 257 Kommissionen für Bauarbeiterschut. Die Arbeitersekretariate werden in Zukunft eine Vermehrung erfahren, weil möglichst an allen Orten, an denen nach der Dezentralisation der Rekursinstanzen durch die Reichsversicherungsordnung Oberversicherungsämter errichtet sind, Arbeitersekretariate eingerichtet werden müssen. Über die Einnahmen und Ausgaben haben 705 Kartelle berichtet. Die Gesamteinnahmen betragen 1 976 262 Mark, denen Ausgaben von 1 787 088 Mark gegenüberstanden. Die Kassenbestände der 705 Kartelle beliefen sich insgesamt am Schluß des Jahres 1912 auf 1 034 025 Mark. Von den Ausgaben entfielen im Berichtsjahr 1912 (im Vergleich zum Vorjahr 1911) auf Agitation 99 746 (105 928) Mark, Arbeitervertreterwahlen 43 053 (28 342), statistische Erhebungen 6490 (6264), Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle 154 484 (152 339), Herbergen, Arbeitsnachweise 58 560 (38 770), Sekretariate, Auskunftsstellen 373 036 (289 203), Bibliotheken und Lesezimmer 111 567 (93 160), Streiks und Aussperrungen am Ort 24 438 (27 039), Streiks und Aussperrungen auswärts 126 932 (271 928), Verwaltungskosten 235 538 (208 438), auf sonstige Ausgaben 553 244 (379 024).

Die Zahl der Hirsch-Dunckerschen Ortsverbände wird auf 155, die der angeschlossenen Ortsvereine auf 545 und die ihrer Sekretariate und Auskunftsstellen auf 32, ferner die der christlichen Ortskartelle auf 184, die ihrer Gewerkschaften auf 715 und ihrer Sekretariate und Volksbureaus auf 120 angegeben.

× Österreich Die Reichskommission umfaßt 54 Zentral- und 23 Lokalvereine, die am Schluß des Jahres 1912 377 947 männliche und 50 416 weibliche, zusammen 428 363 Mitglieder gegen 421 905 im Vorjahr vereinigten. 25 Gewerkschaften hatten einen Gewinn von 14 934 Mitgliedern zu verzeichnen, denen in 12 Verbänden ein Verlust von 8476 Mitgliedern gegenüberstand. Gewonnen hatten unter anderen die Metallarbeiter 4856 und die Maurer 2109 Mitglieder, dagegen hatten die Eisenbahner 4738 verloren. Die Einnahmen sämtlicher Gewerkschaften betragen an Beitrittsgebühren 113 314,79 Kronen, an ordentlichen Beiträgen 8 859 231,64, an außerordentlichen Bei-

trägen 997 285,28, zusammen 9 969 831,71 Kronen; die Ausgaben für Unterstützungszwecke (ohne Streiks) beliefen sich auf 3 724 000,69, für alle anderen Vereinszwecke auf 5 447 351,65, zusammen auf 9 171 352,34 Kronen. Der Gesamtvermögensbestand beträgt 15 064 798,25 Kronen und hat im Berichtsjahr eine Steigerung von 1 919 523,38 Kronen erfahren. Die separat verwalteten Streikfonds aller Organisationen hatten im Berichtsjahr 1 022 311,28 Kronen Unterstützung für Gemaßregelte und Streikende ausgegeben. Am Ende des Berichtsjahres standen der Gesamtorganisation 5 770 228,46 Kronen für Streiks und Aussperrungen zur Verfügung.

Am 6. und 7. Mai hielt die Zentralorganisation der Hotel-, Gast- und Kaffeehausangestellten ihren 1. Verbandstag in Wien ab. Während der Pfingstfeiertage fand der 3. Verbandstag der Arbeiterschaft der chemischen Industrie statt. Im Anschluß an die internationale Sattlerkonferenz tagte in Wien die 6. Delegiertenversammlung des Fachvereins der Sattler, Taschner und Riemer Österreichs und am 13., 14. und 15. Juli die Generalversammlung des Verbands der Schneider und verwandten Berufsgenossen.

× Kongresse und Verbandstage Der 6. Verbandstag des Zentralverbands der Fleischschneider tagte vom 27. bis zum 30. April in Dresden. Er nahm Stellung zur Viehnot und Fleischteuerung und verlangte die Aufhebung der Einfuhrzölle und Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Die Mitgliederzahl ist seit 1910 von 3255 auf 6502 gestiegen. Der Kassenbestand der Hauptkasse beträgt 46 963 Mark, der der Lokalkassen 7271 Mark. Mit den Verbänden in Dänemark, Österreich, Ungarn, Schweden, Norwegen, der Schweiz und Nordamerika sollen Gegenseitigkeitsverträge zur Unterstützung zur Reise und bei Lohnbewegungen abgeschlossen werden.

Der 13. Verbandstag der Schiffszimmerer fand vom 18. bis zum 22. Mai in Hamburg statt. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 3891 auf 3763 zurückgegangen; dagegen ist das Vermögen der Hauptkasse von 14,66 Mark auf 36,52 Mark pro Kopf gestiegen. Den wichtigsten Punkt der Verhandlungen bildete die Frage der Verschmelzung mit den Verbänden der Metall- und Holzarbeiter. Nach 14-tägiger Debatte gelangte eine Resolution gegen 3 Stimmen zur Annahme, nach der die

von den Verbänden der Holz- und Metallarbeiter angebotenen Übertrittsbedingungen als ungenügend bezeichnet wurden und der Vorstand den Auftrag erhielt durch die Vermittlung der *Generalkommission* erneute Verhandlungen einzuleiten. Der wöchentliche Beitrag wurde von 60 auf 70 Pfennig, die Arbeitslosenunterstützung pro Tag um 10 Pfennig erhöht.

Die 13. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren, die vom 1. bis zum 5. Juni in Frankfurt am Main stattfand, war von 113 Delegierten besetzt worden, die 28 959 Mitglieder vertraten. Die Einnahmen des Verbandes betragen in der Zeit vom 1. Januar 1910 bis zum 31. Dezember 1912 1 919 725 Mark, die Ausgaben 1 723 082 Mark, der Vermögensbestand belief sich auf 410 853 Mark. Der Verbandstag beschäftigte sich vorwiegend mit den Lohnbewegungen und Streiks und der Beseitigung des Kost- und Logiszwangs beim Arbeitgeber. Für die Bäcker und Konditoren wurden die Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und die 6tägige Arbeitswoche gefordert und entsprechende Forderungen für die in der Großindustrie (Schokoladen-, Kakao-, Zuckerwaren-, Kakes-, Leb- und Honigkuchen- sowie Teigwarenfabriken) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aufgestellt. Die Tarifverträge mit den Konsumvereinen sollen gekündigt und Lohnerhöhungen verlangt werden. Zu erwähnen sind ferner noch die Referate über den Terrorismus der Arbeitgeber sowie über die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer.

Die 8. Generalversammlung der Buchdrucker fand vom 16. bis zum 21. Juni in Danzig statt. Die Mitgliederzahl ist in den beiden letzten Jahren von 61 924 auf 67 273 gestiegen. In dieser Zeit wurden infolge der großen Arbeitslosigkeit 5 350 566 Mark an Unterstützungen gezahlt. Der Tarif, der 1897 von 1631 Firmennutzern mit 18 340 Gehilfen an 469 Orten anerkannt war, ist nach 15jähriger Arbeit im Jahr 1912 bei 8051 Firmen mit 66 976 Gehilfen an 2242 Orten eingeführt worden. Die Besprechung über die allgemeine tarifliche Lage wurde durch ein Referat des Vorsitzenden Döblin eingeleitet. Es wurde dabei erwähnt, daß die Generalversammlung der Unternehmer eine Kommission gewählt habe, die jetzt bereits die Wünsche auf Abänderung des Tarifs sammeln und begutachten soll; gleichzeitig habe man die Schaffung eines Fonds für besondere Zwecke (Kampf-

fonds) beschlossen. Diese Tatsachen fanden denn auch in der einstimmig angenommenen Resolution Döblin-Massini besondere Würdigung, und es wurde in ihr auf den Ernst der Situation hingewiesen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen Statutenänderungen und innere Verbandsangelegenheiten.

Der 12. Verbandstag der Buchbinder tagte vom 16. bis zum 21. Juni in Stuttgart. Die Mitgliederzahl ist in den letzten 3 Jahren von 22 618 auf 32 373 gestiegen, davon sind 15 979 weibliche. Die Gesamteinnahmen betragen während dieser Zeit 2 106 927, die Gesamtausgaben 1 658 484 Mark. An Unterstützungen wurden für Arbeitslose 373 693 Mark, für Kranke 237 962, für Hinterbliebene 9578 und für das Fachorgan 111 531 Mark ausgegeben. Die Lohnbewegungen, die Höhe der Beiträge und Unterstützungen bildeten die hauptsächlichsten Beratungsgegenstände.

Die 11. Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes fand vom 16. bis zum 21. Juni in Breslau statt. Die Mitgliederzahl betrug Ende Dezember 1912 561 547, darunter 27 876 weibliche, der Vermögensbestand der Hauptkasse 11 370 379, der der Lokalkassen 5 133 641 Mark. Die Einnahmen der Hauptkasse beliefen sich im Jahr 1911 auf rund 16 Millionen Mark, im Jahr 1912 auf rund 18 Millionen. Unter den Ausgaben sind besonders hervorzuheben: 1911 für Erwerbslose infolge Krankheit 3 139 848,91, infolge Arbeitslosigkeit 1 463 324 Mark, 1912 für Erwerbslose infolge Krankheit 3 435 105,69, infolge Arbeitslosigkeit 1 690 529,51 Mark; an Streikunterstützung 1911 4 247 667,80 Mark, 1912 2 342 256,86 Mark; an Reisegeld 1911 309 649,95 Mark, 1912 344 245,70 Mark; an Maßregelungsunterstützung 1911 190 973,83 Mark, 1912 177 293,88 Mark; die *Metallarbeiterzeitung* machte 1911 eine Ausgabe von 367 636,32, 1912 eine solche von 397 508 Mark notwendig. Wie schon aus der Höhe der ausbezahlten Streikunterstützung hervorgeht, waren die Kämpfe, die in der Berichtszeit zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt wurden, recht umfangreich. Die Zahl der Tarifverträge stieg bis Ende 1912 auf 1084 für 13 973 Betriebe und 176 795 Personen. Der Verbandstag beschäftigte sich außer mit dem Geschäftsbericht mit der Revision des Verbandsstatuts und setzte für die Angestellten des Verbandes eine neue Gehaltsskala fest. Es wurde ferner noch beschlossen für die *Volksfürsorge* Propaganda zu machen.

Die 14. Generalversammlung der Maler und Lackierer fand vom 30. Juni bis zum 5. Juli in Halle statt. Die Mitgliederzahl ist auf 51 620 gestiegen. Die wichtigsten Beratungspunkte waren die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und die Reform der Unterstützung in Krankheitsfällen. Aber auch über die Lohn- und Tarifbewegung wurde Bericht erstattet. Die Höhe des Wochenbeitrags wurde auf 60, 80 Pfennig und 1 Mark festgesetzt und dementsprechend auch die Krankenunterstützung gestaffelt. Die Erwerbslosenunterstützung steigt je nach der Dauer der Mitgliedschaft (2 bis 5 Jahre) von 40,50 bis zu 81 Mark. Ferner wurde der Vorstand beauftragt zwecks Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband oder mit dem Glaser- und Tapeziererverband die nötigen Schritte in die Wege zu leiten. Eine gemeinsame Tagung der Verbände der Glasarbeiter, der Porzellanarbeiter und der Töpfer fand am 3. und 4. Juli in Leipzig statt, um über die Frage der Verschmelzung der Keramarbeiter zu verhandeln. Vorher, am 30. Juni, waren die Delegierten der 3 genannten Organisationen einzeln als Verbandstag zusammengetreten, damit jede Berufsorganisation für sich diese Frage vorberate. Der Verband der Glasarbeiter hatte Ende 1912 20 134 Mitglieder und 279 797 Mark Verbandsvermögen, der Porzellanarbeiterverband 16 078 Mitglieder und 273 721 Mark Vermögen und der Verband der Töpfer 11 733 Mitglieder und 375 651 Mark Vermögen. Alle 3 Verbände zahlen Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Sterbefall, auf der Reise und bei Umzügen. Trotzdem war eine Einigung über die Beiträge und Unterstützungen nicht zu erzielen. Die Generalversammlung der Glasarbeiter lehnte in ihrer Mehrheit den von einer Kommission ausgearbeiteten Statutenentwurf ab, weil wegen der in ihm vorgesehenen Beitragserhöhung ein bedeutender Mitgliederverlust befürchtet wurde. Die Generalversammlungen der Porzellanarbeiter und der Töpfer gaben darauf die Erklärung ab nunmehr erneut und möglichst bald zu versuchen eine Verschmelzung zwischen ihren beiden Verbänden in die Wege zu leiten. Genosse Girbig erwiderte darauf namens der Glasarbeiter, daß zwar zurzeit die Verschmelzungsfrage vertagt worden sei, daß aber doch noch die Hoffnung bestehe eine Einheitsorganisation zu schaffen.

×

×

**Kurze Chronik** Der frühere Redakteur des Verbandsorgans der Porzellanarbeiter und internationale Sekretär Fritz Zietzsch ist im Alter von 36 Jahren gestorben. Im Alter von 75 Jahren verstarb Eduard Schubert; er war seit dem 1. April 1889 als Hilfsarbeiter im Hauptbureau des Verbands der Buchdrucker tätig. × 52 Jahre alt ist Hermann Faber, in den achtziger Jahren Angestellter des Goldarbeiterverbands, später Arbeitersekretär in Berlin, Redakteur in Königsberg und Stevin, seit 1906 Angestellter des Metallarbeiterverbands für die Edelmetallindustrie in Oberstein einem Krebsleiden erlegen. × Der *Grundstein*, das Organ des deutschen Bauarbeiterverbands, konnte am 1. Juli auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken und hat aus diesem Anlaß die Nummer 27 als Jubiläumsnummer im Festgewand herausgegeben. Die Verschmelzungsverhandlungen zwischen dem Bureauangestellten- und dem Handlungsgehilfenverband haben ein negatives Ergebnis erzielt. × Der Vorstand des Holzarbeiterverbands ist nunmehr in die Räume des neuerbauten Verbandshauses in Berlin eingezogen. In der in dem selben Haus ebenfalls neuingerichteten Druckerei der Verlagsanstalt des Verbandes sind zurzeit 25 Personen beschäftigt. × Der Streik der Seidenfärber in Krefeld ist nach 17wöchiger Dauer verloren worden. Der Kampf, der die denkbar größte Aussicht auf Erfolg hatte, ist an dem Mangel einheitlicher Organisation gescheitert. Er wurde gemeinsam mit dem christlichen Textilarbeiterverband begonnen. Da dieser jedoch während des Kampfes absprang, war die Niederlage des noch allein kämpfenden Textilarbeiterverbands, wenn auch nicht sofort, so doch nach längerer Dauer die Folge.

### Sozialpolitik / Johannes Heiden

**Arbeitsnachweise** In einer Sonderbeilage zum *Reichsarbeitsblatt* veröffentlicht das kaiserliche statistische Amt (Abteilung für Arbeiterstatistik) die Ergebnisse einer Erhebung über die Arbeitsnachweise im Reich nach dem Stand am Schluß des Jahres 1912. Die Erhebung hat trotz guter Vorbereitung und Ausdehnung auf alle Stellen, die noch als Arbeitsnachweise angesehen werden können, kein lückenloses Ergebnis über den Umfang der Arbeitsnachweise geliefert. Die Ver-

sendung der Fragebogen geschah durch Vermittlung von Zentralstellen für die einzelnen Gruppen von Arbeitsnachweisen. Hierauf ist es wohl zurückzuführen, daß zwischen der Zahl der ausgegebenen Fragebogen und der wieder an das Amt zurückgesandten eine große Spannung besteht. Von 8611 Fragebogen sind 2580 an das statistische Amt zurückgelangt. Hiervon mußten 201 ausgeschieden werden, weil sie für Arbeitsnachweise lauteten, von denen schon von anderer Seite ein Fragebogen geliefert worden war, und 155 Fragebogen (davon <sup>von</sup> Innungen) waren so mangelhaft ausgefüllt, daß sie sich nicht zur Bearbeitung eigneten. Hierfür verblieben 2224 Fragebogen. Der Bearbeiter, Regierungsrat Dr. von Valta, hat 9 Gruppen gebildet. Dies sind:

Gruppe	Art respektive Gründer und Verwalter der Arbeitsnachweise	Anzahl Ende 1912
1	Gemeindliche	383
2	Herbergen und Wanderarbeitsstätten	226
3	Landwirtschaftliche	97
4	Innungen	572
5	Arbeitgeber	112
6	Angestelltenverbände	90
7	Arbeiter	547
8	Paritätische	119
9	Sonstige	78

Zur 1. Gruppe sind auch die von privaten Vereinigungen errichteten und verwalteten Arbeitsnachweise gerechnet, die von Gemeinden oder Kreisen usw. subventioniert werden, und die die Funktionen der gemeindlichen Arbeitsvermittlung versehen.

Die meisten Arbeitsnachweise befinden sich in den Großstädten (mit mehr als 100 000 Einwohnern), nämlich 888; in den Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner) sind 654, in den Kleinstädten (5000 bis 20 000 Einwohner) 477, in den Landstädten (2000 bis 5000 Einwohner) 155 und in den ländlichen Gemeinden 50. Die Nachweise der Arbeiter, Angestellten und Arbeitgeber sind hauptsächlich in den Großstädten vertreten, in denen aber auch vielfach Innungsarbeitsnachweise betrieben werden, die den Nachweisen der Arbeitgeber verwandt sind. Die Mittel- und Kleinstädte sind in der Hauptsache das Feld der gemeindlichen und der Innungsarbeitsnachweise, auch haben in Orten dieser Größenklasse die Nachweise der Landwirtschaftskammern häufig ihren Sitz. Selbstverständlich herrscht nicht in den Orten einer Größenklasse die

eine oder die andere Art des Arbeitsnachweises ausschließlich.

Insgesamt wurden durch die 2224 Arbeitsnachweise im Jahr 1912 3 594 502 Stellen vermittelt. Diese Zahl kann auf Genauigkeit keinen Anspruch erheben, weil, wie es in der Bearbeitung heißt, keine Anhaltspunkte dafür ermittelt worden sind, »mit welchem Maß von Genauigkeit die einzelnen Arbeitsnachweise für ihre Anschreibung nachprüfen, ob der vermittelte Arbeiter wirklich eingestellt worden ist. Nicht selten werden bloße Zuweisungen schon als Besetzungen gebucht.« Auch ist nicht zu ersehen, wie oft Aushilfs- und Gelegenheitsarbeitsstellen besetzt worden sind. Die Zahl der Vermittlungen dieser Art ist bei den gemeindlichen Arbeitsnachweisen der Großstädte bekanntlich recht groß.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch die Nachweise der Arbeiter fast immer unentgeltlich; nur 7 erheben Gebühren, 522 nicht. Umgekehrt ist es bei den Nachweisen der Landwirtschaftskammern: 91 erheben Gebühren (davon 80 nur vom Arbeitgeber) und 6 nicht; auch von den unter der Rubrik *Sonstige Arbeitsnachweise* zusammengefaßten Vermittlungsstellen erheben 55 Gebühren, und nur 23 arbeiten unentgeltlich. Hierunter befinden sich die Einrichtungen der *Deutschen Arbeiterzentrale*, die in der Hauptsache ausländischen Arbeitern Arbeitsgelegenheit nachweist. Bei allen anderen Arten von Arbeitsnachweisen überwiegen die ohne Gebührenerhebung. Recht gering ist, soweit die allerdings in diesem Punkt nicht recht gelungene Erhebung erkennen läßt, die Beihilfe des Staats zu den Kosten der Arbeitsvermittlung. Preußen unterstützt 56 Nachweise mit dem Jahresbetrag von 19 550 Mark; in Bayern erhalten 9 Anstalten 16 200 Mark, in Sachsen 3 10 650, in Württemberg 15 5447, in Baden 19 19 825 und in Hamburg 2 28 000 Mark. Von Gemeinden erhalten 186 und von Kreisen, Regierungsbezirken und Provinzen 181 270 000 und 74 000 Mark Unterstützung.

× ×  
**Kurze Chronik** Der Reichstag überwies am 27. Mai die Eingabe des Ausschusses vom Gewerbegericht in Bremen, die die Schaffung eines Reichseinigungsamts wünscht, der Regierung zur Berücksichtigung. Die sozialdemokratische Fraktion, deren Mitglied König als Bericht-

erstatte der Petitionskommission für Überweisung der Petition an die Regierung zur Kenntnis sprach, stimmte schließlich für die empfehlende Überweisung zur Berücksichtigung. × Der preußische Handelsminister hat in einem Erlaß vom 28. April die Regierungspräsidenten angewiesen die Gewerbeaufsichtsbeamten zur schärferen Kontrolle der Arbeitszeit in den Fleischschereibetrieben zu veranlassen. Für die Beseitigung von Mißständen durch Begrenzung der Arbeitszeit bietet die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahr 1911 die Grundlage. Danach könnten durch Ortspolizeiverordnung für einzelne Gewerbe oder auch einzelne Betriebe, in denen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Dauer, Anfang und Ende der Arbeitszeit sowie die Pausen geregelt werden. Vielleicht beginnt nun mit Verordnungen für das Fleischergewerbe die neue Bestimmung der Gewerbeordnung ihre Wirksamkeit, die bisher vermißt worden ist. × Das Gesetz über Einführung des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz in Bayern ist im Reichstag angenommen worden. Es wird in Kraft treten, sobald durch die Gesetzgebung Bayerns das Ausführungsgesetz erlassen ist. × Für das Großherzogtum Luxemburg soll ein Amt für Handel und Gewerbe errichtet werden. Seine Aufgabe soll die Mitwirkung bei Gesetzentwürfen sein, die sich auf die Entwicklung von Handel und Gewerbe beziehen. Über Fragen dieser Art und über die soziale Lage der an Handel und Gewerbe beteiligten Berufsschichten kann es sich gutachtlich äußern. Das Amt soll aus 24 Mitgliedern bestehen, die von der Regierung ernannt werden. Die Berufsverbände machen die doppelte Anzahl von Vorschlägen. × Das schweizerische Gesetz über die Krankenversicherung wird am 1. Januar 1917 in Kraft treten. × In Schweden ist das Gesetz über die allgemeine Alters- und Invaliditätsversorgung angenommen worden. Die Versicherung umfaßt alle schwedischen Bürger.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Kurt Grelling

**Katholische Professoren** Schon mehrfach hatte ich Gelegenheit auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die dem philosophischen Unterricht an den

deutschen Hochschulen dadurch droht, daß in letzter Zeit immer mehr philosophische Lehrstühle mit Experimentalpsychologen besetzt werden. Neuerdings ist die Öffentlichkeit auf eine andere Gefahr aufmerksam geworden, die dem selben Unterricht droht. Als vor einiger Zeit der eine der beiden philosophischen Lehrstühle an der Straßburger Universität durch die Berufung Bäumkers nach München vakant wurde, stellte sich heraus, daß zwischen der Reichsregierung und der römischen Kurie ein Geheimvertrag besteht, wonach die eine der beiden Straßburger Philosophieprofessuren immer mit einem Katholiken besetzt werden muß. Ich will mich hier nicht zu dem eigentlichen Verfahren äußern, das die damalige Reichsregierung gegenüber der philosophischen Fakultät in Straßburg eingeschlagen hat, indem sie den erwähnten Vertrag vor ihr geheimhielt; das gehört in das Gebiet der Tagespolitik. Mich interessieren hier die Folgen dieser Tatsache für die Philosophie und die Kultur im allgemeinen. Nach der übereinstimmenden Interpretation der beiden Kontrahenten genügt es für die Erfüllung des Vertrags keineswegs, daß der Kandidat katholischer Konfession ist, sondern er muß sich in seinen philosophischen Lehren mit der Kirche im Einklang befinden. Mit anderen Worten: er muß ein Anhänger des heiligen Thomas von Aquino sein. (Daß es unter den Inhabern der katholischen philosophischen Lehrstühle auch moderner gerichtete Gelehrte gibt, beweist nur, daß die Kirche sich, wo es ihr vorteilhaft erscheint, auch mit einer bloß formalen Erfüllung ihrer Forderungen begnügt.) Die Erscheinung derart gebundener Professuren ist ja leider in Deutschland nichts Neues, sie findet sich an allen Universitäten mit katholisch-theologischen Fakultäten. Aber sie wird dadurch nicht besser, daß man sich an sie gewöhnt hat, und der Straßburger Fall hat das Gute, daß durch ihn das gebildete Deutschland wieder einmal auf diesen Skandal hingewiesen wird. Man könnte ja nun sagen, der Thomismus sei eine philosophische Schule wie andere mehr, und bei der notorischen Uneinigkeit der Philosophen sei gar kein Grund vorhanden eine dieser Schulen willkürlich von den philosophischen Lehrstühlen auszuschließen. In der Tat ist dieser Einwand von ultramontaner Seite erhoben worden. Daran ist so viel richtig, daß gegen den Thomismus als solchen nicht

mehr einzuwenden ist als gegen manche andere Schule auch, ja gerade die letzten Jahrzehnte der philosophischen Entwicklung haben gezeigt, daß wir von den Scholastikern noch manches lernen können, vorzüglich in der Dialektik und in der ganzen schulmäßigen Ausbildung der Philosophie. Immerhin hat die Philosophie in den letzten 700 Jahren doch gewisse Fortschritte gemacht, die die Fortexistenz des Thomismus in unseren Tagen als einen argen Anachronismus erscheinen lassen würden, wenn nicht der Zusammenhang zwischen ihm und der Kirche bestände. Aber selbst wenn man den Thomismus mit anderen Philosophenschulen ohne weiteres auf eine Stufe stellen würde, bliebe sein Monopol auf bestimmte Lehrstühle ein Schaden für die Philosophie. Genau wie der immer noch bestehende Lehrstuhl für Hegelianismus an der Berliner Universität. Für die Besetzung eines Lehrstuhls darf nur die wissenschaftliche Tüchtigkeit und das Lehrtalent des Kandidaten ausschlaggebend sein, und diese werden nun einmal nicht durch die Zugehörigkeit zu irgendeiner Schule garantiert. Aber gegen die gebundenen Philosophieprofessuren spricht noch ein ganz anderes und meines Erachtens viel ernstes Bedenken, das sich allerdings auch gleich auf ein viel weiteres Gebiet ausdehnt. Es verbietet nämlich die Zulassung dogmatisch gebundener Lehrer nicht nur zu philosophischen Professuren sondern zum Jugendunterricht überhaupt. Gehen wir nämlich mit Kant davon aus, daß es der Beruf eines jeden Menschen ist selbst zu denken, so folgt sofort, daß es schon eines Menschen unwürdig ist für seine Person diesem seinem Beruf zu entsagen. Nichts anderes aber tut der, der eine beliebige Lehre, sie mag an sich gut oder schlecht sein, so annimmt, daß er freiwillig auf ein Selbstdenken in allen diese Lehre betreffenden Punkten verzichtet und sich entschließt einen Zweifel an dieser Lehre in seiner Seele überhaupt nicht aufkommen zu lassen oder, wenn er sich dennoch einschleicht, ihn sofort zu unterdrücken. Dieses Verhalten (die eigentliche Sünde wider den heiligen Geist) verlangt die Kirche von ihren Gläubigen. Aus dem Satz, den ich an die Spitze gestellt habe, folgt aber weiter, daß die Hauptaufgabe der Erziehung darin besteht den Menschen zu seinem Beruf des Selbstdenkens vorzubereiten und die natürlichen und künstlichen Hindernisse, die dem im Weg sind, hinwegzuräumen.

Kann man aber das von jemandem erwarten, der für seine Person auf das Selbstdenken verzichtet hat? Ich denke, es liegt auf der Hand, daß ein solcher für die Mündigmachung anderer gänzlich untauglich ist. Denn nicht allein, daß er es unterlassen wird die Hindernisse wegzuräumen, die seine Zöglinge am Selbstdenken verhindern, es ist sogar zu erwarten, daß er zu den vorhandenen Hindernissen der Unwissenheit, Trägheit und Gewohnheit noch ein neues hinzufügen wird, indem er den Zögling glauben macht, daß Selbstdenken Sünde sei. Dies aber wäre, um wiederum mit Kant zu reden, ein Verbrechen wider die menschliche Natur.

Für den Philosophen kommt aber noch eines hinzu: Neben der Aufgabe der Erziehung des einzelnen zur vernünftigen Selbstbestimmung steht die nicht minder wichtige Kulturaufgabe der Aufklärung überhaupt, das heißt der Befreiung nicht des einzelnen sondern des Volkes und der ganzen Menschheit aus der Unmündigkeit. Dazu sind nun in erster Linie die Philosophen berufen. Da aber unser gegenwärtiger Staat kein anderes Mittel kennt einen Philosophen zu besolden (und das ist Sache des Staates, weil er die Aufklärung zu fördern hat) als die Anstellung als Universitätsprofessor, so ist klar, daß ein Staat, der seine wahren Aufgaben kennt und erfüllen will, nicht Leute zu Philosophieprofessoren machen darf, die nicht nur nicht an der Aufklärung mitarbeiten sondern sie, soviel an ihnen liegt, aufzuhalten suchen. Es ist deshalb nötig gegen die gebundenen Philosophieprofessuren immer aufs neue nachdrücklich zu protestieren.

×  
 Psychologie und Philosophie Ich habe schon vor einiger Zeit in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1519)

anlässlich der Besetzung des Lehrstuhls Hermann Cohens mit einem Vertreter der experimentellen Psychologie auf das Bedenkliche dieses Vorgangs hingewiesen. Die Bewegung, die von diesem Fall ausgegangen ist, hat mittlerweile weitere Kreise gezogen. Insbesondere liegt, wie bereits berichtet, eine von 6 Ordinarien der Philosophie verfaßte und von einer großen Zahl von Dozenten der Philosophie und Psychologie unterschriebene Erklärung vor, die gegen die Besetzung philosophischer Lehrstühle mit Experimentalpsychologen Stellung nimmt. Gegen diese Erklärung wendet sich der Altmeister der experimentellen Psycho-



logie, Wilhelm Wundt, in einer Streitschrift *Die Psychologie im Kampf ums Dasein* /Leipzig, Kröner/. Sie ist hier in der Rundschau *Psychologie* (1913, 1. Band, pag. 511) bereits besprochen worden. Es ist aber nur in der Ordnung, daß nun auch gesagt wird, was von philosophischer Seite dazu zu bemerken ist. Die Erklärung der Dozenten verlangt, daß die philosophischen Lehrstühle der Philosophie vorbehalten bleiben, und daß für die experimentelle Psychologie eigene Lehrstühle geschaffen werden. Diese Regelung würde nach Meinung der Unterzeichner im Interesse beider Wissenschaften liegen. Vor allem aber würde dadurch die Gefahr vermieden, die aus der gegenwärtigen Praxis dem Lehrbetrieb der Philosophie droht. An einer Beeinträchtigung dieses Lehrbetriebs können auch die Vertreter der Psychologie kein Interesse haben. Die Forderungen dieser Erklärung scheinen nicht mehr als billig zu sein, und ihre Begründung ist fast trivial zu nennen. Um so mehr muß es Wunder nehmen, daß ein Mann wie Wundt beiden widerspricht. Wundt untersucht zunächst die Motive, die die Unterzeichner zu der Erklärung veranlaßt haben können, und knüpft dabei an den Umstand an, daß es speziell die experimentelle Psychologie ist, die die Unterzeichner von der Philosophie getrennt sehen wollen. Er schließt daraus, daß das eigentliche Motiv mindestens bei einem Teil der Unterzeichner die Geringschätzung der experimentellen Methode sei. Dagegen ist vor allem zu sagen, daß die Motive der Unterzeichner für die Beurteilung der ganzen Frage eigentlich ganz gleichgültig sind. Nur die in der Erklärung selbst angegebenen Gründe unterliegen der öffentlichen Beurteilung, und wenn Wundt das Bedürfnis verspürt seinem Groll gegen die Verächter der Experimentalpsychologie Ausdruck zu verleihen, so bleibt ihm das natürlich unbenommen, nur hat das mit der Frage der Besetzung philosophischer Lehrstühle schlechterdings nichts zu tun. Im übrigen bin ich allerdings der Ansicht, daß der Zusatz *experimentell* hätte wegbleiben können. Lehrstühle ausschließlich für experimentelle Psychologie sind heute wohl noch nicht am Platz. Denn die experimentelle Psychologie ist eben doch nicht die Psychologie. Daß gerade Wundt, der zu den Begründern der experimentellen Methode in der Psychologie gehört, dies scharf betont, ist höchst erfreulich. Denn

es gibt tatsächlich Psychologen, die auf alle nichtexperimentelle Forschung in der Psychologie mit ziemlicher Geringschätzung herabsehen, und die diese Geringschätzung auch auf die *spekulative* Philosophie übertragen. Wahrscheinlich wird diese Beobachtung die Unterzeichner der Erklärung veranlaßt haben sich speziell gegen die Übertragung philosophischer Lehrstühle an experimentelle Psychologen zu wenden. Daß die Philosophie in den Händen solcher Forscher nicht besonders gut aufgehoben ist, wird wohl auch Wundt zugestehen. Nur zieht er nicht die Konsequenz daraus. Denn da die besagten Forscher auf ihrem Spezialgebiet teilweise Hervorragendes leisten, liegt kein Grund vor sie kaltzustellen. Es bleibt also nichts weiter übrig als besondere Lehrstühle für sie zu errichten. Es scheint, als ob Wundt von der geforderten Trennung der Philosophie von der Psychologie eine Wirkung erwartet, die bereits ohne diese Trennung eingetreten ist, und die den Ruf nach dieser Trennung gerade erzeugt hat: die Entwicklung der Psychologie und speziell der experimentell betriebenen zu einem Spezialfach. Man mag diese Entwicklung mit Wundt bedauern, wegzuleugnen ist sie nicht. Und auch wenn man sie aufhalten oder rückgängig machen will, so dürfte das geeignete Mittel dazu wohl kaum darin bestehen, daß man fortfährt die Vertreter dieses Spezialfachs mit dem Halten philosophischer Vorlesungen zu beauftragen. Im übrigen weichen die Vorschläge Wundts letzten Endes gar nicht so weit von denen der Erklärung ab. Wundt schlägt nämlich vor die philosophischen Lehrstühle an jeder Universität nach Disziplinen zu verteilen, wobei dann auch die Psychologie ihren Vertreter erhalte, so zwar, daß es dem Vertreter einer jeden Disziplin unbenommen bliebe gelegentlich mit seinen Vorlesungen in eine andere überzugreifen. Die Vermehrung der Lehrstühle, die hierzu notwendig wäre, würde allerdings kaum geringer sein als nach den Vorschlägen der Erklärung, die nach Wundt schon an den finanziellen Schwierigkeiten scheitern würden. Wie steht es ferner mit dem Einwand, den Wundt den Unterzeichnern der Erklärung macht, und wonach »zumeist der akademische Lehrer die Fachgebiete, die ihm als Pflichten zugewiesen sind, auch als seine Rechte in Anspruch nimmt«? Gilt dieses Bedenken nicht, wenn die Psychologie zwar ihren besondern Vertreter bekommt, aber

mit anderen Gebieten unter dem Namen *Philosophie* zusammengefaßt wird? Doch die Hauptsache bleibt, daß auch Wundt die Experimentalpsychologen von der Verpflichtung zum Halten philosophischer Vorlesungen befreit sehen will, und daß er der Philosophie nicht den Anspruch streitig macht durch wirkliche Philosophen an den Universitäten vertreten zu werden. Die Verteilung der Lehrstühle kann jedoch meines Erachtens die divergierende Entwicklung der beiden Disziplinen, die in gewissem Sinn entschieden zu beklagen ist, so wenig beeinflussen wie sie an ihr schuld ist. Die Ursache liegt, wie ich glaube, in systematischen Irrtümern auf beiden Seiten, und nur die Einsicht in diese Irrtümer kann die richtige Wechselwirkung der beiden Wissenschaften herstellen.

× **Positivismus** Im vorigen Jahr ist in Berlin eine *Gesellschaft für positivistische Philosophie* gegründet worden. Der Aufruf, der dieser Gründung voranging, ist von einer großen Zahl angesehener Gelehrten aller Fakultäten mit Ausnahme der theologischen unterzeichnet worden. Die Gesellschaft gibt eine eigene Zeitschrift für positivistische Philosophie heraus. /Berlin, Tetzlaff/. Dem 1. Heft lag ein Flugblatt bei, das die Gründe für die Bildung der Gesellschaft auseinandersetzt. Da wird nun zu Anfang ein Bedürfnis der Naturwissenschaften nach einer Philosophie konstatiert, die aus ihnen selbst hervorwächst. Hier stock' ich schon. Wie liegt denn das Verhältnis historisch? Ist nicht die Naturwissenschaft aus der Philosophie hervorgewachsen? Hat sie nicht der Philosophie ihre Emanzipation vom Kirchendogma zu danken? Und nun soll die Philosophie aus der Naturwissenschaft hervorgewachsen? Mir scheint, das Ei dünkt sich hier klüger als die Henne. Wie kann man überhaupt einer Wissenschaft vorschreiben, sie solle aus einer andern hervorgewachsen? Damit tastet man die Autonomie der Wissenschaft an, ein Verfahren, das um nichts besser ist als der Anspruch der katholischen Kirche, alle Wissenschaft müsse aus der Theologie hervorgewachsen. Der Verfasser des Flugblatts bemerkt ferner, daß die herrschende Philosophie Probleme behandelt, für die, wer von den heutigen Naturwissenschaften herkommt, nur wenig Verständnis hat. Das ist leider nur zu wahr. Wer öfters Gele-

genheit hat mit Naturwissenschaftlern über Philosophie zu sprechen, kann das durchaus bestätigen. Nun soll nicht geleugnet werden, daß die gegenwärtige Philosophie sich vielfach mit Scheinproblemen und Spitzfindigkeiten abgibt. Aber ob nun gerade die Vertreter der Naturwissenschaften darüber kompetente Richter sind, steht noch dahin. Jedenfalls ist dies nicht der einzige Grund für das beklagte mangelhafte Verständnis. Wenn es nicht zu unhöflich wäre, würde ich ein bekanntes Diktum Lessings von einem Kopf und einem Buch zitieren. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß allenthalben die Wissenschaften auf Probleme stoßen, die dem Arbeitsfeld der Philosophie angehören. Es fehlt aber keineswegs an Bemühungen von seiten der Fachphilosophen diese Probleme zu lösen. Freilich fällt die Lösung nicht immer so aus wie der Naturwissenschaftler sie sich vorgestellt hat. Das ist aber noch kein hinreichender Grund sie für falsch zu halten. Berechtigt ist auch die Klage über die »unfruchtbare, fast gleichförmige Wiederholung schon oft geäußerter, nicht hinreichend klarer und konkreter philosophischer Gedanken«. Ob aber eine aus der Naturwissenschaft hervorwachsende Philosophie instände sein wird dem abzuhelpen, muß einstweilen bezweifelt werden. Das Kennzeichen dieser Philosophie, soweit sie bisher in die Erscheinung getreten ist, ist die Verachtung des bisher von Philosophen geleisteten. Deshalb ist eine solche Philosophie der Gefahr ausgesetzt Denkfehler zu machen, die von der autonomen Philosophie längst mit vieler Mühe überwunden worden sind. Die dort geleistete Arbeit muß also wiederholt werden. Widerspricht das nicht dem energetischen Imperativ Wilhelm Ostwalds, der doch auch ein Positivist ist? Das 1. Heft selbst nun beginnt mit einem programmatischen Aufsatz Petzoldts, des derzeitigen 1. Vorsitzenden der Gesellschaft, über positivistische Philosophie. Dieser Aufsatz bestätigt durchaus das, was das Flugblatt vermuten ließ. Aus der »unfruchtbaren Wiederholung schon oft geäußerter, nicht hinreichend klarer und konkreter philosophischer Gedanken«, die er darstellt, will ich nur einige Punkte hervorheben. Da wird zuerst die Metaphysik abgelehnt. Wobei unter Metaphysik das Suchen nach einem transzendenten Kern der Dinge, nach einem Weltgrund, verstanden wird. Wenn das heißen soll,

daß eine wissenschaftliche positive Erkenntnis des Wesens der Dinge dem Menschen nicht möglich ist, so stimme ich dem durchaus bei. Das hat bekanntlich als erster Kant nachgewiesen, der selbe Kant, von dem das Flugblatt behauptet, er beherrsche die gegenwärtige Fachphilosophie. Im gleichen Atemzug wird die Meinung abgelehnt, daß Erfahrungen erst durch Anwendung apriorischer Funktionen einer angeblichen reinen Vernunft möglich seien. Daher das Verdammungsurteil über die Kantische Philosophie. Begründet wird die Behauptung nicht. Man hält offenbar in positivistischen Kreisen eine solche Begründung für überflüssig und merkt gar nicht, daß man selbst damit den Fehler begeht, den man den Philosophen vorwirft, nämlich Mißachtung der Tatsachen. Denn eine Tatsache ist die Existenz jener apriorischen Funktionen, und nicht eine aus den Fingern gesogene Theorie. Es gibt eine Bedeutung des Wortes *Positivismus*, nach der allerdings jede echte Wissenschaft positivistisch ist und folglich auch die echte Philosophie. Diese Bedeutung heißt Achtung vor den Tatsachen. Das verkündet auch die neue Gesellschaft als ihr Programm. Aber ihr Wortführer Petzoldt übt sie leider nicht, sonst würde er nicht das »schon oft geäußerte« empiristische Dogma immer wiederholen. Eine interessante Illustration zu dieser Ablehnung der Kantischen Philosophie bietet übrigens der 2. Aufsatz des Hefes, betitelt *Die Erkenntnislehre der Marburger Schule*. Sein Verfasser, Bernhard Kern, unternimmt darin den Versuch zu beweisen, daß die Lehre der Marburger Schule eigentlich Positivismus sei. Nun knüpft gerade die Marburger Schule am ausgesprochensten an Kant an und nimmt für sich in Anspruch die richtige Fortbildung der Kantischen Lehre gefunden zu haben. Wie kommt nun diese Schule in die Gesellschaft der Antikantianer? Ob man nun jenen Anspruch anerkennt oder nicht, ist hier gleichgültig. Auch wer die Fortbildung Kants, wie sie von Marburg ausgeht, für einen Irrweg hält, muß jedenfalls sehen, daß dieser Weg gerade in der dem Positivismus entgegengesetzten Richtung abführt, weil dabei die Rechte der Erfahrung gegenüber dem reinen Denken zu kurz kommen. Ich vermute, daß die Marburger von dieser Inanspruchnahme für den Positivismus wenig erbaut sind, sie werden wohl auch seufzen: Gott schütze

mich vor meinen Freunden! Und die Erklärung? Vielleicht liegt sie in folgendem: Bekanntlich zeichnen sich die Schriften der Marburger Schule durch die große Schwierigkeit aus, die sie dem Verständnis des Außenstehenden bieten. Wenn aber jemand ein Buch liest, ohne es wirklich zu verstehen, aber in dem Glauben, er verstünde es, so kann es ihm passieren, daß er das Gegenteil von dem hineinliest, was der Autor gemeint hat. Vielleicht ist Herrn Kern dies Mißgeschick wiederfahren. Doch um auf Petzoldt zurückzukommen, so ist an seinem Artikel auch die Auffassung von der antiken Kulturgeschichte bemerkenswert. »Die Platonisch-Aristotelische Philosophie«, sagt er, »ist eine der wesentlichsten, vielleicht überhaupt der wesentlichste Faktor gewesen, für den Untergang der okzidentalen Wissenschaft und Technik und damit für die Herbeiführung des Mittelalters.« Jedenfalls müssen diese Wissenschaft und Technik sehr widerstandsfähig gewesen sein, da jene Philosophie rund ein halbes Jahrtausend gebraucht hat, um sie zu zerstören, und da die antike Wissenschaft und Technik nach dem Auftreten jener Philosophie erst ihre Blüte erreicht haben. Ebenso interessant wie diese kulturhistorische Theorie ist die soziologische Behauptung, es sei kein Zeichen einer kraftvollen Entwicklung mehr, wenn in einem Volk Betrachtungen ethischer Art in den Vordergrund treten. Etwas mehr Bescheidenheit und Achtung vor der Geistesarbeit früherer Jahrhunderte von seiten der Wortführer der neuen Gesellschaft wird nötig sein, wenn sie auf Beachtung außerhalb ihrer Kreise Anspruch machen wollen.

×  
**Neuausgaben** Von der neuen Aristotelesübersetzung, die in der *Philosophischen Bibliothek* von Felix Meiner in Leipzig erscheint, liegt die *Politik* vor. Der Herausgeber ist wiederum Dr. Eugen Rolfe. Der Band enthält neben der Übersetzung eine Einleitung und erklärende Anmerkungen.

Von der Taschenausgabe der Werke Nietzsches, die im Verlag von Alfred Kröner in Leipzig erscheint, liegt der 11. Band vor, der außer einem Teil des Nachlasses den *Fall Wagner*, *Nietzsche kontra Wagner* und *Ecce Homo* enthält. Das Vorwort ist von Richard Oehler.

Unter dem Titel *Philosophie der Gegen-*

wart hat Alois Riehl vor 11 Jahren eine Reihe von Vorträgen herausgegeben, die jetzt in wenig geänderter Gestalt in 4. Auflage erscheinen /Leipzig, Teubner/. Das Büchlein ist geeignet den Leser in die gegenwärtige Philosophie durch Aufzeigung ihrer Grundlagen in der Vergangenheit einzuführen.

Eine andere *Einführung in die Philosophie* besitzen wir von Raoul Richter, der leider so früh starb. Die vorliegende 3. Auflage ist von Max Brahn besorgt, in der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt*. Richter scheut sich nicht den Schüler bis an die tiefsten Probleme heranzuführen, ist doch Religionsphilosophie eines seiner Lieblingsthemen. Wer bei Richter ein bestimmtes System sucht, an das er sich halten könnte, der ist an eine falsche Adresse geraten. Aber er gibt etwas, was gerade für den Anfänger wertvoller ist: Er lehrt philosophieren.

× **Kurze Chronik** Professor Wilhelm

Schuppe, der Begründer der immanenten Philosophie, ist in Breslau gestorben. × Professor Külpe hat den Ruf an die Universität München angenommen und wird seine Lehrtätigkeit im Wintersemester 1913 beginnen. × Der Privatdozent an der Berliner Universität Dr. Ernst Cassirer erhielt einen Ruf an die Harvarduniversität. × Professor Anton Marty, Ordinarius der Philosophie in Prag, tritt mit Ende des Semesters in den Ruhestand. × Der nächste internationale Kongreß für Philosophie findet vom 31. August bis zum 7. September 1915 in London statt. × Am 19. und 20. April fand in Halle die Generalversammlung der *Kantgesellschaft* statt. × Von den Bearbeitern der Rudolf Stammler-Preisauflage *Über das Rechtsgefühl* erhielt Dr. Sigmund Kornfeld (Wien) den 1. Preis. Die neue Preisauflage lautet: *Einfluß der Kantischen Philosophie auf die Jahre der Erhebungs- und Reformzeit in Preußen mit besonderer Berücksichtigung von Heinrich Theodor von Schön*.

× **Literatur** Von der philosophischen

Bibliographie, die Arnold Ruge unter dem Titel *Philosophie der Gegenwart* /Heidelberg, Weiß/ herausgibt, liegt der 2. Band vor, der die Literatur von 1910 umfaßt, einschließlich der Rezensionen. Das Inhaltsverzeichnis sowie die ganze

Anordnung sind übersichtlich. Neu hinzugekommen ist die spanische Literatur; die russische, ungarische und tschechische Literatur haben eine sorgfältigere Bearbeitung gefunden. Die philosophische Welt ist dem Herausgeber zu Dank für die Mühe verpflichtet, der er sich unterzogen hat. Es ist zu hoffen, daß das Unternehmen fortgesetzt wird.

### Hygiene / Meinemann Goldschmidt

**Syphilis:** Die Syphilis war vor der  
**Ursprung** Entdeckung Americas eine in Europa ziemlich unbekannte, jedenfalls aber noch nicht beschriebene Krankheit. Wenn auch in neuerer Zeit einzelne Forscher auf Grund des Studiums alter Bildwerke die Behauptung aufstellen, daß schon bei den alten Römern Lues geherrscht haben müsse, so besteht jedenfalls bis zum Jahr 1496 nirgends eine Aufzeichnung, die auf die Krankheit Bezug hat. Auch über den Ort und die Zeit ihres erstmaligen Auftretens sind wir bis heute nicht mit Sicherheit orientiert.

Iwan Bloch stellt es zwar in seiner Schrift *Der Ursprung der Syphilis* /Jena, G. Fischer/ als unumstößliche Tatsache hin, daß im April 1495 in dem Heer Karls VIII. in Neapel eine heftige aus den Tropen eingeschleppte Seuche mit der Gewalt eines um sich fressenden Brandes gewütet habe, eine Seuche, die bis dahin unbekannt in Europa gewesen sei und die man als *morbus gallicus*, als Franzosenkrankheit, bezeichnet habe. Als wichtigstes Beweisstück hierfür gilt noch immer eine Stelle in Gabriele Fallopius *De morbo gallico liber absolutissimus* /1564/. Wie indessen neuerdings Professor Sudhoff (Leipzig) in der *Medizinischen Klinik* gezeigt hat, entbehrt dieses Buch jeder Beweiskraft, und zwar zunächst aus dem Grund, weil das Werk erst zirka 69 Jahre nach dem Bekanntwerden der Lues erschien, dann aber, weil der Verfasser selbst erst 1523 in Modena geboren wurde. Außerdem ist das Buch von dem Herausgeber Pietro Angelo Agato nach seinen Vorlesungsaufzeichnungen zurechtgemacht worden; er sagt selbst hierüber: »Additae sunt exercitationes quaedam nobiles passim insertae, passim hac nota [] reliquo orationis contextu secretae.«  
Eines der wertvollsten Zeugnisse aus der Frühperiode der Syphilis hingegen ist die Notiz in den *Diarien des Sanuto*. Unter dem 8. Juli 1496 bringt ein Absatz briefliche Nachrichten aus Pisa und

Toskana, die von den Kämpfen zwischen Florentinern und Pisanern handeln. Direkt hieran schließt sich dann eine Notiz über das Auftreten der Lues, so daß also die größte Wahrscheinlichkeit besteht, daß Sanuto zu dieser Eintragung durch Berichte aus der Pisaner Gegend veranlaßt wurde. In dieser Notiz ist gesagt, daß seit 2 Jahren (also seit 1494) eine neue Krankheit an den Körpern der Menschen entdeckt worden sei, genannt *mal franzoso*, die sich ebensowohl über Italien als auch über Griechenland, Spanien, ja gewissermaßen über die ganze Welt verbreitet habe. Sie schwäche die Glieder wie die Gicht, mache Pusteln und Blasen am gesamten Körper und verursache Fieber und Gliederschmerzen. Ihren Anfang nehme die Krankheit an der Genitalgegend, wie sie denn ausschließlich durch den Geschlechtsverkehr übertragen werde. Die Heilung sei sehr langwierig, es sei eine scheußlich schmutzige Krankheit, doch stürben nur sehr wenige daran, wenn sie auch das Leben unerträglich mache. Man sagt, daß die Krankheit von den Franzosen gekommen sei; jedoch behaupten diese sie ebenfalls erst 2 Jahre zu haben und nennen sie *mal italiano*. Diese Schilderung der Krankheit setzt eine große Kenntnis, ja ein jahrelanges Vertrautsein mit der Erkrankung voraus. Von einem ersten Auftreten oder Bekanntwerden in Neapel findet sich jedoch kein Wort, die geringe Sterblichkeit paßt auch nicht zu den Schilderungen über die furchtbare Epidemie im Heer Karls von Bourbon.

Ähnlich wie Sanuto äußert sich auch Portoveneri in Pisa in seinem *Memoriale* aus den Jahren 1494 bis 1502. Auch er kann nichts Genaueres über das erste Auftreten der Krankheit sagen; kein bestimmter Tag der ersten Beobachtung eines plötzlichen Erkrankungsfalls, wie zum Beispiel bei der Pest, ist als Fixpunkt notiert, sondern es heißt auch hier: »Vor Jahr und Tag fing man an solche Kranke in größerer Zahl in Pisa zu bemerken.« Von den Neapolitanischen Aufzeichnungen weist keine darauf hin, daß bereits im Frühjahr 1495 in Neapel Syphilis geherrscht habe. Die einzige erhaltene sichere Aufzeichnung des Neapolitaners Tommaso da Catania gibt an, daß am 16. Januar 1496 die Franzosenkrankheit in Neapel begonnen habe. Das Tagesdatum ist natürlich ohne Belang, außerdem auch unsicher, hingegen ist an der Jahresangabe nicht

zu zweifeln; es ergibt sich daraus, daß die Krankheit in Neapel später als in Oberitalien auftrat. Die Behauptung, daß die Syphilis von dem Heer Karls VIII. von Neapel aus nach dem Norden Italiens verschleppt worden sei, besteht also zu Unrecht. Die genaue Zeit des ersten Auftretens und der primäre Herd werden sich wohl mit Sicherheit nie ermitteln lassen.

× **Krebs:** Auf dem 15. Kongreß der **Mesothorium-Deutschen Gesellschaft für Mesothorium-** **behandlung** *Gynäkologie* zu Halle berichtete Geheimrat Bumm (Berlin) über die Erfolge, die mit Mesothoriumbestrahlung bei Krebserkrankung der Gebärmutter erzielt wurden. Bumm berichtet über 12 Fälle, die längere Zeit beobachtet wurden und daher ein gewisses Urteil zulassen. Es ergab sich, daß der größte Teil der Fälle in Heilung überging, andere wieder so weit beeinflußt wurden, daß ein operativer Eingriff mit Erfolg vorgenommen werden konnte. Krönig und Gauß (Freiburg) berichteten ebenfalls über 8 Fälle von Karzinom, die sehr günstig beeinflußt wurden. Selbst bei tiefen Exzisionen konnte in diesen Fällen kein lebendes Krebsgewebe nachgewiesen werden. Auch ein Magenkrebs zeigte derartig weitgehende Rückbildung, daß der früher sehr deutlich palpable Tumor nicht mehr zu fühlen war. Bumm allerdings beurteilt die Erfolge mit einer gewissen Skepsis. Die von ihm nach der Bestrahlung operativ oder bei der Sektion gewonnenen Präparate zeigten in der Tiefe mehr oder weniger lebendes Krebsgewebe. Über die Ursachen der Erfolge sei folgendes gesagt: Die Wirkung der Bestrahlung wird hauptsächlich durch eine derart hohe Dosierung erzielt wie man sie früher nie anzuwenden wagte. So zum Beispiel legt man auf einmal bis zu 800 Milligramm Mesothorium auf. Um nun bei derart hohen Dosen schädliche Nebenwirkungen zu verhüten, war es notwendig eine richtige Filtertechnik auszuarbeiten. Es wurde im Prinzip daran festgehalten, daß bei der Mesothorbestrahlung nur die  $\gamma$ -Strahlen zur Einwirkung kommen, während die  $\alpha$ - und  $\beta$ -Strahlen durch Filtration absorbiert wurden. Die zur Verwendung kommenden Filter bestehen aus 3 Millimeter dickem Bleischutz, 1 Millimeter Gold oder  $\frac{1}{2}$  Millimeter Platin. Die Anwendung des dichtern Metalls hat den Vorteil, daß die angewandten Filterhülsen ein geringeres Volumen darstellen, so daß sie leicht in die Gebärmutter und

Krebshöhle eingeführt werden können. Im ganzen wurden von Krönig 146 Krebsfälle behandelt. Ein Teil von diesen wurde mit ungefilterten Strahlen, das heißt nach der alten Methode behandelt. Es wurden hierbei die schon längst bekannten Erfahrungen gemacht, daß Blutung und Jauchung nachließen, das Geschwür selbst sich überhäutete, aber nicht zur Heilung gelangte. Sämtliche Patienten sind denn auch gestorben. Die nur mit gefilterten Strahlen behandelten Fälle blieben gesund. Auch von anderer Seite wurden noch derartige Erfolge über Mesothorbehandlung mitgeteilt, so daß diese Resultate wohl geeignet sind für die Zukunft die größten Erwartungen hegen zu lassen.

#### × Arsenik- vergiftung

× Durch die gewerbehygienischen Bestimmungen ist es gelungen die früher keineswegs seltenen chronischen Arsenvergiftungen, die infolge von arsenikhaltigen Farben, Tapeten oder anderen Gebrauchs- und Schmuckgegenständen den ahnungslosen Bewohner der Räume überfielen, ganz erheblich zu beschränken. Bei der mannigfaltigen Verwendung, die das Arsenik in der Industrie findet, ist es indessen wohl kaum möglich diese krankmachende Quelle dauernd zum Versiegen zu bringen.

Von sehr großer praktischer Bedeutung ist es nun, daß neuerdings wieder ein sehr hoher Arsengehalt in einem von Kindern gern gebrauchten und daher sehr in Aufnahme befindlichen Spielzeug nachgewiesen wurde. Es sind das die ausgestopften japanischen Hühner- und Entenküken, deren Haut und Federkleid durch Behandlung mit einem stark arsenikhaltigen Pulver konserviert werden. So sind zum Beispiel in einem Küken 0,5 Gramm Arsenik nachgewiesen worden. Auf diese nicht zu unterschätzende Gefahr macht eine Polizeiverordnung aufmerksam, die in den *Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts* vom 19. April abgedruckt ist.

× **Kurze Chronik** Die letzte Volkszählung ergab einen bedeutend höhern Zuwachs an

Knabengeburt im Gegensatz zu dem der Mädchen; auch die Sterblichkeitsziffer der Knaben war im Vergleich zu früher erheblich gesunken. × Die gesetzgebende Versammlung des Staates Minnesota hat ein Gesetz über die Kastration von Gewohnheitsverbrechern und Degenerierten angenommen. × Zahntechniker und Dentisten

machen sich strafbar, wenn sie in Inseraten *Zahn ziehen schmerzlos* ankündigen. Schmerzloses Zahnziehen ist nur bei lokaler Anästhesie oder in der Narkose möglich, die vorzunehmen den Betreffenden verboten ist. Die Liegnitzer Strafkammer verurteilte kürzlich den Zahntechniker Oskar Windisch aus Löwenberg wegen eines derartigen Inserats. × Der englische Röntgenspezialist Professor Hall-Edward aus Birmingham hat bei einer Krebsbehandlung mit Röntgenstrahlen beide Hände eingebüßt; auch der Direktor des radiographischen Instituts in Genf, Simon, mußte sich wegen Röntgenschädigung die rechte Hand abnehmen lassen. Ebenso hat der Pariser Arzt Dr. Inffroit aus gleichem Grund mehrere Finger verloren. × Der Prager Orthopäde Dr. Rudolph Kub hat Blinde zu Masseuren ausgebildet; infolge ihres feinen Tastsinns sollen sich Blinde zu diesem Beruf außerordentlich gut eignen. × Die amerikanische Schauspielerin Grace Tyson hat ihre ausdrucksvollen Augen gegen Unfall in Höhe von 100 000 Mark versichert; der Pianist Paderewski seine Hände mit 800 000 Mark; auch Caruso hat seine Stimme entsprechend hoch versichert.

## KUNST

### Bühnenkunst / Adolf Behne

**Hauptmann-** Am 30. Mai fand in der **festspiel** vom Stadtbaurat Berg erbauten riesigen Festhalle der Breslauer Jahrhundertausstellung die Erstaufführung des Festspiels statt, das der Breslauer Magistrat bei Gerhart Hauptmann bestellt hatte. Das Werk erregte die lebhafteste Gegnerschaft konservativer und klerikaler Kreise, die sich durch einige Verse verletzt fühlten. Es erfolgte von diesen Seiten ein regelrechter Aufmarsch gegen Gerhart Hauptmann. Er begann mit einer Erklärung des Vorstands des Provinzialkriegerverbands für Schlesien. Dieser glaubte im Namen von »236 000 alten Soldaten«, die natürlich das Festspiel nur zum allgeringsten Teil gesehen hatten, im Inseratenteil der *Schlesischen Zeitung* die Gefühle dieser alten Soldaten als »aufs tiefste verletzt« bezeichnen zu dürfen. Da sich andere Kundgebungen anschlossen, hielt es der Breslauer Magistrat für geraten die weiteren Aufführungen des Hauptmannschen Spiels zu inhibieren. Der Breslauer Oberbürgermeister Matting begründete diese Maßregel in der Breslauer Stadtverordneten-

versammlung mit einem Hinweis auf die Jahrhundertausstellung, die gefährdet sei, wenn man bei der fernern Aufführung des Spiels beharre. Das kann nur bedeuten, daß der Magistrat fürchtete, es möchten diejenigen Fürstlichkeiten, die durch Herleihen von Uniformen und Erinnerungen die Ausstellung unterstützt hatten, ihre Leihgaben zurückziehen, wenn das Hauptmannsche Festspiel weiter aufgeführt würde. Es ist eigentlich zu bedauern, daß es der Breslauer Magistrat nicht darauf hat ankommen lassen. Es verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung, daß zur gleichen Zeit, da Gerhart Hauptmann für unwürdig befunden wurde ein deutsches Festspiel zu liefern, die Herren Lauff, Höcker und Ganghofer Auszeichnungen erhielten. Wenn übrigens der Magistrat zu Breslau behauptete, Gerhart Hauptmann habe der Auffassung des Magistrats, »der in einer Zeit der patriotischen Erhebung und der Erneuerung des Zusammenschlusses zwischen Thron und Volk jedes Hindernis beseitigen wollte«, zugestimmt, so war er durchaus im Irrtum. Gerhart Hauptmann hat kein Hehl daraus gemacht, wie bitter gekränkt und wie schmerzlich enttäuscht er sei. Und jeder, der überhaupt fühlen kann, wird über dieses klägliche Schauspiel, wie das deutsche Volk seine Meister ehrt, tief beschämt sein.

Schlimmer noch als die ehrlich verständnislose Haltung der konservativen Kreise war freilich die der hauptstädtischen Snobs, die das Hauptmannsche Festspiel von oben herab als unliterarisch abtun zu müssen glaubten. In ihr artistisches Gehirn drang niemals, auch wo sie Beifall klatschten nicht, ein Strahl der wahren Kunst und der großen Menschlichkeit Gerhart Hauptmanns.

× **Rezitation** ×  
 Der Rezipator Ludwig Hardt kann mehr als nur die 10 Schauspielereporträts, die den Schluß seines *Heitern Abends* bilden. Kopieren ist ja im Grund Sache des Dilettanten, und wenn Hardt seine Kunststückchen, auf die das Publikum schon den ganzen Abend wartet, nicht mit so viel Laune, Übermut und Sottise ausübte, so verdienten sie keine Bemerkung weiter. Es ist nun aber sehr lustig, wie Hardt die Gelegenheiten zu allerlei kleinen Bosheiten und Kitzeleien benutzt. Zugleich zeigt er, vielleicht ohne es zu wollen, von welcher Seite jedem der von ihm gezeich-

neten Schauspieler die Gefahr der Manier droht. Kayßlers verbissener Trotz, Waßmanns dummlich erschrockener Tempowechsel, Bassermanns genialische Jovialität, Wegeners eisige Eleganz, Pagays röchelnde Versunkenheit, ja selbst Oskar Sauers menschlich gütige Stimme erscheinen, wie sie eine nach der andern »Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango« sprechen, als Produkte der Übung oder als erprobte und festgehaltene Effekte. Hardt hat in seine Schauspielerreihe auch Wedekind einbezogen. Mit Unrecht. Denn Wedekind ist kein Schauspieler. Es gelingt freilich Hardt die Sprache Wedekinds, dieses halb bittende halb drohende Dahinrollen, treulich zu kopieren. Wenn er ihn aber, statt der ersten Strophe der *Glocke*, ein eigenes Gedicht sprechen läßt, so ist das wohl in erster Linie als Verulkung der Wedekindschen Eigenwilligkeit und Ehrlichkeit gedacht, wirkt aber schließlich als tiefe Reverenz. Die anderen, die Schauspieler sind, mögen dieses oder jenes rezitieren, das eine so gut wie das andere, Wedekind kann nur das Eigene, das Selbsterlebte sprechen. Insofern könnte die Charakteristik Wedekinds gerade als der feinste Beweis für das Stilgefühl Ludwig Hardts gelten. Dann machen aber die Soldatenlieder stutzig. Es wäre wirklich schade, wenn Hardt seine entschiedene Begabung mehr und mehr etwa zu derartigen nichtigen Nachahmungswitzen ausbeuten wollte. Das Programm bestand des weitern aus Gedichten und Prosastücken von Liliencron, Sinnsprüchen von Wilhelm Busch, feierlichen Strophen von Baudelaire und lustigen Reimen in holsteinischem Dialekt. Sie alle trug Ludwig Hardt untadelig vor. Den Liliencronschen Grogg-humor gab er mit rücksichtsloser Derbheit, er lärmte und polterte in allen Rauschgemütlichkeiten, ohne je geschmacklos zu werden oder in Mätzchen zu verfallen. Und sein scharfer Intellekt holte aus den Buschschen Sprüchen mit unfehlbarer Sicherheit den Kern heraus: es war eine Lust seine geschmeidige und sichere Arbeit zu verfolgen. Alles in allem, ein Künstler von echter und starker Begabung, dem nur zu wünschen ist, daß er sich nicht damit begnügt Liebling des Publikums zu sein.

× **Marionetten** ×  
 In der Leipziger Baufachausstellung hat das Braunsche Marionettentheater aus München einen kleinen Pa-

villon errichtet, in dem allabendlich die besten Schauspieler dieses Ensembles in ihren berühmtesten Paraderollen auftreten, leider vor leerem Haus. Es ist merkwürdig, daß das Publikum an diesem feinen und geistreichen Spaß so wenig Gefallen findet. Der Bürger will, wenn er in das Theater geht, entweder Bassermann sehen oder, wenn das nicht sein soll, die zurzeit populäre Operette hören. Nun, das Marionettentheater Brauns gibt weder das eine noch das andere; es ist eine lebenswürdige Unterhaltung, die weder einen großen Namen in die Wagschale wirft noch den richtigen Operettenstil trifft, der halb Ausstattungsschmaus halb (und manchmal ganz) Albernheit ist. Deshalb waren vor einigen Jahren meine Nachbarn bei Keller & Reiner, in deren Saal die Marionetten gastierten, so maßlos empört über den Preis und die kurze Dauer des Spiels. Sie dachten, wenn die Spieler so klein sind, müßten die Preise noch kleiner, die Spielzeiten aber entsprechend größer sein. Den Namen des Trauerstücks, das ich in Leipzig sah, habe ich leider vergessen. Es war in rührenden, aber äußerst erheiternden Versen abgefaßt und hatte nur einen Akt, der jedoch dadurch einen unvergeßlichen Eindruck machte, daß an seinem Schluß sämtliche noblen Personen, der König und der Prinz und die Prinzessin, tot, teils auf dem Thron teils auf der Erde lagen; nur das gemeine Personal blieb bezeichnenderweise am Leben, schloß sich sogar zu einem legitimen Ehebund zusammen, um dem Land ein neues Königsgeschlecht zu schenken. »Le roi est mort, vive le roi!« Alle Schauspieler fanden am Schluß den lebhaften Beifall, den ihr feines und verständnisvolles Spiel wohl verdiente. Besonders die Kammerzofe verriet ein starkes Talent. Der Prinz möge sich hüten Waßmann allzu sklavisch zu kopieren. Die Ausstattung war äußerst nobel und geschmackvoll.

× Kurze Chronik Die Unterrichtskommission der französischen Deputiertenkammer nahm einen Antrag Berry auf Wiedereinführung der Theaterzensur an. × Das Dresdener Schauspielhaus nahm am 9. Juni mit einer Aufführung von Hebbels *Herodes und Mariamne* Abschied von seinem alten Heim. Die Wahl der Abschiedsvorstellung war gewiß nicht ohne programmatische Bedeutung. Man wollte wohl an die beste Tat erinnern,

die unter der Führung des Grafen Seebach im alten Haus geschehen war: die Schaffung eines umfassenden Zyklus der Hebbelschen Tragödien. × Die Feste des Rheinischen Goethevereins zu Düsseldorf brachten in diesem Jahr die *Nibelungen* und *Agnes Bernauer* Hebbels, Otto Ludwigs *Torgauer Heide*, Körners *Zriny* und Lessings *Minna von Barnhelm*. × Im Theater zu Lauchstedt wurden am 20. Juni die *Spürhunde* des Sophokles in der Übersetzung und Ergänzung des Hallenser Archäologen Karl Robert aufgeführt. × Am 28. Mai wurde am Kleinen Wannsee ein Freilichttheater eröffnet, das den Namen *Josef Kanitz-Theater* führt und unter Leitung von Rudolf Lorenz steht. Die architektonische Gestaltung besorgte K. A. Herrmann (Westend). Die Eröffnungsvorstellung brachte Grillparzers *Medea*. Besonders zu rühmen ist die Aufführung der Hans Sachs-Stücke, die Stil und Leben zeigten. × Das Harzer Bergtheater führte am 13. Juli ein die Frithjofsage behandelndes Drama des 34jährigen Tischlermeisters August Hinrichs aus Oldenburg mit Erfolg auf. × Während der Ferien des Deutschen Theaters gastierte Alexander Moissi mit großem Erfolg in seiner italienischen Heimat. × Die Stadtverordnetenversammlung zu Guben wählte am 15. Juli. Wilhelm Röntz (bisher Regisseur am Berliner *Schillertheater*) zum Direktor des Stadttheaters. Röntz wird gleichzeitig das Stadttheater in Forst leiten. Beide Theater werden, als die ersten in Deutschland, auf genossenschaftlicher Grundlage verwaltet werden; das bedeutet Einführung einer Mindestgage, volle Bezahlung der Vorprobentage, Fürsorge in Krankheitsfällen, Lieferung sämtlicher (auch der modernen) Kostüme und Beteiligung der Mitglieder am Reingewinn.

## KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Kanitz + Am 30. Juni starb im Alter von 72 Jahren Graf Kanitz (Podangen), der Vorsitzende der konservativen Fraktion des deutschen Reichstags. Am berühmtesten wurde er durch den von ihm 1894 im Reichstag gestellten und mit gewohnter Sachkenntnis begründeten Antrag dem Reich das Handelsmonopol für ausländisches Getreide und Mehl zu übertragen. Der Verkauf des Getreides sollte durch das Reich zu Preisen erfolgen, die



im Mindestbetrag dem durchschnittlichen Inlandspreis der Jahre 1850 bis 1890 entsprechen sollten. Über den Grundgedanken des damals nach heißen Kämpfen abgelehnten Antrags Kanitz ist noch nicht das letzte Wort gesprochen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß er noch einmal, wenn auch in anderer Formulierung, von Sozialdemokraten aufgenommen wird. Später nahm Graf Kanitz hervorragenden Anteil an der Vorbereitung des Zolltarifs von 1902 und an den um ihn geführten heftigen Kämpfen. Seine in langer parlamentarischer Tätigkeit (er gehörte schon dem Norddeutschen Reichstag an) stets bewährte vornehme Gesinnung, seine Sachkunde und Sachlichkeit gewannen ihm die Achtung auch seiner politischen Gegner. Er gehörte zu den nicht zahlreichen Parlamentariern, deren Reden auch von den volkswirtschaftlichen Fachmännern gern gelesen wurden, weil sie stets neue, selbstgedachte, sachlich wertvolle Gedanken enthielten. Aufrichtige Verehrung genoß er in allen Schichten der Landbevölkerung seiner Heimatprovinz Ostpreußen.

× **Agrarpolitik** Zwei bewährte Kenner der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Agrarverfassung haben vor kurzem nahezu einwandfreie knappe Erörterungen der Hauptaufgaben der deutschen Agrarpolitik veröffentlicht. Beiden ist es gemeinsam, daß sie recht zeitgemäß gestaltete Neubearbeitungen älterer Schriften der beiden Autoren sind. Verfasser der einen Schrift ist Carl Johannes Fuchs, Professor in Tübingen. Nach einer kurzen agrarhistorischen Charakterisierung der 4 unterschiedlichen Agrarverfassungsgebiete Deutschlands (großgrundbesitzlicher Nordosten, großbäuerlicher Nordwesten und Südosten und klein- und mittelbäuerlicher Südwesten) diskutiert er in seiner Schrift *Die Grundprobleme der deutschen Agrarpolitik der Gegenwart* /Stuttgart, Kohlhammer/ unsere 4 wichtigsten agrarpolitischen Zeitfragen: die Überwindung der modernen Agrarkrise, die Lösung der ländlichen Arbeiterfrage, die Änderung der ostdeutschen Agrarverfassung durch innere Kolonisation und das Verhältnis von Stadt und Land. Das A und Ω der deutschen Agrarpolitik der Gegenwart ist ihm eine innere Kolonisation großen Stils. Sie hat nach ihm fundamentale Bedeutung für alle sozialen Fragen und für alle Reformen bei der städtischen und industriellen Bevölkerung. Die städ-

tische Wohnungsfrage, die Frage der Arbeitslosen, die Frage der großstädtischen Hausindustrie, ja die ganze gewerbliche Arbeiterfrage, soweit sie die große Masse der ungelerten Arbeiter betrifft, sie alle können keine befriedigende Lösung finden, solange sich immer wieder aus den vom Land in die Stadt strömenden Arbeitskräften eine Reservearmee bildet, die jede dauernde Hebung der betreffenden städtischen Klassen unmöglich macht. Alle sozialen Reformen müssen auf dem Land anfangen. Einzuwenden habe ich gegen Fuchs unter anderm, daß ich nicht einsehe, inwiefern die Getreideeinfuhrscheine eine unerwünschte Ausdehnung der Roggenproduktion auf Kosten der Weizenproduktion zur Folge gehabt haben. Sicherlich ist der Roggen den Boden- und Klimaverhältnissen des deutschen Ostens weit besser angepaßt als der Weizen, der dort schlecht gedeiht und häufig auswintert. Irrtümlich ist die Angabe, daß die auf Initiative der Ansiedlungskommission hin begonnene und durch die deutsche Mittelstandskasse in Posen und die deutsche Bauernbank in Danzig ausgeführte Schuldablösung sich auf den bäuerlichen Besitz beschränkt. Sie erstreckt sich in weitgehendem Umfang auch auf den Großgrundbesitz, was ich nicht zu billigem vermag.

In einem etwas größern Werk beantwortet der landwirtschaftliche Sachverständige des Deutschen Reichs beim Generalkonsulat in Stockholm Dr. Frost, Verfasser gründlicher Untersuchungen über die belgischen und die niederländischen Agrarzustände, die Frage *Was muß der deutsche Staatsbürger von der deutschen Landwirtschaft wissen?* /München - Gladbach, Volksvereinsverlag/. Auch inhaltlich ist die übrigens von katholischer oder zentrumsparteilicher Tendenz freie, rein sachgemäß argumentierende Schrift insofern breiter angelegt, als sie auch die Grundbedingungen landwirtschaftlicher Betriebsführung in Deutschland (Boden, Klima, Verkehrsverhältnisse usw.) in präziser Darstellung beschreibt. Beachtenswert ist die Meinung, Deutschland sei durch mehrere seiner konkurrierenden Nachbarstaaten im landwirtschaftlichen Unterrichts- und Genossenschaftswesen bereits überflügelt. Auch Dr. Frost ist ebenso wie Professor Fuchs ein warmer Freund der Landarbeiter- und Kleinbauernsiedlung. Mit berechtigter Schärfe wendet er sich daher gegen das Umsichgreifen der Fideikommissie, die zu der ins Werk gesetzten Besiedlung

des Landes mit mehr kleinen Besitzern im Widerspruch stehe.

✕ **Fleischversor-** Die Zufuhr von Rindern und Schweinen an die Märkte ist seit Monaten im Steigen begriffen, die Viehpreise (leider wenig oder gar nicht die Fleischpreise) sind im Vergleich zur letzten Teuerungperiode erheblich gefallen. Die Anfang Juni im Deutschen Reiche veranstaltete Zwischenzählung des deutschen Schweinebestands ergab als Zeichen wieder zunehmender Zucht eine Vermehrung der jüngeren Altersklassen. Die Heuernte brachte gute, wenn auch zum Teil durch andauernden Regen im Futterwert herabgesetzte Erträge. Auch die Getreide- und die für die Schweinehaltung ausschlaggebende Kartoffelernte versprechen normal auszufallen, falls nicht das Regenwetter, das fast den ganzen Juli hindurch besonders in Süd- und Westdeutschland vorherrschte, zu lange anhält. Die Aussichten der deutschen Fleischversorgung sind daher für das nächste Jahr, soweit es dabei auf die Produktion ankommt, bisher nicht schlecht. Trotzdem muß man dieses wichtige Gebiet dauernd im Auge behalten. Einen lesenswerten Beitrag hierzu liefert der Landwirtschaftslehrer Franz Weiß in seiner von der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim gekrönten Preisschrift *Grundfragen unserer Fleischversorgung* /München-Gladbach, *Volksvereinsverlag*/. Die Frage, ob der deutsche Fleischbedarf auch in Zukunft in normalen Erntejahren zu normalen Preisen durch die inländische Produktion gedeckt werden kann, bejaht der Verfasser mit Recht. Zur Begründung seiner Ansicht liefert er ein kurzgefaßtes, jedoch über die Hauptfragen richtig und eindringlich belehrendes Compendium der Futterproduktion und der Tierhaltung (einschließlich der Kaninchen-, Geflügel- und Fischzucht) unter dem Gesichtspunkt technisch und wirtschaftlich möglicher Ertragssteigerung. An seiner im großen und ganzen richtigen Beweisführung ist aber im einzelnen doch manches auszusetzen. Zunächst überschätzt Weiß die Bedeutung der sogenannten *Elektrokultur* für den Pflanzenbau. Sollten ihm die völlig negativ verlaufenen Experimente, die in Dahlem und auf den Versuchsfeldern der landwirtschaftlichen Akademie Bromberg und des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle mit elektrischer Beeinflussung des Pflanzenwachstums gemacht worden

sind, unbekannt geblieben sein? Nichts berechtigt ihn, es als »feststehende Tatsache« zu bezeichnen, »daß wir in der Elektrizität [vermöge ihrer Einwirkung auf die physiologischen Funktionen der Pflanzen] ein überaus wirksames Mittel zur Ertragssteigerung haben, dessen Anwendung vielleicht schon in kurzer Zeit so selbstverständlich sein wird wie die Bearbeitung des Bodens durch den Pflug«. Dagegen unterschätzt er erheblich die Fähigkeit unserer afrikanischen, tropischen Kolonien zum Unterhalt der deutschen Viehbestände Futtermittel zu liefern. In den Verhandlungen der *Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* hätte er hierüber Belehrung finden können. Seine an sich sehr beherzigenswerten Darlegungen über den volkswirtschaftlichen Nutzen, den die Ausdehnung der Kaninchenhaltung auch in Deutschland breiteren Volksschichten bringen könnte, schließen leider mit der weit über das Ziel hinausschießenden Behauptung, die Kaninchenzucht allein könne uns, wenn nicht ganz, so doch zum größten Teil, in der Fleischversorgung vom Ausland unabhängig machen. Ganz unberechtigt ist sein Verlangen, die Vermehrung des Schweinebestands dürfe nicht durch Steigerung der Futtermiteleinfuhr erreicht werden. Die großen krisenhaften Produktions- und Preisschwankungen der Schweine haben nicht, wie er meint, ihre Ursachen in der Abhängigkeit ihrer Ernährung von dem schwankenden Ausfall der Mais- und Gerstenernte im Ausland sondern von dem in merkwürdiger 2-jähriger Periodizität wiederkehrenden Gedeihen oder Mißbraten der deutschen Kartoffelernte. Würde in Kartoffelmißerntejahren der russischen Futtergerste und dem amerikanischen und südeuropäischen Mais durch Zoll- und Eisenbahntarifermäßigungen der Weg zum Schweinefuttertrog erleichtert werden, so könnte dadurch die deutsche Fleischversorgung und die Lage der Mehrzahl der deutschen Schweineproduzenten wesentlich verbessert werden.

Zur Frage der *Fleischversorgung in Bayern* äußert sich Regierungsrat Dr. Attinger, Landesinspektor für Tierzucht in Bayern, in einer bei Gerber in München erschienenen Schrift amtlichen Charakters. Auf Grund der einschlägigen Akten des Ministeriums des Innern und durch seine genaue Kenntnis der Fachliteratur, besonders der Landwirtschaft und des Fleischergewerbes, unterstützt, gibt Dr. Attinger zunächst eine sehr ausführliche Geschichte der Fleischver-

sorgung und der Fleishteuerungen der letzten Jahrzehnte. Ebenso eingehend beschäftigt er sich im Anschluß daran mit den Organen der Fleischversorgung (Landwirtschaft, Viehhandel und Metzgergewerbe), um zuletzt die Ursachen der Fleishteuerung und die Maßnahmen zu einer künftigen bessern Fleischversorgung zu erörtern. Auch in Bayern haben sich die Leistungen der landwirtschaftlichen Tierhaltung bedeutend gehoben; betrug doch beispielsweise das Durchschnittsgewicht eines Ochsen im 1. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts 3,25, im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts 13,50 Zentner. Allein von 1867 bis 1907 betrug die Gewichtszunahme bei Rindvieh annähernd 170 %. Weniger stolz kann die bayrische Landwirtschaft auf den durchschnittlichen Milchertrag ihrer Kühe sein. Er beträgt nach den amtlichen Milchleistungsprüfungen 1909 bis 1911 nur 2453 Kilo, könnte aber nach und nach wesentlich gesteigert werden, wenn an Stelle der ebenso kostspieligen wie wenig wirksamen behördlich geleiteten Milchleistungsprüfungen auch in Bayern Rindviehkontrollvereine gegründet würden, wie sie ja auch in anderen Bauernländern (Dänemark, Niederrhein, Oldenburg, Litauen) florieren und die Produktivität und Rentabilität der Milchviehhaltung bereits erheblich gesteigert haben. Das wäre um so wünschenswerter, als die Hebung der Rentabilität der Milchviehhaltung, wie sie gegenwärtig am besten durch Kontrollvereine erreicht werden kann, nach aller bisherigen Erfahrung die Vermehrung der Rindviehherden zur Folge hat und dadurch auch die Fleischproduktion steigert. Von den Mitteln, durch die die sehr zurückgebliebene bayrische Schweinehaltung gefördert werden könnte, hat Dr. Attinger 2 der wichtigsten gebührend hervorzuheben leider unterlassen: die Erleichterung der Einfuhren von Futtergerste und Futtermais zur Ergänzung der einheimischen Kartoffelernten und zum Ausgleich ihrer großen Schwankungen und die bei Gelegenheit von Güterzertrümmerungen besonders in Südbayern vorzunehmende Neubildung landwirtschaftlichen Kleinbesitzes (Landarbeiterstellen und klein- und mittelbäuerliche Anwesen). Mit Recht sieht Dr. Attinger im Zwischenhandel einen Haupturheber der Fleishteuerung, besonders in dem Unwesen der Aufkäufer und Schmuser und der auf den Viehhofmärkten in Vieh spekulierenden sogenannten *Platzhändler*. Auch das Metz-

gergewerbe wirkt, wie er richtig hervorhebt, stark fleischvertuernd, weil es, durch die im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme zu starke Vermehrung der Fleischerläden genötigt, zu hohe Spannungen zwischen den Vieh- und Fleischpreisen aufrechterhält und die Fleischpreise zwar steigenden Viehpreisen rasch aufwärts, jedoch sinkenden gar nicht oder nur sehr langsam abwärts folgen läßt. An die Aufzählung der Maßnahmen, durch die Dr. Attinger die Organisation der bayrischen Fleischversorgung verbessern will, reihen sich zahlreiche statistische Tabellen und mehrere Verträge zwischen städtischen Verwaltungen einerseits und Fleischerinnungen sowie landwirtschaftlichen Schweineproduktionsgenossenschaften andererseits

× **Futtermittelzölle** Als Seitenstück zu seinem im vorigen Jahr veröffentlichten Buch *Einfuhrscheinsysteme* /Karlsruhe, Braun hat Dr. Friedrich Beckmann eine dem Stoff nach verwandte wirtschaftspolitische Studie, betitelt *Die Futtermittelzölle* /München, Duncker & Humblot erscheinen lassen. Er untersucht in seinem, zweifellos gründliche Kenntnisse verratenden Buch die Einwirkung des Futtergerstenzolls von 1,30 und des Maiszolls von 3 Mark pro Doppelzentner auf den Fleischkonsum und besonders auf die Organisation der deutschen Schweineproduktion. Im Unterschied zu fast allen bisherigen Schriftstellern über diese neben den Getreideeinfuhrscheinen heute meistdiskutierte wirtschaftspolitische Zeit- und Streitfrage kommt er dazu den beiden Futtermittelzöllen gegenüber eine verschiedenartige Stellung einzunehmen. Den Futtergerstenzoll will er erhalten oder allenfalls auf 1 Mark herabgemindert wissen. Dagegen will er den Maiszoll ganz fallen lassen, um die amerikanischen Forderungen, die sich besonders auf erleichterte Zufuhr des mit Mais erzeugten Schweinefleisches beziehen, auf das Rohprodukt abzulenkten. Gleichzeitig will er durch Aufhebung des Maiszolls die deutsche Geflügelproduktion fördern und den sehr zahlreichen Arbeitern und kleinen Leuten, die zur Deckung ihres Fleischbedarfs Schweine halten, die Eigenfleischversorgung dadurch erleichtern, daß er ihnen zur Ergänzung ihrer Haus- und Küchenabfälle billigen Mais zur Verfügung stellt. Insoweit ist Dr. Beckmanns Standpunkt durchaus zu billigen; denn selbstverständlich ist die

Einfuhr und Verfütterung von Mais einem Bezug amerikanischen Maisfleisches aus volkswirtschaftlichen und hygienischen Gründen grundsätzlich vorzuziehen. Ebenso selbstverständlich ist es für die deutsche Volkswirtschaft vorteilhafter gegen vertragsmäßige Aufhebung des Mais- und Futtergerstenzolls handelspolitische Konzessionen des Auslands, speziell Rußlands und der Vereinigten Staaten, einzuhandeln als die Futtermittelzölle autonom zu suspendieren und dabei Gefahr zu laufen, daß eine solche Notstandsmaßnahme, wie sich das schon öfters ereignet hat, nicht den Viehzüchtern und den Konsumenten, sondern allein den Großimporteuren zugute kommt, die in Zeiten inländischer Futterknappheit Herren der Lage sind. Dagegen ist sein Eintreten für die Aufrechterhaltung des Futtergerstenzolls nicht zureichend begründet; und zwar auch nicht von dem von ihm eingenommenen Standpunkt aus, wonach das volkswirtschaftliche Interesse an der richtigen Organisation der Fleischerzeugung in den Vordergrund zu stellen ist. Dr. Beckmann behauptet nämlich zunächst mit Unrecht, die Wellenbewegung der Schweinehaltung und der Schweinepreise, die ihrerseits vom wechselnden Ausfall der einheimischen Kartoffelernte abhängig ist, bleibe auch bei Aufhebung des Gerstenzolls nicht nur bestehen, sondern dieser Hauptübelstand in der gegenwärtigen Organisation der Schweinefleischerzeugung würde sich dadurch sogar verschärfen. Allein die krisenhafte Wellenbewegung des Schweinebestands und der Schweinepreise ließe sich in dem Maß mildern als die Landwirte unter 20 Hektar, die die Hauptmasse der Schweine auf den Markt bringen, es lernen würden den Umfang ihrer Schweinehaltung nicht mehr allein von ihrem Vorrat an selbsterzeugten Kartoffeln abhängig zu machen sondern im Bedarfsfall lieber Futtermittel zuzukaufen als ihren Schweinebestand zu verringern. Ein solches volkswirtschaftlich und auf die Dauer auch privatwirtschaftlich richtiges Verhalten werden die mit wenig Bargeld ausgestatteten kleinen Landwirte und Landarbeiter aber nur lernen, wenn die zur Ergänzung ihrer Kartoffelvorräte in erster Linie in Betracht kommende russische Futtergerste ihnen zu billigem Preis zur Verfügung steht. Die Aufhebung des Futtergerstenzolls, die eine doch immerhin ins Gewicht fallende Verbilligung herbeiführen dürfte, ist also ein geeignetes Mittel das im Konsumenten- wie im Produzen-

teninteresse gleich wünschenswerte Ziel der Stabilisierung der Schweineproduktion und der Schweinepreise zu erreichen. Unrichtig oder mindestens sehr übertrieben ist auch ein weiteres Hauptargument des Verfassers. Es besteht in der Behauptung, die Aufhebung des Futtergerstenzolls würde den Bauern dem industriell-kapitalistischen Schweinemäster ausliefern, und der Futtergerstenzoll sei deshalb ein Erhaltungszoll gegen die drohende Verindustrialisierung eines Hauptzweigs der bäuerlichen Wirtschaft geworden. Dr. Beckmann überschätzt hierbei die Entwicklungsmöglichkeiten der von Seuchen bedrohten und mit hohen Arbeitslöhnen belasteten Großmästereien ebenso wie er die Konkurrenzfähigkeit des bäuerlichen Familienbetriebs in der für ihn besonders geeigneten Schweinezucht unterschätzt. Erster zu nehmen ist sein Hinweis auf die hohe finanzpolitische Bedeutung des Futtergerstenzolls, der bei der ungeheuer vermehrten Einfuhr der Russengerste trotz seiner geringen Höhe dem Reich 1911 45,2 Millionen Mark einbrachte. Angesichts der immer wiederkehrenden Fleischteuerung kann aber meiner Meinung nach auch dieses gewichtige Argument für die Aufrechterhaltung des Futtergerstenzolls nicht ausschlaggebend sein.

Diese und andere Einwendungen hindern mich jedoch nicht Dr. Beckmanns ein reiches Tatsachenmaterial verarbeitende Studie den wirtschaftspolitisch interessierten Lesern zur Lektüre zu empfehlen. Störend wirken bei der Lektüre die leider manchmal nachlässige Behandlung der deutschen Sprache und eine größere Anzahl von Druckfehlern. Beispielsweise werden als Erscheinungsort meiner einschlägigen Aufsätze wiederholt die *Sozialpolitischen* (anstatt der *Sozialistischen*) Monatshefte angegeben.

× KurzeChronik Die Stadt Berlin ×  
 hört mit ihrem zumeist landwirtschaftlich genutzten Grundbesitz im Umfang von 17 566 Hektar zu den größten *Großagrariern* Preußens. Ihre Güter mit Gebäuden, Forsten, Neubauten, Meliorationen, lebendem und totem Inventar, der Dränierung und der Aptierung für den Rieselsbetrieb haben einen Anlagewert von 75 534 702 Mark. Pro 1 Hektar stellen sich die Kaufpreise auf 2370, die Kosten der Dränierung und der Rieselanlagen auf 2615, die Kosten der Neubauten auf 568 Mark. Der Überschuß der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben

betrug 1909 etwas über  $\frac{1}{2}$  Million Mark. Für 1912 stellt er sich auf rund  $\frac{3}{4}$  Million Mark, also auf nur ungefähr 1% des Anlagekapitals. Die Bewirtschaftung der Rieselgüter durch den städtischen Güterdirektor Schroeder gilt in landwirtschaftlichen Kreisen, besonders soweit es auf Ausnutzung der modernen Technik zum Zweck der Ersparung von Handarbeit, also auf Maschinenanwendung und praktische Einrichtung der Wirtschaftsgebäude ankommt, als vorbildlich. × Ende 1912 gab es im Deutschen Reich bereits 94 Überlandzentralen von solcher Größe, daß eine jede von ihnen ein Gebiet von mehr als 35 000 Einwohnern mit Elektrizität versorgte. Einzelne von ihnen spannen ihre Leitungsnetze über 6, ja über 8 Kreise. Selbst die Klein- und Mittelbauern in den neubegründeten ostdeutschen Kolonien beziehen in steigendem Maß Licht und Kraft von der nächstgelegenen Überlandzentrale. So sind beispielsweise sämtliche Rentengüter der hinterpommerschen Kolonie Neugutzmerow der Überlandzentrale im Kreis Stolp angeschlossen. × Neben der raschen Ausbreitung der Elektrizitäts-, Kartoffeltrocknungs- und Viehweidengenossenschaften war im letzten Jahr für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen der starke Aufschwung des genossenschaftlichen Getreide- und Viehabsatzes charakteristisch. Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralen setzten im Jahr 1912 für 127 Millionen Mark Getreide gegen 91 Millionen im Jahr 1911 ab. Der genossenschaftliche Viehabsatz hob sich von 85 auf 100 Millionen Mark. × Durch das preußische Gesetz vom 19. Mai 1913 betreffend die Verpflichtung zum Besuch ländlicher Fortbildungsschulen wurde der obligatorische Fortbildungsschulunterricht auch für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz und die Hohenzollernschen Lande eingeführt. × Dem preußischen Landtag werden nach offiziellen Ankündigungen an agrarpolitisch wichtigen Gesetzen wüßten ein Fischereigesetz, ein Parzellierungsgesetz, ein Fideikommißgesetz und ein Entwurf über die Reorganisation der Generalkommissionen vorgelegt werden. × Nach Feststellungen des reichsstatistischen Amtes gab es auch 1913 wie im Vorjahr 342 Zuckerraffinerien; die Anbaufläche an Zuckerrüben in Deutschland nahm dagegen um etwa 15 000 Hektar ab. Sie umfaßt im laufenden Jahr 531 478 Hek-

tar. × Vom 6. bis zum 12. Juli fand in Breslau, das im Scheiniger Park eine sehenswerte Gartenbauausstellung mit sehr interessanten historischen Garten veranstaltet, die 2. deutsche Gartenbauwoche statt. Es tagten der neubegründete Reichsverband für den deutschen Gartenbau, der Deutsche Gärtnerstag, der Verband deutscher Gemüsezüchter, der Verein zur Förderung des Obst- und Gemüseverbrauchs in Deutschland, der Verein deutscher Rosenfreunde, der Bund deutscher Gartenarchitekten und andere gärtnerische Vereinigungen. × Im preußischen Landesökonomiekollegium wurden aus Anlaß des 25jährigen Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers in einer größeren Anzahl von Referaten Rückblicke über die Entwicklung der verschiedenen Betriebszweige der preußischen Landwirtschaft während des letzten Vierteljahrhunderts gegeben. Hier seien aus dem Vortrag des Oberlandstallmeisters von Oettingen über die Entwicklung der Pferdezucht einige Zahlen angeführt, die für ihren großen Fortschritt bezeichnend sind. 1888 deckten in den Remonteprovinzen 1175 Landbeschäler 65 342 Stuten, 1912 1933 Landbeschäler 115 210 Stuten. 1888 deckten in den Nichtremonteprovinzen 1169 Landbeschäler 53 711 Stuten, 1912 1607 Landbeschäler 87 597 Stuten. Die Zahl der Zuchtstuten ist also von 119 053 auf 202 807 gewachsen. × Im Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland gab Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Delbrück einen Rückblick auf die Entwicklung der Kartoffelindustrie seit dem Regierungsantritt Wilhelms II. Die Kartoffelbrennereien verarbeiten heute nicht mehr Kartoffeln wie vor 25 Jahren, nur die Stärkeindustrie hat sich gehoben. Erleichternd hinzugetreten ist seit einigen Jahren die Kartoffeltrocknerei mit einem Jahresverbrauch von 5 Millionen Doppelzentner Kartoffeln. Während der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung von 7 auf 21 Kilogramm gestiegen ist, ist der Verbrauch an Trinkbranntwein (erfreulicherweise) von 6,2 auf 3 Liter pro Kopf gefallen. Die günstige Entwicklung des Verbrauchs an technischem Spiritus, der von 0,32 Liter auf 2,3 Liter pro Kopf gestiegen ist, konnte daher nicht verhindern, daß der Gesamtverbrauch an Spiritus um 1 Liter pro Kopf zurückging. Aufrechterhalten wurde das Brennereigewerbe lediglich durch seine vorzügliche Organisation in dem 4000

landwirtschaftliche Brenner umfassenden Spirituskartell. Der Verbrauch an Stärkezucker hat sich dagegen verdoppelt. Die Zahl der Kartoffeltrocknereien stieg, wie im *Verein deutscher Kartoffeltrockner* mitgeteilt wurde, im Jahr 1912 von 406 auf etwa 430. Den Hauptanteil an dieser Steigerung haben die flockenherstellenden Walzenapparate. Die meisten Trocknereien haben sich zum *Verwertungsverband deutscher Kartoffeltrockner* zusammengeschlossen. × Im Gesamtausschuß der *deutschen Landwirtschaftsgesellschaft* wurde die Förderung des feldmäßigen Gemüsebaus besprochen, der bereits 1907 auf 165 000 Hektar deutschen Bodens betrieben wurde. Die Ernte von etwa 80- bis 100 000 Hektar verarbeiten etwa 300 Konservfabriken. × In der Jahresversammlung des *Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reich* wurde der 70. Geburtstag des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats Professor Dr. Fleischer, des Begründers der modernen Moorkultur, und Lehrers der Welt in der Moorkultur, festlich begangen.

× **Literatur** In seinem Buch *Landwirtschaftliche Unternehmungen in Argentinien*/Frankfurt (Oder), Trowitzsch/ schildert Emil Teuber sehr lebensfrisch und packend die ihm, dem ehemaligen langjährigen argentinischen Farmer, genau vertrauten Produktions- und Marktverhältnisse des Ackerbaus und der Viehzucht des zukunftsreichen Landes. Die Schrift wird von den deutschen Landwirten mit Spannung gelesen werden; sie ist auch geeignet manchem Parteigenossen die wirtschaftliche und weltkulturelle Bedeutung der von europäischen Ackerbauern und Viehzüchtern getragenen Siedlungskolonisation klar zu machen. × Über die landwirtschaftlichen, hygienischen und ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse mehrerer Argentinien benachbarter Provinzen Brasiliens unterrichten vorzüglich die Berichte der Professoren Belucci, Pieraccini, des Dr. Guzzini und der 3 Landarbeiter Bongiovanni, Preti und Perini, die vom italienischen Landarbeiterverband 1912 nach Brasilien entsandt wurden, um die Bedingungen italienischer Siedlungskolonisation in diesem Land zu studieren. Die Berichte der Kommission sind vor kurzem von der *Genossin Argentina Altobelli*, der Sekretärin des Verbandes, unter dem Titel *Emigrazione Agricola al*

*Brasile, relazione della Commissione Italiana* /Bologna, Berti/ in einem 310 Seiten starken, gut ausgestatteten und mit Abbildungen reichlich geschmückten Band veröffentlicht worden. Uns Deutsche interessiert besonders die für uns sehr schmeichelhaft ausgefallene Schilderung Blumenaus und anderer deutscher Kolonien in den Staaten Santa Catharina und Rio Grande del Sud. × Eine sehr eingehende Untersuchung der Lage der Landarbeiter und der Landwirtschaft in einem Teil der Provinz Mailand gibt Professor Arrigo Serpieri in dem Werk *Il contratto agrario e le condizioni dei contadini nell'Alto Milanese* /Milano, Ufficio Agrario della Società Umanitaria Milano/. × Zu den nützlichsten Veröffentlichungen des *Internationalen Landwirtschaftsinstituts* in Rom gehört sein *Annuaire international de statistique agricole*. Das von Umberto Ricci zusammengestellte Werk enthält auf 328 Seiten die amtlichen Zahlen über Fläche und Bevölkerung der zur Konvention gehörigen 52 Staaten, über deren Produktiv- und Unproduktivland, über Anbaufläche und Erträge der 6 Hauptgetreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Reis), der Kartoffeln, der Zuckerrüben und des Zuckerrohrs, der Wein- und Ölberge, von Kaffee, Hopfen, Tabak, Baumwolle, Lein und Maulbeerbäumen. Noch sehr ausgestaltungsfähig sind die Tabellen über die Viehhaltung in den Konventionsländern. Ein wertvolles Seitenstück hierzu hat das *Internationale Landwirtschaftsinstitut* im *Annuaire international de législation agricole* veröffentlicht. In dem mir vorliegenden, 1122 Seiten starken Band sind die im Jahr 1911 erlassenen Gesetze und Verordnungen der Konventionsstaaten abgedruckt, soweit sie sich auf die Agrarstatistik, die Produktion und den Handel mit Agrarprodukten, ihre Besteuerung und Verzollung, das ländliche Unterrichtswesen, die Pflanzen- und Tierkrankheiten, das landwirtschaftliche Genossenschafts-, Versicherungs- und Kreditwesen, das ländliche Eigentum, die innere Kolonisation, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Landwirtschaft, die ländliche Gesundheitspflege und das ländliche Polizeiwesen beziehen.

#### Kolonisation / Ludwig Quessel

**Abessinien** Nachdem das Sultanat Marokko seine staatliche Selbständigkeit verloren hat, und Tripolitanien unter italienische

Herrschaft geraten ist, bleibt, wenn man von der kleinen Negerrepublik Liberia absieht, Abessinien das einzige Gebiet Afrikas, das nicht nur keinem europäischen Imperium unterworfen ist, sondern dessen autokratischer Monarch sogar seine Herrschaft in den letzten Jahren weit über die früheren Grenzen ausdehnen konnte, so daß das abessinische Reich nach den Grenzfestsetzungen von 1902, 1907 und 1908 ungefähr doppelt so groß ist und annähernd doppelt so viel Einwohner aufweist wie vor 10 Jahren. Diesen erstaunlichen Aufschwung seiner staatlichen Kraft hat die abessinische Bevölkerung zweifellos der herrschenden semitischen Oberschicht zu verdanken, die für afrikanische Verhältnisse sich einen nicht gewöhnlichen Grad der Kultur und Wehrhaftigkeit erhalten hat. Die staatliche und militärische Kraft, die Abessinien besitzt, in Verbindung mit dem christlich-jüdischen Bekenntnis seiner Bewohner (Taufe und Beschneidung bestehen friedlich neben einander), darf freilich nicht zu einer übertriebenen Anschauung von dem Kulturgrad Abessiniens verleiten. Abessinien ist ein typischer Staat der Halbkultur. Die von dem Kaiser Menelik auf Betreiben europäischer Ratgeber eingesetzten Minister sind in Wirklichkeit nur Träger von Titeln. Eine geordnete staatliche Verwaltung im europäischen Sinn fehlt. Schulen sind nicht vorhanden. Von den Zuständen der europäischen Staaten im Mittelalter, mit denen die gegenwärtigen Verhältnisse in Abessinien manche Ähnlichkeit haben, unterscheidet sich der abessinische Kulturzustand dadurch, daß auch die Kirche keinen aufwärts weisenden Kulturfaktor darstellt.

Nun darf man sich freilich nicht der Illusion hingeben, daß der europäische Imperialismus vor den Grenzen Abessiniens Halt machen wird. Nach den Berichten, die der europäischen Presse aus Addis-Abeba zugehen, warten Frankreich, Italien und England, die Abessinien rund umgeben, auf den Moment, wo innere Wirren die militärische Kraft des Landes in dem Maß lähmen werden, daß der vielleicht schon feststehende Verteilungsplan sich ohne zu große Opfer verwirklichen läßt. So viel steht nun wohl fest, daß, wenn die erwarteten inneren Wirren nicht eintreten, sie von den 3 genannten Staaten zu geeigneter Zeit ohne allzu große Kosten und Mühen hervorgerufen werden können. Abessinien kann daher dem

Schicksal der Aufteilung nur entgehen, wenn es für seine staatliche Selbständigkeit eine Stütze bei einem großen europäischen Staat findet. Eine solche Stütze scheint nun bereits vorhanden zu sein, denn am 20. April erklärte der neue deutsche Gesandte in Addis-Abeba bei Überreichung seines Akkreditivs in markigen Worten, sein Kommen sei der deutliche Beweis dafür, daß das Deutsche Reich die Integrität des abessinischen Reiches gewahrt wissen wolle. In der Tat, hätte Deutschland eine parlamentarische Regierung, wäre das deutsche Ministerium ein Vollzugsorgan des souveränen Parlamentswillens, so brauchten die abessinischen Großen wegen der staatlichen Selbständigkeit ihres Landes nicht zu bangen. Die Sozialdemokratie müßte sich zu diesem Programm bekennen, weil sie ihrer demokratischen Tradition nach aus ethischen Motiven es nicht tadeln könnte, daß die deutsche Regierung für die Freiheit und Unabhängigkeit der abessinischen Bevölkerung eintritt. Ebenso müßte aber die deutsche Regierung bei dieser Politik auch die Unterstützung der imperialistisch gesinnten Parteien finden, deren kapitalistische Interessen in Abessinien durch eine Aufteilung des Landes gefährdet werden würden. Somit hätte die deutsche Regierung bei ihrem Bestreben den Abessiniern die staatliche Unabhängigkeit zu wahren sowohl den deutschen Sozialismus als auch den deutschen Imperialismus hinter sich. Nun haben wir freilich in Deutschland leider keine parlamentarische Regierung; daraus folgt, daß die Abessinier, wenn sie ihre staatliche Unabhängigkeit erhalten wissen wollen, wohl gut tun werden sich nach einer zuverlässigern Stütze umzusehen.

Wie Marokko so ist auch Abessinien ein Land, wo noch alles zu tun ist. Für die europäischen Industrien öffnet sich hier ein weites Tätigkeitsgebiet, da das ganze Land durch den Bau von Eisenbahnen, Brücken, Straßen, Telefon- und Telegraphenverbindungen erst noch zu erschließen ist. Die Rentabilität derartiger Anlagen hängt aber bekanntlich in erster Linie von der Entwicklungsfähigkeit der Landwirtschaft ab. Gründliche Aufklärung über diesen wichtigen Punkt bietet uns nun die außerordentlich sachkundige Studie Alfred Kostlans *Die Landwirtschaft in Abessinien*, deren 1. Teil als Beiheft zum *Tropenpflanzer* soeben erschienen ist. Kostlan beschäftigt sich zuerst sehr gründlich mit dem Klima des Landes.

Obwohl mitten in dem Gürtel der engern Tropenzone mit ihrem Gluthauch gelegen, finden wir in dem abessinischen Bergland, das den größten Teil des Gebiets umfaßt, nahezu die selben Mitteltemperaturen wie in der gemäßigten Zone in den 6 Sommermonaten. Selbst die erfrischende Wirkung des Frostes braucht der in Abessinien lebende Nordeuropäer nicht ganz zu entbehren, da im Bergland in den Wintermonaten bis 6° Kälte zu verzeichnen sind. Dazu kommen die täglichen Temperaturschwankungen, die dem Europäer den Aufenthalt im abessinischen Bergland geradezu erfrischend gestalten. Auch an Niederschlägen ist das abessinische Hochland nicht schlecht gestellt. Sie sind allerdings nicht gleichmäßig sondern fallen innerhalb eines verhältnismäßig geringen Zeitraums. So groß ist aber die Regenmenge, daß das Erdreich auf Monate mit Feuchtigkeit versorgt wird. Sofern sich der abessinische Landwirt mittels Bewässerungsanlagen von dem Mangel an natürlichen Niederschlägen während der Trockenzeit unabhängig macht, hindert ihn nichts von seinen Feldern ununterbrochen eine Ernte nach der andern zu erzielen. Mit den Bewässerungsanlagen steht es freilich schlecht, wie überhaupt die Agrikultur des abessinischen Hochlands noch in den Kinderschuhen steckt. Größere Feldstücke werden allerdings mit dem Pflug bearbeitet, da dieser aber sehr primitiv ist, und der massenhaft vorhandene Dung zur Bereicherung des Bodens keine Verwendung findet, so fehlt dem Anbau jeder rationelle Charakter. Trotz alledem ist das Land schon heute in der Lage 10 Millionen Menschen zu ernähren, obwohl erst ein verhältnismäßig kleiner Teil des ackerbaufähigen Landes in Kultur genommen ist. Die großen Flächen noch nicht kultivierten Bodens in Verbindung mit dem gesunden, völlig fieberfreien Klima des Hochlands würden Abessinien nach seiner Erschließung durch moderne Verkehrsmittel zu einem hervorragenden Einwanderungsland für Europäer machen. Man sieht hieraus, daß der französische, italienische und englische Imperialismus nicht schlecht orientiert ist, wenn er sehnüchlig auf den Moment wartet, wo die Aufteilung Abessiniens ohne allzu große Gefahren erfolgen kann. Am eifrigsten zeigt sich wie immer der französische Imperialismus, der emsig bestrebt ist von Dschibuti (Französisch Somaliland) die Bahn bis zur abessinischen

Hauptstadt fortzuführen und sich so eine gewaltige Einflußsphäre zu schaffen. Durch die Bahn zwischen Dschibuti und Addis-Abeba hoffen die französischen Imperialisten den Handelsverkehr zwischen Abessinien und Europa an sich zu reißen. Drei Viertel aller Waren, die nach Abessinien kommen, sind zurzeit deutschen Ursprungs, ein Zustand, der dem französischen Imperialismus auf die Dauer gänzlich unerträglich scheint, und den zu beseitigen sein eifriges Bestreben ist.

× Kurze Chronik Von dem Zeitpunkt an, wo durch Verbreitung der Fahrräder in der Arbeiterschaft ziemlich plötzlich eine Massennachfrage nach Gummireifen entstand, nahm die koloniale Kautschukgewinnung einen enormen Aufschwung. Die Zunahme der Automobile tat dann ein übriges, um den Kautschukbedarf emporschnellen zu lassen. Andererseits droht den vorhandenen wilden Kautschukbeständen, die seither für die Gewinnung fast ausschließlich in Betracht kamen, bei dem herrschenden Raubbau, der die Gewächse einfach niederstreckt, völlige Vernichtung. Daher weist man im Interesse der Verbraucher auf die Notwendigkeit hin Kautschuk regelrecht anzupflanzen. Erfreuliche Erfolge haben die Kautschukulturen auf Ceylon aufzuweisen. Im Jahr 1912 hat Ceylon rund 15 Millionen englische Pfund Kautschuk exportiert, der durchweg von Plantagen stammt. Da Deutschland als Produktionsland für Gummiwaren den ersten Platz unter allen Ländern der Welt einnimmt, kann die deutsche Volkswirtschaft es freudig begrüßen, daß für die ihrer Vernichtung entgegengehenden wilden Kautschukbestände durch die in Angriff genommenen Kautschukulturen im tropischen Afrika und Asien rechtzeitig ein Ersatz geschaffen wird. × Das weiße Samengewebe der Nüsse der Kokospalme ist sehr ölhaltig. Zerschnitten und in der Sonne getrocknet wird es als Koprä aus den Kolonien zur Ausfuhr gebracht und findet zur Herstellung von Speisefett für die proletarischen Haushaltungen weitgehende Verwendung. Unter den Ausfuhrartikeln unserer Kolonien spielt die Koprä eine hervorragende Rolle. So erreichte die Kopräausfuhr von Deutsch Neuguinea im Jahr 1912 einen Wert von 3,3 Millionen Mark. Seit dem Jahr 1907 hat sich die Kopräausfuhr Deutsch Neuguineas nahezu verdoppelt.